



Landesprogramm

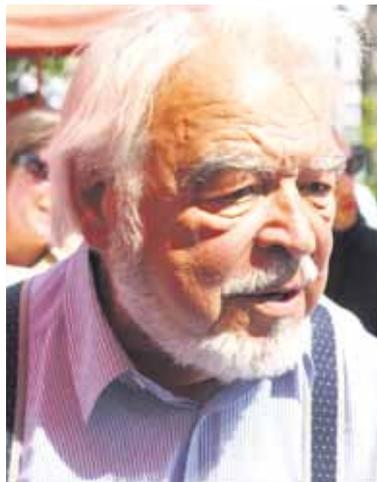
Analysen und programmatische Vorschläge der KPÖ Steiermark

Beschlossen am
außerordentlichen Parteitag der KPÖ Steiermark
am 21. April 2012





Die Vorsitzenden
der KPÖ Steiermark:
Claudia Klimt-Weit-
haler, Werner Murgg,
Renate Pacher



Willi Gaisch, 1923-2009
langjähriger Landesobmann und Ehren-
vorsitzender der steirischen KPÖ.
Autor der Grundlage des
Landesprogramms



Inhalt

Präambel	6
----------------	---

I. Die Welt, in der wir leben.

Wesenszüge des Kapitalismus im 21. Jahrhundert – Imperialismus heute

I.1	Ursachen der Prosperitätsphase des Nachkriegskapitalismus	7
I.2	Klassenkompromiss minimierte Auswirkungen der kapitalistischen Ausbeutung	8
I.3	Die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Keynesianismus.....	8
I.4	Das Ende der „inneren Expansion“ des Kapitalismus	9
I.5	Der Übergang vom „Wohlfahrtsstaat“ zum neoliberalen Risikokapitalismus.....	9
I.6	Thatcherismus und Reaganomics. Neoliberalismus erstmals als Staatsdoktrin	10
I.7	Imperialismus heißt Krieg	11
I.8	Neoliberalismus befördert Überproduktionskrise	11
I.9	Der Markt darf nicht Nabel der Weltwirtschaft bleiben	12
I.10	Finanzsphäre versus „Realwirtschaft“?	13
I.11	Fiktives Kapital resultiert aus fiktivem Profit.....	13
I.12	Die Weltwirtschaftskrise hat „systemische“ Gründe – Der Reichtum der ganz Reichen	14
I.13	Die Finanzoligarchie als dominante Herrschaftsform des Imperialismus.....	14
I.14	Das Herzstück der kapitalistischen Produktionsweise	15
I.15	Informationstechnologie.....	16
I.16	Der Arbeitsgesellschaft droht die „Verflüchtigung“ der Lohnarbeit.....	16
I.17	Die wirkliche Ursache der Krise	17
I.18	Eine umfassende Zivilisationskrise (Umwelt, Wirtschaft, Ernährung, Klima)	18
I.19	Sozialismus oder Barbarei!	18
I.20	Die Bevölkerung zahlt für die Rekord-Staatsschulden	19
I.21	Die USA agieren weiter als Weltmacht Nr. 1	19
I.22	Das Ende des Dollar als Weltreservewährung ist in die Nähe gerückt.	20
I.23	Die EU – Ein Bündnis imperialistischer Staaten.....	20
I.24	Ein neuer historischer Block ist im Entstehen.....	22
I.25	Lateinamerika: Alternative soziale Integration	22

II. Der Sozialismus – unser programmatisches Ziel

II.1	Bilanz des Realsozialismus.....	25
II.2	Künftiger Sozialismus: Offenes, demokratisches Projekt.....	29
II.3	Sozialismus und Demokratie	30
II.4	Sozialismus und Freiheit	31
II.5	Zur Frage des Eigentums.....	31
II.6	Sozialismus und Landwirtschaft	32
II.7	Sozialismus und Kommunismus	32

III. Mittelfristige Reformalternativen. Berührungspunkte zum sozialistischen Ziel

III.1	Für einen progressiven Sozialstaat.....	35
III.2	Hauptstoß gegen die Eckpfeiler des herrschenden Systems. Prioritäten eines anzustrebenden neuen progressiven Sozialstaates, der grundlegende menschliche Bedürfnisse sichert. Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge vergesellschaften!	35
III.3	Die moderne Arbeiterklasse. Sozial differenziert – Kernbereiche ausschlaggebend	37
III.4	Arbeiterklasse – geschichtlich revolutionäres Subjekt	39



III.5	Vereinigung von Arbeiterbewegung und revolutionärer Intelligenz.....	41
III.6	KPÖ – Marxistische Partei der Arbeiterklasse	41
III.7	Die Rolle der Wissenschaften und Universitäten.....	43
III.8	KPÖ und Weltanschauung.....	44
III.9	Progressiver Nationalstaat – Basis und Hauptstütze von Gegenmacht.....	45
III.10	Zivilgesellschaft und Klassenkampf.....	46
III.11	Die Krise der Arbeiterbewegung.....	47
III.12	Vielfalt von Widerstand zur Gegenmacht bündeln.....	48
III.13	Entscheidend ist der Aufbau von Gegenmacht!.....	48
III.14	Schlüsselfrage – kämpferische Gewerkschaften	49
III.15	Gemeinden – Brennpunkte gesellschaftlicher Widersprüche	50
III.16	Für einen politischen Perspektivenwechsel.....	50
III.17	Kapitalistische Manipulation ist nicht allmächtig!	51

IV. Grundsätze unseres Wirkens als Kommunistinnen und Kommunisten

IV.1	Humanismus als oberstes Prinzip unseres Kampfes	53
IV.2	Partei der Arbeiterklasse – Verbindung der Tages- und Zukunftsinteressen	53
IV.3	Verbindung des außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampfes	53
IV.4	Frieden und Internationalismus	53
IV.5	Aktionseinheit aller antiimperialistischen Kräfte	54
IV.6	Gegen die Zersplitterung der kommunistischen Bewegung, für gemeinsames Handeln ..	54
IV.8	Entwicklung der wissenschaftlichen Grundlagen der kommunistischen Bewegung	54





Präambel

Am Beginn des dritten Jahrtausends eröffnen eine sich ständig beschleunigende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und die Vertiefung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unermessliche Möglichkeiten für den Menschheitsfortschritt. Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit könnten aus der Gesellschaft verbannt werden. Die materiellen Grundbedürfnisse einer/s jeden könnten befriedigt, die kulturellen und politischen Freiheiten aller könnten verwirklicht werden, ebenso Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Doch unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen dienen die Entwicklung der Produktivkräfte und die Globalisierung allein der Kapitalverwertung.

Die neue Etappe der Weltgeschichte verzeichnet nach der schweren Niederlage der revolutionären Arbeiterbewegung, dem Ende der politischen Bipolarität in Europa eine grundlegende Veränderung der Klassen- und Machtverhältnisse im Weltmaßstab zugunsten des transnationalen Kapitals. Eine rigorose soziale Demontage führt zur Vertiefung der sozialen Spaltung der Gesellschaft.

Der Imperialismus entpuppt sich als die Epoche der Barbarei und permanenter Kriege. Die weltweiten Unterschiede in der Verfasstheit kapitalistischer Staaten haben ihren Platz in der imperialistischen Weltordnung – liegen sie im Zentrum oder an der Peripherie – und haben mit dem Grad des Klassenkampfes, dem Grad der Gegenwehr und der Gegenmacht zu tun. Das imperialistische Herrschaftssystem ist von Rissen und Widersprüchen größten Ausmaßes durchzogen. Es trägt ein Widerspruchspotenzial in sich, das den Keim tödlicher Konflikte wie menscheitsbedrohende Kriege, aber auch die Möglichkeit sozialer Revolutionen enthält. Für die Arbeiterklasse stellt sich die Frage „Hammer oder Amboss sein“. Was jetzt nötig ist, ist ein Bündnis aller, die begriffen haben oder es auch nur fühlen, dass es so nicht weiter gehen kann; die entschlossen sind, ihre Fragen und ihren Protest auf die Straße zu tragen und so für Druck von unten auf die im Dienste des Kapitals tätigen Mandatsträger in den Parlamenten und Regierungen zu sorgen. Jeden wirklichen Fortschritt für die Mehrheit der Menschen gibt es nur als Resultat von sozialen Kämpfen.

Aus den Erfahrungen der Geschichte weiß man, dass die tiefen Verwerfungen – auch in Österreich – irgendwann in Wut und Protest umschlagen. Dann bedarf es einer marxistischen Kraft, die der historischen Situation angepasste Handlungsstrategien entwickelt. Daraus ist eine realistische, den tagespolitischen Anforderungen genügende und trotzdem die Überwindung des historisch konkreten Kapitalismus betreibende politische Taktik abzuleiten. Der Antikapitalismus der Kommunist/innen und Kommunisten verkörpert Erfahrungen und Einsichten aus Jahrhunderten der Menschheitsgeschichte. Angefangen bei Thomas Morus bis zu Adam Smith, haben hervorragende Köpfe nachgewiesen, dass in der bürgerlichen Gesellschaft das Reichsein der Wenigen das Armsein der Vielen voraussetzt. Bis hin zu Karl Marx, der in seinen Forschungsarbeiten entdeckte: „Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralische Degradierung auf dem Gegenpol“ (MEW 23, S. 675). Nur der Sozialismus durchbricht den Kreislauf von Ausbeutung, Krise und Krieg. Als einzige österreichische Partei hat die KPÖ das Ziel auf ihre Fahnen geschrieben, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx). Die KPÖ setzt sich konsequent dafür ein, dass alle Menschen ihr Leben ohne Ausbeutung, ohne Hunger und Krieg, im Wohlstand lebend gestalten können.



I. Die Welt, in der wir leben.

Wesenszüge des Kapitalismus im 21. Jahrhundert – Imperialismus heute

Die Geschichte der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise reicht mehr als 40 Jahre zurück. Es handelt sich dabei nicht um eine bloße Finanzkrise, die die ganze Realwirtschaft mit in die Krise hineingerissen hätte. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der heutigen Weltwirtschaftskrise in den ökonomischen Krisenprozessen der 1970er Jahre. Die kapitalistische Weltwirtschaft blieb in Inflation und Stagnation stecken. Die Profitraten fielen. Finanzkapital und Staat suchten den Ausweg in der Weltmarktorientierung. Im Akkumulationsmodell wurde die Bedeutung der Binnennachfrage zurückgedrängt. Neoliberale Strukturen wurden im kapitalistischen Weltteil verstärkt aufgebaut.

Stagnierende Löhne und Sozialabbau führten zur Schwächung der Massenkaufkraft. In den Lagern der warenproduzierenden Wirtschaft türmten sich unverkäufliche Waren. Die Produktion nahm ab bzw. wurde stillgelegt. Investitionen in die Realwirtschaft rentierten sich für Kapitalbesitzer nicht mehr. Sowohl ein Großteil des in der Realwirtschaft akkumulierten Kapitals sowie die außerhalb der Realwirtschaft „produzierten“ gigantischen Massen fiktiven Kapitals strömten in die Finanzsphäre, der Beginn der Spekulationsblase.

I.1 Ursachen der Prosperitätsphase des Nachkriegskapitalismus

Nach der Befreiung Österreichs vom deutschen Faschismus legten marxistische und nicht-marxistische, revolutionäre und reformistische Kräfte und selbst konservative Parteien Wert darauf, sich als antikapitalistisch zu erklären. Viele Menschen waren überzeugt, dass der Kapitalismus unfähig ist, die Bedingungen eines guten Lebens für die Mehrheit hervor-zubringen. Er sei weder gerecht noch langfristig lebensfähig. Das Großkapital war infolge seiner Verbindung mit dem deutschen Faschismus und dessen ungeheuerlichen Verbrechen diskreditiert, zum Teil enteignet, jedenfalls aber geschwächt. Zusammen mit dem Faschismus saß der Kapitalismus auf der Anklagebank.

Besonders in den Betrieben gab es eine Massenstimmung für die Verstaatlichung der Industriekonzerne und Banken. Die weitgehende Verstaatlichung der Grundstoff- und Schwerindustrie sowie der Banken lag aber auch im Interesse des Monopolkapitals. Der Anstieg der zu mobilisierenden Finanzmittel, die wachsende Komplexität der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, die neuen Anforderungen an die kapitalistische Kooperation, die Erweiterung der internationalen Arbeitsteilung, die beständige Sicherung der Rohstoffzufuhr etc., dies alles überforderte die finanziellen Möglichkeiten und die Organisationskraft der Einzelkapi-

tale. Die historisch gegebene kapitalistische Produktionsweise wurde durch die staatlichen Eingriffe aber nicht in Frage gestellt. Zwischen 1950 und 1973 erlebte Österreich ein rasantes ökonomisches Wachstum, das wesentlich zur Vollbeschäftigung und sogar zum Arbeitskräftemangel beitrug. Auf der Grundlage der wissenschaftlich-technischen Entwicklung der Produktionsmittel und neuer Werk- und Kunststoffe erlebten in den westeuropäischen Ländern die Haushaltsgeräteindustrie, die Massenmotorisierung (insbesondere die Autobranche), die Einzelhandelskonzerne, der Massentourismus und andere Zweige ihren wirtschaftlichen Durchbruch. Mittels Fließbandproduktion und unter intensivem Einsatz von Arbeitskraft und Maschinen wurden Massengüter hergestellt, die dank relativ hoher Löhne in ihren Produzenten zugleich ihre Konsumenten fanden. Massenkonsum und Massenproduktion waren eingebettet in einen starken, regulierten Sozialstaat. Es war eine Prosperitätsphase, geprägt von der wachsenden Stärke der Gewerkschaften, die unter dem Vorzeichen von „Vollbeschäftigung“ und mit dem Rückenwind der Systemkonkurrenz mit dem sozialistischen Ländern wichtige Verbesserungen von Lebens- und Arbeitsverhältnissen durchsetzen konnten.

I.2 Klassenkompromiss minimierte Auswirkungen der kapitalistischen Ausbeutung

Die seit Ende der 50er-Jahre vermehrten sozialen Zugeständnisse und Realloohnerhöhungen entwickelten sich zu einem „sozialpartnerschaftlichen“ Klassenkompromiss, geeignet im Systemwettbewerb mit dem Sozialismus erfolgreich eine Massenloyalität der Arbeiterklasse mit Abmilderung der Klassengegensätze zu erreichen.

Selbstverständlich gab es im Kapitalismus niemals so etwas wie eine Garantie für Arbeit und Existenzsicherung. Solange jedoch der „Wettkampf der Systeme“ die kapitalis-

tischen Hauptländer gezwungen hatte, große gesellschaftliche Kompromisse zu schließen, gelang es, die ureigensten Triebkräfte des Kapitalismus zu zügeln. Unter dem Druck der Arbeiterklasse war es möglich, am sozialen Netz zu knüpfen. Trotz aller Unsicherheiten schien der Lebensweg für den Einzelnen prinzipiell gesichert und gestaltbar. Für einen kurzen Moment schien es, als ob ein stabiler und belastungsfähiger Interessenausgleich zwischen Arbeiterklasse und Kapital möglich geworden wäre.

I.3 Die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Keynesianismus

Begleitet wurde die Expansionsbewegung der Volkswirtschaft auf den sich neu formierenden Märkten von der keynesianischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. John Maynard Keynes und andere weiterdenkende Politökonomien erkannten die erhebliche soziale und politische Sprengkraft, die in einer Weltwirtschaftskrise wie in der großen Depression der 1930er lag. Sie wussten, dass bei entsprechender Stärke die Arbeiterbewegung durchaus systemgefährdend werden könnte, und sie begannen, dies als Problem zu akzeptieren. Keynes anerkannte das Offensichtliche: Der Konsum der Lohnabhängigen bleibt in der Krise hinter dem Angebot zurück.

In der realen Weltpolitik spielte der Keynesianismus seit der Konferenz von Bretton-Woods von 1944 eine wichtige Rolle. Deren Rahmen erstreckte sich auf die Kontrolle und Steuerung der Währungssysteme (Internationales Währungsabkommen), auf eine Politik des Abbaus von Handelsbeschränkungen und der Gleichheit der Marktzutrittsbedingungen nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit im GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) sowie eine Entwicklung des Binnenmarktes durch öffentliche Investitionsprogramme. Der wichtigste Punkt war die Vereinbarung fester Wechselkurse mit dem US-Dollar als Ankerwährung.

Der Dollar war an das Gold gebunden.

Der theoretische Kern des Keynesianismus ist eine Theorie der Vollbeschäftigung, die besagt, dass der sich selbst überlassene Kapitalismus zu Unterbeschäftigung und Krisen führt. Krisen entstünden Keynes zufolge nicht aus Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus, sondern hängen vor allem von „psychologischen Faktoren“ ab.

Der Keynesianismus war unter den Bedingungen des wirtschaftlichen Aufschwungs und des internationalen Klassenkompromisses möglich. Es ist illusionär zu meinen, es sei auf Basis einer Partnerschaft mit dem Kapital möglich, die Widersprüche des Kapitalismus durch Wachstum zu überwinden und die Löhne ohne gleichzeitige Schmälerung der Unternehmensergebnisse zu erhöhen. Eine solche Politik lässt den wichtigen Umstand unberücksichtigt, dass die Widersprüche aus der kapitalistischen Entwicklung selbst entstehen. Besonders Perioden einer stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte in der Wirtschaftskrise sind zugleich Perioden schroffer Verschärfungen des Grundwiderspruchs des Kapitalismus. Weder der Keynesianismus noch eine andere Spielart eines kapitalistischen Wirtschaftsmodells kann die antagonistischen Widersprüche des Kapitalismus aufheben..



I.4 Das Ende der „inneren Expansion“ des Kapitalismus

Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts vollzogen sich gewaltige politische und ökonomische Umbrüche sowie eine Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, national und international. Die Massenarbeitslosigkeit stieg und wurde zu einer entscheidenden Waffe des Kapitals. Nach der letzten großen Bewegung Mitte der 1980er-Jahre um die 35-Stunden-Woche, die jedoch erfolglos vererbte, verminderte sich die Mobilisierung und Kampffähigkeit der Gewerkschaften. Die ökonomische Situation war im Folgenden geprägt von der drastischen Absenkung der Lohnstückkosten, von sinkender Lohnquote, Erosion der Kollektivverträge und Spaltung der Arbeiterklasse in Stammebelegschaften und Beschäftigte im Niedriglohnssektor. Die immer schneller um sich greifende Rationalisierung und Automatisierung führten dazu, dass immer mehr Waren in immer kürzerer Zeit durch immer weniger Arbeitskräfte hergestellt werden konnten. Neue Industriezweige wie die Mikroelektronik und die Informationstechnik beschleunigten diese Tendenz in den kommenden Jahrzehnten noch weiter, da die neuen Technologien weitaus weniger Arbeitsplätze schufen, als durch ihre Anwendung wegrationalisiert wurden.

Die gewaltig ausgebauten Produktionspotenziale erwiesen sich als Überakkumulation, als im Verhältnis zur kauf-

kräftigen Nachfrage überdimensioniert. Dazu kamen der Rückgang der Profite, steigende Staatsdefizite mit späterer Auswirkung auf die Währung, auf den Außenhandel, die Zahlungsbilanz und die besorgniserregende Beschäftigungslage sowie die Handelskonkurrenz, die neue Maßnahmen erforderten. Zusammengefasst: Eine Erhöhung der Profite bei gleichzeitig steigenden Masseneinkommen war nicht mehr zu gewährleisten.

Kapitalbesitzer begannen weniger zu investieren, Arbeitskräfte wurden „freigesetzt“, die Massenarbeitslosigkeit kehrte zurück und mit ihr die Krise der sozialen Sicherungssysteme. Mitte der 1970er-Jahre kam es zur ersten großen Nachkriegskrise in den entwickelten kapitalistischen Staaten.

Aus dieser Zeit datiert auch die defensive Haltung der Gewerkschaften als Ausdruck einer tiefen, politischen Krise der Arbeiterbewegung. Mit dieser Entwicklung verbunden, verloren die Gewerkschaften ihren politischen Arm, ohne dass dies mehrheitlich zu Konsequenzen geführt hätte. Die systemkonforme Grundhaltung der SPÖ und der Gewerkschaftsführung stellte die Hegemonie der herrschenden Klasse nie in Frage. Allmählich wandte sie sich der neoliberalen „Modernisierung“ zu und begann die „Werte“ der kapitalistischen Gesellschaft als ihre eigenen auszugeben.

I.5 Der Übergang vom „Wohlfahrtsstaat“ zum neoliberalen Risikokapitalismus

Keynesianismus und Neoliberalismus sind im Prinzip nur zwei Entwicklungsvarianten der gleichen sozialökonomischen Grundlage. Beide begreifen sich als Wachstumsmodelle der kapitalistischen Wirtschaft. Aber sie unterscheiden sich in der Schwerpunktsetzung und in der Methode. Die neoliberale Richtung kann als eine konfrontative Variante oder als radikalisiertes Modell der Kapitalverwertung bezeichnet werden.

In den 1990er-Jahren wurde die finanzkapitalistische Durchdringung fast des ganzen Globus als „Globalisierung“ gefeiert. Im Gegensatz zum propagierten „friedlichen Welt-dorf“ entstanden aber krasse ökonomische Ungleichgewichte und wuchernde Finanzindustrien.

Das überflüssige Kapital suchte neue Wege und Formen für profitable Verwertung, fand sie auf dem „Weltmarkt“. „Wohlstand für alle“ weltweit war das propagierte Versprechen. „Neoliberale Globalisierung“ ist der reale Begriff, der diese Periode beschreibt.

Vordergründig orientiert sich der Neoliberalismus auf eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit „freiem Wettbewerb“ als zentrale Kategorie und einem Staat, der die Rahmenbedingungen für die Kapitalverwertung setzt. Dazu zählt ein ganzes Arsenal von Maßnahmen, wie die

Privatisierung des öffentlichen Eigentums, Deregulierung, Rücknahme staatlicher Investitionen und Steuerungen, Abbau sozialer Sicherungssysteme usw.

Die politischen Instanzen folgten weitgehend den Vorgaben des Finanzkapitals, das die Deregulierung der Finanzmärkte und die Erweiterung der Freihandelszonen forderte. Beabsichtigt war, dem Prinzip „Marktwirtschaft“ zu uneingeschränkter Durchsetzung im Wirtschaftsprozess zu verhelfen. Das neoliberale kapitalistische Wirtschaftsmodell zielt radikaler und direkter als das vergangene Modell auf eine Erhöhung der Kapitalrendite ab. Zu diesem Zweck wurden die Gewerkschaften systematisch geschwächt, von Seiten des Staates wird Druck auf die Löhne ausgeübt. Nationale Schutzschranken für den Warenhandel und den Kapitalverkehr wurden systematisch abgebaut, um stärkere Kapitale zu bevorzugen und die Monopolisierung voranzutreiben.

Das einst vorhandene relative Sicherheitsgefühl ist schon seit längerem durch tiefsitzende Existenzsorgen verdrängt worden, weil sich seit den 1980er-Jahren die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes vergrößerte und gleichzeitig eine berufliche Wiedereingliederung im Falle der Erwerbslosigkeit als zunehmend schwieriger gestaltete.



Neue Arbeitsplätze haben immer öfter prekären Charakter. Die Zahl jener Lohn-abhängigen wächst, die trotz einer Vollerwerbsstelle ihren Lebensunterhalt kaum mehr bestreiten können. Folgender Trend ist realitätsprägend geworden: Eine neue Arbeiterklasse ist im Entstehen, der die kollektiv geregelten Normalarbeitsverhältnisse und die sozial-staatlichen Absicherungen für die Wechselfälle des Daseins zunehmend fremd werden. Sie wird über den aktuellen Krisenzyklus hinaus langfristig durch die Erfahrung von Erwerbs-losigkeit, von den prekären Beschäftigungsverhältnissen, von zweiten und dritten Arbeits-märkten und von abrupt eintretenden Armutphasen geprägt. Mehr als ein Drittel der Lohnabhängigen lebt mittlerweile in akuten Armutslagen oder in so unsicheren Verhältnissen, dass sie jederzeit in diese absinken können.

Der Neoliberalismus hat ein Akkumulationsregime, also Bedingungen der Kapitalverwertung, durchgesetzt, das die Reichen noch reicher macht. Es ist dies der Finanzmarktkapitalismus, der auf drei Säulen ruht: Spekulation, Druck auf die Löhne, Abbau staatlicher Leistungen.

Über alle Medien verkündeten Politiker und diverse „Experten“, dass Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und weitere Krisensymptome in der Beschränkung „unternehmerischer Initiative“ durch „zu viel Staat“ in „ausufernder“ Bürokratie, in „zu teuren Sozialsystemen“ oder „zu hohen Lohnnebenkosten“ ihre Ursachen hätten. Durch eine mas-

sive, bis dahin nicht gekannte komplexe geistige und massenpsychologische Offensive gelang es, wohlfahrtsstaatliche Wertvorstellungen und Lebensmuster zurückzudrängen.

Das oberste Gebot war möglichst schnell das „große Geld“ zu machen, auch wenn dies nur um den Preis der Destabilisierung und Vernichtung regionaler Märkte und Massenverelendung möglich war. Die geschwächte Arbeiterbewegung schaffte es leider nicht, den Opfern dieses „Klassenkampfes von oben“ Stimme zu verleihen und Gehör zu verschaffen.

Unter diesen Gesichtspunkten und Kriterien war die Rolle des Staates als Regulator wirtschaftlicher Prozesse und als Garant der politischen Rahmenbedingungen neu zu bestimmen. Bei der Parole „Weniger Staat, mehr Privat“ ging es nicht um den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, sondern um die Veränderung von Zielen der Staatsinteressen und Methoden. Es ging um einen generellen Angriff auf die Rechte der Arbeitenden und Besitzlosen, um eine Konterrevolution gegen den Wohlfahrtsstaat.

Was jetzt als Verhängnis über Wirtschaft und Gesellschaft hereinbricht, ist das Produkt absichtlichen Handelns. Der Neoliberalismus ist keine auf die Bedingungen der Erzielung von Superprofit zu reduzierende Doktrin. Er war und ist angelegt auf die Gestaltung der dafür erforderlichen politischen, also gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

I.6 Thatcherismus und Reaganomics. Neoliberalismus erstmals als Staatsdoktrin

Zuerst wurde der Bruch mit den sozialstaatlichen Entwicklungsmodellen in den USA und in Großbritannien vollzogen. Erst in den 1990er-Jahren, nach der Zerschlagung des Sozialismus in Europa und der damit verbundenen Schwächung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, begann auch hier die volle Durchsetzungsphase des neoliberalen Akkumulationsregimes, das mit dem Begriff „Globalisierung“ umschrieben wurde. Die entscheidende Machtkonzentration verschob sich national und international nunmehr zu den weltweit führenden Konzernen und Banken. Die transnationalen Konzerne bauten zunächst in den Industrieländern und nach 1989/90 auch in den Ländern der Zweiten und Dritten Welt Produktionsverbände auf. Damit gelang es, Arbeitskräfte und Ressourcen billig einzukaufen und die Früchte des Produktivitätsfortschritts vollständig der Kapitalseite zukommen zu lassen.

Gestützt auf die ihnen dienstbaren nationalen Regierungen und auf die imperialistischen Machtblöcke USA, EU und Japan werden seither Wirtschaft und Politik allein von der Profitlogik bestimmt und den Interessen des Kapitals unterworfen.

Vor über dreißig Jahren führte Margaret Thatcher ihre konservative Tory-Partei zum Sieg. Sie etablierte die ers-

te Regierung in Europa, die ganz der neoliberalen Doktrin verpflichtet war. Der Republikaner Ronald Reagan folgte anderthalb Jahre später in den USA. Thatcher bewunderte den chilenischen Diktator General Augusto Pinochet, der seit 1973 die Theorien des österreichischen neoliberalen Ökonomen Friedrich von Hayek in die Praxis umsetzte. Nach ihrem erneuten Wahlsieg 1983 schlug die „Eiserne Lady“ zu: British Telecom, British Airways, British Airports, British Steel, die Autofirmen Jaguar und Rolls Royce, Wasser und Elektrizität wurden in Eile und weit unter ihrem Wert verkauft. Unrentable Kohlegruben wurden geschlossen. Als die Bergarbeiter 1984 streikten, kam es zur Machtprobe, auf welche die Regierung jahrelang hingearbeitet hatte. Strategisch angelegte Kohlevorräte und die Umstellung auf Gas sicherten die Versorgung der Bevölkerung. Nach einem Jahr war auch der entschlossener Teil der Gewerkschaften demoralisiert. Nun wurden Löhne und Unternehmenssteuern gesenkt. Beschäftigte wurden entlassen. Ausländische Investoren wurden angelockt. Das traditionelle Londoner Bankenviertel „City of London“ wurde von fast allen Regulierungen befreit und entwickelte sich zum konzeptionellen Zentrum der neoliberalen Finanzwelt.

Die USA haben Anfang der 1970er-Jahre die nach dem



Zweiten Weltkrieg getroffenen Bretton-Woods-Übereinkünfte aufgekündigt, weil der Milliarden verschlingende Vietnam-Krieg nur durch eine galoppierende Dollarinflation finanziert werden konnte. Das erforderte die Aufhebung der Dollarbindung an das Gold.

I.7 Imperialismus heißt Krieg

Der wirtschaftliche Aufschwung und der dollargesteuerte Weltmarkt ermöglichten es inzwischen den nach 1945 von den USA wieder aufgepäppelten imperialistischen Staaten Europas zu industriellen Konkurrenten der USA aufzusteigen. Die einstigen Vasallen entwickelten sich zu untergeordneten Partnern im Weltmarkt, die mit der Führungsmacht ein gemeinsames Interesse an neuen, „freien“ Handelsbeziehungen hatten. Besonders nach dem Ende des europäischen Realsozialismus wuchs das gemeinsame Interesse an der Deregulierung auch der Dritten Welt und brachte ein zwischenimperialistisches Bündnis hervor, das mit neokolonialer Gewalt agiert. Beispiele wie Irak, Jugoslawien, Libyen verdeutlichen die niedrige Hemmschwelle für den Einsatz militärischer Gewalt zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen und politischer Ziele. Kriege sind die konsequente Fortsetzung politischer und ökonomischer Zwangsmaßnahmen. So war etwa der zweite Irak-Krieg die militärische Antwort auf eine sich verschärfende Wirtschaftskrise und, angesichts eines immer stärker werdenden Euro, aus US-Sicht ein notwendiger Schritt zur Aufrechterhaltung der Dollarhegemonie. Die direkte Kontrolle des irakischen Öls sollte zum einen die Kreditwürdigkeit

Über die Deregulierung der Finanzmärkte sicherten sich die USA jenen beständigen Zustrom an Kapital, den sie über Exportüberschüsse nicht mehr erwirtschaften konnte. Damit wurde letztlich auch ihr militärischer Apparat finanziert.

der USA festigen, zum anderen allen Plänen, den Handel mit Öl auch in Euro oder anderen Währungen abzuwickeln, einen Riegel vorschieben. Mit dem Verschwinden der Sowjetunion wandelte sich auch die Rolle der UNO. Immer mehr verlor sie ihre Rolle als Schiedsgericht der Weltpolitik und wird vielfach als Legitimationsorgan imperialistischer Kriegszüge instrumentalisiert.

Solche imperialistischen Angriffskriege werden medial als humanitäre Interventionen aufbereitet, um damit den Widerstand gegen derartige Kriege zu schwächen. In diesem Sinne ist es nur richtig, von „Menschenrechtsimperialismus“ zu sprechen.



I.8 Neoliberalismus befördert Überproduktionskrise

Die Anwendung neoliberaler Ausbeutungsmethoden hat weltweit noch mehr Hunger und Elend geschaffen. Die armen Länder wurden in noch aussichtlosere Abhängigkeit gestoßen, die Gefahren globaler Vernichtung noch weiter auf die Spitze getrieben.

Die stagnierenden Löhne, die Steuergeschenke an Wohlhabende und der Sozialabbau ließen die Profite und die Vermögen kräftig wachsen, doch zugleich sank die Massennachfrage. Zu den Warenbergen, die keine Käufer fanden, gesellten sich Berge von Kapital, das kaum in der Warenproduktion profitable Investitionsmöglichkeiten finden konnte. Es drohte somit erneut eine klassische Überproduktions- bzw. Unterkonsumtionskrise.

Als die keynesianische Phase stürmischer Marktexpansion abgeschlossen war und sich die kapitalistische Konkurrenz auf den gesättigten neuen Märkten auswirkte, machte sich auch im Neoliberalismus der Effekt des von Karl Marx entdeckten Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate bemerkbar: Es handelt sich um eine Verwertungsbarriere des

Kapitals, die unabhängig von konjunkturellen Besonderheiten existiert. Im Grunde besagt dieses Gesetz, dass der konkurrenzbedingte Zwang zur immer schnelleren Erneuerung der Produktionsmittel führt, ohne dass diese schon technisch verschlissen wären. „Der Konkurrenzkampf zwingt die Unternehmer, die alten Arbeitsmittel vor ihrem natürlichen Lebensende durch neue zu ersetzen.“ (Marx) Der unmittelbare Zweck und das bestimmende Motiv der kapitalistischen Produktion ist die höchstmögliche Verwertung des Kapitals. Die entscheidende Triebkraft ist aber nicht der Profit schlechthin, sondern die Profitrate, oder wie bürgerliche Ökonomen sagen, die Kapitalrendite. Die Profitrate zu erhöhen, ist das Ziel der Kapitaleigentümer.

Wie von Marx dargelegt, lässt die beständige Produktivitätssteigerung durch den Einsatz neuartiger Produktionsmittel den Anteil des konstanten Kapitals (Maschinen, Produktionsstätten, Rohstoffe usw.) im Verwertungsprozess steigen und den des variablen Kapitals (Arbeitskraft) sinken. Ein Unternehmen, das durch die Einführung neuer Produk-

tionstechniken mehr Waren in kürzerer Zeit mit weniger Arbeitskräften herstellen kann, erwirtschaftet Extraprofite, da es für seine Produktion weniger als die durchschnittliche gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit aufwenden muss. Sobald sich aber der Einsatz der neuartigen Produktionsmittel gesamtwirtschaftlich durchgesetzt hat, sinkt die gesellschaftliche notwendige Arbeitszeit, die zur Herstellung der betreffenden Ware aufgewendet werden muss. Die Extraprofite des „innovativen“ Unternehmens schmelzen mit der Zeit dahin.

Im Produktionsprozess ist die Lohnarbeit, also der arbeitende Mensch, die Quelle des Mehrwerts. Eine Steigerung der Produktivität führt automatisch zu einer Erhöhung des konstanten Kapitals im Verhältnis zum variablen Kapital und damit zu einem Fallen der Profitrate. Das Kapital versucht den Fall der Profitrate durch eine absolut wachsende Masse des Profits wettzumachen. Aber auch das ist zum Scheitern verurteilt.

Damit erscheint der Fall der Profitrate als „bedrohlich für die Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses, er befördert Überproduktion, Spekulation, Krisen, überflüssiges Kapital neben überflüssiger Bevölkerung.“ (Marx,

Das Kapital, Bd. 3, S. 269) Die Produktivitätssteigerung und damit verbundene Vernichtung der Lohnarbeit ist eine objektive Schranke, die den Kapitalismus an seiner Weiterentwicklung hindert.

Da die technischen Möglichkeiten der Produktion schneller zunehmen, als sich die Profite realisieren, sind Unternehmen gezwungen, sich Anlagefelder außerhalb der so genannten Realinvestitionen zu suchen, sobald diese mehr Profit versprechen. Dieser Logik müssen sich die einzelnen Kapitalisten – ob sie wollen oder nicht – unterwerfen, um bestehen zu können. Deshalb wurden beginnend mit Mitte der 1970er Jahre die Kapitalströme zusehends in die Finanzsphäre umgeleitet.

Hier ist der Spielraum für die Kapitalistenklasse wahrlich nicht unbegrenzt, und die sozialen Verwerfungen, die aus diesen Entscheidungen folgen, resultieren durchaus nicht aus der verwerflichen Gesinnung der einzelnen Banker und Kapitalisten, sondern aus dem kapitalistischen System. Letzten Endes beruht die Wirkung des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate auf dem Auspressen eines immer geringer werdenden Anteils an lebendiger Arbeit.

I.9 Der Markt darf nicht Nabel der Weltwirtschaft bleiben

Die jetzige Krise hat dem ideologischen Heiligtum des Neoliberalismus, dem Markt, vernichtende Schläge zugefügt. Die Losung von der „Selbstregulierung“ der Märkte und die Forderung „es den Markt richten zu lassen“, hat jede Glaubwürdigkeit verloren. Der Markt ist kein Subjekt: Er ist ein Ort. Ein Ort, an dem etwas ausgetauscht wird (Heringe, Aktien, Informationen...). Märkte hat es immer gegeben. Jeder Markt braucht per definitionem Regeln, um zu funktionieren. Schon deshalb ist jede Entgegensetzung von Staat und Markt unsinnig: Tatsächlich legt der Staat die Regeln fest, nach denen der Markt funktioniert. Allerdings nicht allein. Entscheidend sind die Funktionsregeln, die den Märkten von der Produktionsweise und von den bestehenden Klassenverhältnissen auferlegt werden. Auch die Festlegung der mehr oder weniger rigiden Regeln seitens des Staates hat mit dem Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zu tun. So ist beispielsweise ein deregulierter Arbeitsmarkt wie der jetzt bestehende die Folge der Kräfteverhältnisse der letzten Jahrzehnte. Darum kann es im eigentlichen Sinne des Wortes keinen „freien Markt“ geben. Jeder Markt folgt bestimmten Regeln. Wenn die neoliberalen Ideologen vom Markt sprechen, meinen sie in erster Linie weder den freien Warenaustausch noch die freie Konkurrenz. Sie meinen die Eigentumsrechte: Das Recht auf Privateigentum an den Produktionsmitteln. Sie meinen Kapitalismus. Das ist die Übersetzung von Ausdrücken wie „Marktgesellschaft“,

„marktwirtschaftliche Ordnung“, „Marktwirtschaftssystem“ und vor allem „Marktwirtschaft“.

Eine Ökonomie, die am Wohlstand aller orientiert ist, muss auf Kooperation, Fürsorge und Nachhaltigkeit ausgerichtet sein und nicht auf Konkurrenz. Aber Märkte müssen untergeordnet, geregelt und begrenzt werden. Neben Bildung, Gesundheit oder Altersvorsorge gibt es weitere öffentliche Güter, die nicht als Waren behandelt werden dürfen, weil sie nach sozialen und ökologischen Kriterien zu gestalten sind. Dazu gehören Wohnen, Wasser, Land, der Öffentliche Verkehr und die Energie.





I.10 Finanzsphäre versus „Realwirtschaft“?

Abhilfe gegen die Krisenwirkung schuf für das Kapital ab den 1980er-Jahren der immer weiter expandierende und fortwährend deregulierte Finanzsektor, der zu einer regelrechten finanziellen Explosion ansetzte. Ein immer größerer Teil der erzielten Profite wanderte, da in der „Realwirtschaft“ in der geforderten Höhe nicht zu verwerten, in Finanzprodukte. Das weltweite Geldvermögen schnellte in wenigen Jahren auf über 100 Billionen Dollar hoch, das Doppelte der jährlichen weltweiten Wirtschaftsleistung. Über einem sehr langsam wachsenden Volumen materieller Güter und Dienstleistungen entstand ein gigantischer Berg von „fiktivem Kapital“ – Geldvermögen ohne materiellen Gegenwert.

Der Warenexport wurde intensiviert und die einzelnen Staaten zu nationalen „Wettbewerbsstaaten“ umgebaut, wo im Namen der globalen Wettbewerbsfähigkeit die Löhne und Gehälter reduziert und Sozial- und Steuersysteme strikt im Interesse der Konzerne und „Investoren“ umstrukturiert wurden. Die wildwuchernden Finanzmärkte nahmen das überschüssige Kapital auf. Die während der Boomphase verschiedener Spekulationsblasen verbuchten Gewinne wirkten stimulierend auf die Warenproduktion. Es sind also gerade die spekulativen Finanzmärkte, die der

„realen“ Wirtschaft auf die Sprünge halfen. So ermöglichte die „High-Tech-Spekulation“ einen längeren Aufschwung der US-Konjunktur.

Die Vorstellung von einem zersetzenden Finanzmarkt, der das kerngesunde produzierende Gewerbe mit in den Abgrund der Rezession reißt, stellt somit die Realität auf den Kopf.

Es verfestigte sich eine internationale „Arbeitsteilung“. Die klassischen Exportstaaten Deutschland, Japan, China, Indien, aber auch Österreich und auch die Rohstoff- und Schwellenländer wurden immer mehr zu den „Produzenten der Welt“, während viele andere Staaten diesen Produktionsüberschuss konsumierten. So finanzierten die Exportstaaten auch den Konsum der Importstaaten mit Krediten. Im Zentrum dieses Systems befinden sich die USA. Damit ist es kein Zufall, dass die Krise in den USA ausgelöst wurde, denn dieses Land lebt schon seit Jahrzehnten von der Verschuldung im Ausland.

Durch die Verlagerung auf die Ebene des Weltmarktes und die massive Kreditschöpfung wurde die Krise hinausgezögert. Aber dadurch entwickelte sie nur ein umso größeres Potenzial, als die immer riskanteren Konstruktionen im Sommer 2007 zusammenkrachten.

I.11 Fiktives Kapital resultiert aus fiktivem Profit

Fiktives Kapital resultiert aus fiktivem Profit. Bei diesem handelt es sich – allgemein gesprochen – um Profit, der erzielt wurde, ohne dass ihm eine reale Produktion von Wert und Mehrwert entspricht. Genau das ist bei bestimmten Finanzoperationen der Fall. So wird in der heutigen kapitalistischen Produktion ein erheblicher Teil des erzeugten realen Profits durch Aktienbesitz als Dividende realisiert. Hier kann von keinem fiktiven Profit gesprochen werden.

Erwirbt ein Interessent allerdings Aktien mit dem Ziel, sie z.B. bei einem höheren Kurswert wieder mit Gewinn zu veräußern, so haben wir es bei dem auf diese Weise erlangten Spekulationsgewinnen mit fiktivem Profit zu tun. Ähnlich bei einem Kreditgeschäft. Wenn eine Bank einem Unternehmen einen Kredit gewährt und dieses damit reale Werte, Mehrwert und somit Profit erzeugt, ist es nur recht und billig, dass die Bank an diesem durch Zinsen partizipiert. Wiederum ist kein fiktiver Profit entstanden. Wenn jedoch die Bank die Zahlungsverpflichtungen handelbar macht, dann sind die daraus erzielten Profite – die über eine Kompensation der mitverkauften Zinserwartungen hinausgehen – fiktive Profite.

Unter diesem Gesichtspunkt ist fiktiver Profit, der letztlich

daraus resultiert, dass Geld auf dem Finanzmarkt unmittelbar zu mehr Geld gemacht wird, eine im Sinne kapitalistischer Kriterien sehr rationelle Methode zur Erlangung von Profit. Deshalb werden auf den Finanzmärkten immer neue Möglichkeiten erschlossen, sich solcher Methoden zu bedienen. Die Regierungen aller kapitalistischen Länder lieferten dazu willfährig den gesetzlichen Rahmen. Der Rest der Geschichte ist bekannt: Das Platzen der Blase der Subprime-Kredite, – verursacht durch die Insolvenz hunderttausender US-amerikanischer Familien – traf das globale Finanzsystem mit voller Wucht.

Der fiktive Profit – und der auf ihm basierende Reichtum – trägt also dazu bei, die ganze kapitalistische Wirtschaft immer wieder in die Krise zu treiben, weil er zum Großteil wieder zum Zweck der Spekulation eingesetzt wird.

Die sich immer weiter vertiefende Weltwirtschaftskrise beendet die spezifische Form, in der sich die kapitalistische Weltwirtschaft seit den 1980er-Jahren entwickelt hat. Der Neoliberalismus ist an der gleichen Verwertungsbarriere der Kapitalreproduktion gescheitert, die ebenso zu einer weltweiten Überakkumulationskrise geführt hat, wie vor ihm der Keynesianismus.



I.12 Die Weltwirtschaftskrise hat „systemische“ Gründe – Der Reichtum der ganz Reichen

Die Herrschenden wollen die wirklichen Ursachen der Krise im Dunkeln belassen. Man versucht, die Krise als eine Art Betriebsunfall zu darzustellen, als Erdbeben oder Gewitter. Vertuscht werden soll, dass wir inmitten einer allumfassenden, mehrdimensionalen, strukturellen Überproduktionskrise leben, deren Dauer, Tiefe und geographische Reichweite sicher größer ist als bei der Weltwirtschaftskrise ab 1929 ff. Die Meinungsmacher des Kapitals reden von „Ausartungen“, von der „Gier von Managern“, vom „Raubtierkapitalismus“ und ähnlichem Unsinn. Dieses Bild von „guten“ und „bösen“ Menschen unterstellt nämlich, man wäre eigentlich ganz zufrieden mit dem Kapitalismus und meine nur, dass ein paar Banker zu profitgierig und charakterschwach sind. Doch das Problem des Kapitalismus ist nicht die Charakterschwäche

von Menschen. Die Gier entspringt nicht persönlichem Fehlverhalten, sondern ist tief in den gesellschaftlichen Verhältnissen verankert. Würde ein Banker tatsächlich verkünden, ihm würden 10 Prozent Eigenkapitalrendite reichen – die Banktürme der Konkurrenz hätten sich gebogen vor Lachen und die Aktionäre hätten ihn vom Chefsessel gefegt. Die Wahrheit lautet: Die Finanzinstitutionen haben mit ihren Vorgaben von 25 und mehr Prozent Eigenkapitalrendite, mit ihren Hedge- und Investmentfonds, mit ihren ausgelagerten Zweckgesellschaften und ihren Devisen- und Derivatspekulationen das gesamte Finanzcasino nicht allein deshalb aufgebaut und auf Touren gebracht, weil sie unfähig oder gierige Banker waren. All das entspringt der Logik der Kapitalverwertung des heutigen globalen Finanzmarktkausalismus.

I. 13 Die Finanzoligarchie als dominante Herrschaftsform des Imperialismus

In den Jahrzehnten des Neoliberalismus sind die Reichen reicher und zahlreicher geworden. Marx spricht vom Kapitalismus als einer Klassengesellschaft, in der die herrschende Klasse das Eigentum an den Produktionsmitteln monopolisiert. Die heutigen Monopole sind Ergebnis von über 100 Jahren Konkurrenz. Als Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind Monopole als konzentriertes und zentralisiertes Eigentum zu analysieren, nicht bloß als technische Produktionseinheiten in immer größerer Dimension.

Zur herrschenden Klasse zählen neben den Eigentümern der wichtigsten Produktionsmittel und des großen Kapitals – also der Großbourgeoisie im engeren Sinn – die Manager mächtiger Konzerne, Banken und Versicherungen, die Spitzenvertreter der staatlichen Verwaltung.

Große Konzerne finanzieren sich zunehmend über den Kapitalmarkt. Ausländische Investoren zu gewinnen wurde zum Markenzeichen für die eigene Profitabilität. Die Profitabilitätsbeschleunigung mit Hilfe des Drucks internationaler Finanzinvestoren hat die heimische Bourgeoisie dabei keineswegs von den Kommandohöhen verdrängt. Sie zählt sich zu den Gewinnern der „Globalisierung“.

Kontrolle über eine Unternehmensgruppe bedeutet die Macht zu haben, das Management ein- oder abzusetzen. Diese Macht üben in Konzernen meist Großaktionäre aus, gegebenenfalls in Abstimmung mit Gläubigerbanken, Inhabern von Depotstimmrechten und ähnlichem. Fehlen Großeigner, wie bei überwiegend in Streubesitz befindlichem Gesellschaftskapital, kann man von Managementkontrolle sprechen. Hier kontrollieren sich Spitzen von Unternehmen, Vertreter von Versicherungen, Fonds, Verbänden und Banken gegenseitig.

Sein weltumspannender und monopolistischer Charakter ist die grundlegende und wichtigste Qualität des Imperialismus. Ihr entspricht die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital, der Vorrang des Kapitalexports vor

dem Warenexport, die Herrschaft von internationalen Monopolen, die die Erde unter sich aufteilen. Wir haben es mit einem Prozess der wechselseitigen Durchdringung von Industrie- und Bankkapital zu tun, mit einer „Verschmelzung oder einem Verwachsen der Banken und der Industriekonzerne“. Das ist, wie es Lenin nannte, „die Geschichte des Finanzkapitals und der Inhalt des Begriffes“ (Lenin, LW/22, S. 230).

Das Finanzkapital ist die ökonomisch und politisch bestimmende Macht im Imperialismus. Sie verschmilzt mit dem Staat. So wechseln ständig Spitzenpolitiker in die Chefetagen von Konzernen und umgekehrt. In diesem Sinne kann von einer Diktatur der Bourgeoisie gesprochen werden, auch dort noch, wo das Staatswesen im formalen Sinn demokratisch und rechtsstaatlich verfasst ist.

Die neoliberalen Staatsführungen waren und sind bereit, gegen diejenigen, die einer Expansion „ihrer“ Konzerne im Wege stehen, skrupellos alle Mittel einzusetzen – von Zwang und Repression im Inneren bis zum permanenten Angriffskrieg nach außen.

Das Ziel der Billionen-Rettungsaktionen ist keineswegs die künftige Vermeidung von Krisen, sondern dient einzig und allein dazu, die Vermögenswerte der Superreichen durch die Krise hindurch zu retten. Der Staat hat dem „Banditentum der Banken“ (Jean Ziegler) keinen Riegel vorgeschoben. Im Gegenteil, die Aufsichtsbehörden waren stets dabei, wenn die Banken ihre faulen Kredite zu Wertpapieren umwandeln. Es ist nur konsequent, wenn bürgerliche Politiker „raffgierige“ Manager für außerökonomisch kriminell durchgesetzte Spekulationsprodukte der Banken und anderer Konzerne verantwortlich machen. Am Kapitalismus selbst haben sie ja nichts auszusetzen. Es gibt für sie in Wirklichkeit kein anderes System. Marx verglich diese Betrachtungsweise mit jener der Naturphilosophen, die das Fieber als den wahren Grund aller Krankheiten ansahen.

I.14 Das Herzstück der kapitalistischen Produktionsweise

Bei genauerem Hinsehen erweist sich die Trennung von Finanz- und Realwirtschaft nicht nur als oberflächlich, sondern geradezu als ein pro-kapitalistisches Täuschungsmanöver, das an die Nazipropaganda gegen das „raffende“, vermeintlich jüdische Kapital erinnert. Die materielle Warenproduktion – das Herz kapitalistischer Produktionsweise und Basis jeglicher Ökonomie – blieb von diesem demagogischen Antikapitalismus unbehelligt. Damit verschleierte einst die Nazi-Partei ihre politischen Hintermänner aus der Großindustrie. Dieser Tenor – „böses“, spekulatives „Finanzkapital“ gegen „gutes“, produzierendes „Industriekapital“ oder auch Finanz- gegen Realwirtschaft – durchzieht im Prinzip auch heute kapitalismuskritische Meinungsäußerungen.

Im Mittelpunkt steht häufig die berechtigte Auseinandersetzung mit Praktiken der Spekulation in der Form moderner Fondsgesellschaften, die selbst keine eigenständigen Produkte hervorbringen, sondern sich als riesige Kapitalsammelstellen erweisen. Diese setzen gewaltige Summen zum schnellen Ankauf und Verkauf profitabler Unternehmen ein, um sie dann in ihre „Filetstücke“ zu zerlegen und zu Extraprofiten möglichst schnell weiterzuverkaufen; oder die mit ihren gewaltigen Kapitalreserven Wetten auf die künftige Entwicklung auf Aktienkurse betreiben und diese hinauf- oder hinuntermanipulieren.

Es existiert keine von der Produktion isolierte Finanzsphäre. Produktions- und Zirkulationssphäre des Kapitals stehen in Wechselwirkung. Der Sinn der kapitalistischen Produktion liegt in der Kapitalverwertung. Diese erfolgt durch Anhäufung von Mehrwert, der durch die menschliche Arbeitskraft im Produktionsprozess geschaffen wird, aber nicht in der Zirkulationssphäre des Kapitals. Dieser Mehrwert realisiert sich im Zirkulationsprozess, in dem der Finanzsphäre

eine wichtige Rolle zukommt. Für das Kapital müssen immer wieder Wege in die Produktion gefunden werden, denn eine Vermehrung in der Zirkulation ist nur fiktiv möglich. Die Finanzmärkte der Gegenwart unterscheiden sich weitgehend von denen der 50er- und der 60er-Jahre. Die Aufhebung der gesellschaftlichen Regulation förderte die dynamische Entwicklung auf den Finanz- und Kapitalmärkten. Diese immer größer werdenden Kapitalmassen, die nicht profitabel in der warenproduzierenden Wirtschaft reinvestiert werden können, bewirken eine bisher noch nie da gewesene Beschleunigung der Finanzialisierung der gesamten Wirtschaft.

Die relative Verselbstständigung gegenüber der Realwirtschaft ist generell ein Grundzug in der Entwicklung des monopolistischen Kapitalismus. Sie ist das Ergebnis der enormen Weiterentwicklung, der Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion mit dem stürmischen Vorschreiten der Produktivkräfte. Es ist die Art, wie sich das Finanzkapital als zentralisiertes und monopolisiertes Eigentum überhaupt noch realisieren kann. Bei jedem einzelnen derartigen Geschäft schieben sich Banken und Bankkonsortien, Investmenthäuser, Geldfonds dazwischen, die das Geschäft betreiben und daraus ihren Profit ziehen.

Wer grundsätzliche Kritik an der kapitalistischen Ökonomie übt, muss das System mit seiner Verwertungs- und Profitlogik als Ganzes im Blick behalten. Es genügt nicht, nur über die Spitze des Eisbergs zu reden, man muss an diejenige Kapitalsphäre herangehen, die das Zentrum des gesamten kapitalistischen Verwertungsprozesses darstellt. Dies ist der Bereich der unmittelbaren Warenproduktion. Über alle nötigen Kontroll- und Regulierungsvorschläge für den Finanzsektor hinaus ist es notwendig, zur Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln vorzustoßen.





I.15 Informationstechnologie

Die rapide fortschreitende Entwicklung digitaler Technologie macht die intensive Verflechtung der Weltwirtschaft erst möglich und trägt zur weiteren Intensivierung dieser Verschränkung der nationalen Ökonomien bei. Die immer leistungsfähigere Technologie beschleunigt dabei gleichzeitig alle Funktionsmechanismen kapitalistischer Märkte, von der Entwicklung über die Produktion bis zum Warenumschlag. Die Etablierung des Internets als zentrales Instrument des weltweiten Informationsaustausches hat darüber hinaus die Möglichkeit geschaffen, in einer zuvor nicht gekannten Art und Weise Wissen, Information und strukturierte Daten aller Art selbst zur Ware zu machen. Selbstverständlich sind diese Formen der Massenkommunikation nicht nur Werkzeuge, sondern auch „Waffen“, und elektronische Medien werden Schauplatz politischer Auseinandersetzungen. Sie werden als Instrumente der Unterdrückung und Kontrolle, aber auch als Hilfsmittel zur Organisation und Propagierung von Widerstand verwendet.

Das Bestreben, die Verfügung über die Ware Information im Rahmen eines kapitalistischen Marktes zu organisieren, der an die etablierten Märkte für herkömmlichen Güter und Dienstleistungen nahtlos anknüpft, prägt das Internet stark. Allerdings ist es bis jetzt nicht gelungen, das Internet vollkommen dem Regime des Kapitalismus zu unterwerfen. Der aktuelle Crash hat als materielle Grundlage das Zeitalter der IT-Industrie bzw. der Telekommunikation, das mit dem Siegeszug der PC seinen Anfang nahm. Heute ist jede Wissenschaft zugleich Computerwissenschaft. Selbst ein Ergebnis der vorhergehenden Forschungen auf den Gebieten der Elektrik, Informationstechnologie und Materialkunde, führt der Mikroprozessor in der Folge zu billiger Elektronik, Computern, Software, Telekommunikation,

Steuer- und Regelungstechnik, Biotechnologie und weiteren umwälzenden Entdeckungen. Massive Infrastrukturinvestitionen im Bereich der Glasfasernetze, der Satelliten- und globalen Kabelnetze, des Internets ebenso wie aus unterschiedlichen Quellen gespeicherte elektrische Netze, schnellere Transportverbindungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft haben die Tätigkeitsfelder, Lebensstile, die Demographie – alle gesellschaftlichen Beziehungen – rund um den Globus verändert. Ihre Produkte wurden für Milliarden Menschen zu unverzichtbaren Bestandteilen ihres Alltags. Die industrielle Revolution in der Mikroelektronik und Informationstechnologie steigert die Produktivität ganzer Industriezweige in vorher ungeahnte Dimensionen. Immer wieder entstanden neue Industriezweige, die die überschüssige Arbeitskraft aufnahmen, sobald durch fortschreitende technische Entwicklung die Massenbeschäftigung in einem älteren Sektor nachließ. Das war zu Beginn der Industrialisierung bei der Textilindustrie und auch später bei der Schwerindustrie, der Elektrobranche und der Chemieindustrie so. Zwar wirkt sich die Inbetriebnahme des Mikroprozessors auf die gesamte Ökonomie aus, doch werden große Teile der klassischen Industriearbeiterschaft schlicht überflüssig. In den neuen High-Tech-Branchen entstehen weniger Arbeitsplätze, als in der „alten“ Industrie vernichtet werden. Technologische Umwälzungen und Überproduktion verstärkten sich wechselseitig zum Nachteil der abhängig Beschäftigten. Die IT-Industrie bildet die technologische Grundlage für menschenleere Fabriken, also für Massenarbeitslosigkeit unter kapitalistischen Bedingungen bzw. für eine Gesellschaft unter sozialistischen Voraussetzungen.

I.16 Der Arbeitsgesellschaft droht die „Verflüchtigung“ der Lohnarbeit

Die Krise der Arbeitsgesellschaft hat alle Industriegesellschaften mit Wucht ergriffen. Trotz hoher Konjunkturprogramme stieg überall die offizielle Arbeitslosenquote. Zwischen 1995 und heute gingen Dutzende Millionen Industriearbeitsplätze in den führenden Volkswirtschaften verloren und das in einem Zeitraum, in dem die globale Industrieproduktion gewaltig anstieg. Das hat den Grund, dass das Kapital gesetzmäßig bestrebt ist, die Produktivität zu erhöhen, was nur gelingt, wenn der Anteil der Löhne an den Produktionskosten gesenkt wird.

Obwohl die arbeitssparenden Effekte der technischen Innovationen zu einem erheblichen Teil durch das Wirtschaftswachstum ausgeglichen wurden, kam es zu einer strukturell bedingten Unterbeschäftigung, die auch in der letzten Boomphase nicht ausgeglichen wurde.

Das Phänomen der Verflüchtigung der Lohnarbeit ist nicht

das Ergebnis einer Globalisierung als naturwüchsiger Prozess. Es ist auch nicht nur Ausdruck von Konzeptlosigkeit, es ist Ergebnis interessengeleiteter Umverteilung von unten nach oben. Die Unternehmensstrategie des Höchstprofits führt zu einer dramatischen Senkung der Anzahl der Beschäftigten. Dieses Entwicklungsprinzip stellt den Kern dessen dar, was marxistisch als Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen bezeichnet wird.

Einer dem Anschein nach grenzenlosen Erweiterung wissenschaftlicher Rationalität und im Verbund damit historisch beispiellosen Steigerung technologischer Produktivkräfte, steht die Zerstörung massenhafter Potenziale menschlicher Produktivkraft gegenüber. Der Vorgang solcher Zerstörung betrifft heute die große Mehrheit der Weltbevölkerung.



Es ist der stürmisch vom Kapitalismus vorangetriebene Fortschritt der Produktivkräfte, der die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweisen untergräbt. Dies ist die klassische revolutionäre Situation, wie Marx sie dargelegt hat: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Wider-

spruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen [...] Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolutionen ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.“ (MEW, Band 13, S. 9)

I.17 Die wirkliche Ursache der Krise

Die gegenwärtige Krise muss als Abschluss eines längeren Zyklus kapitalistischer Entwicklung, als eine Überakkumulationskrise begriffen werden. Diese hat nicht 2007 begonnen, sondern etwa 30 Jahre früher. Die Finanzkrise ist nicht Ursache, sondern zunächst Indikator, dann Auslöser und nun Beschleuniger der sich in der gesamten Wirtschaft rasant entwickelnden Krise. Die grundlegenden generellen Ursachen der tiefen, systemischen Weltwirtschaftskrise sind bereits im Prozess der Entwicklung des Neoliberalismus entstanden.

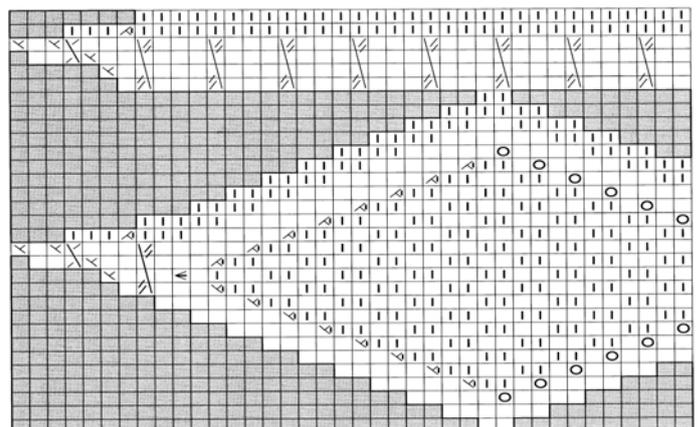
Es handelt sich keineswegs um eine zwar heftige, aber nur zyklische Krise, schon gar nicht um eine reine Finanzkrise, die sich auf die Realwirtschaft ausgeweitet hat. Durch die riesigen Bankenrettungspakete wurde die Schuldenblase zu den Staaten verschoben. Geld-, Kredit-, Börsen- und Staatsschuldenkrisen sind nur Erscheinungsformen struktureller Überproduktionskrisen, nicht aber die Ursache der Krisen selbst. Bürgerliche und sozialdemokratische Ökonomen machen den Fehler, diese Erscheinungsformen für das Wesen der Sache zu halten und bleiben dabei immer an der Oberfläche haften.

Die Besonderheit der seit 2007 fortschreitenden Krise liegt daher nicht nur in der Tiefe des Einschnitts, sondern insbesondere im Mangel oder in der Begrenzung neuer Investitions- und Akkumulationsfelder begründet. Ökonomisch ist die Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter nicht mehr gewährleistet.

Da die unteren Einkommen und Lohngruppen – auch wegen des systematischen Schwindens der Macht der Gewerkschaften – über allenfalls geringe Zuwächse ihrer Einkommen verfügen, wächst auch die Endnachfrage der Haushalte nicht. Alle hoch entwickelten Industriestaaten haben mit dem Problem der Nachfrageschwäche zu kämpfen. Wenn der Anteil der Löhne am Volkseinkommen sinkt, steigt entsprechend der Anteil aus Profiten und Vermögenseinkommen. Letztlich finden die überschüssigen Kapitalmassen keine tragfähigen Investitions- und Akkumulationsfelder vor. Entsprechend bauen sich immer größere Massen überschüssigen Kapitals in Höhe von Hunderten Billionen Dollar auf, die nicht profitabel investiert werden können und auf den Finanzmärkten verzweifelt nach Renditen suchen. Diese Massen an Kapital bewirken eine bisher noch nie da gewesene Finanzialisierung der Weltwirtschaft, mit der unwiderstehlichen Tendenz zu immer riskanteren

Finanzspekulationen. Mit ihr wurde der „Jungbrunnen“ des Kapitals entdeckt, mit dem Geld mehr Geld erzeugt, ohne Wertschöpfung, die auf der Ausbeutung der Arbeitskraft beruht. Wenn sich enorme Mengen fiktives Kapitals in nur wenigen Tagen oder höchstens Wochen gewinnen lassen, dann führt das dazu, dass das Kapital jede Kalkulation und jeder Skrupel beiseite lässt. Die neoliberale Volkswirtschaft steuert in eine, wie Marx sich ausdrückte, chronische „Unterkonsumtions- oder Überproduktionskrise“.

Für die jüngste Entwicklung des Kapitalismus ist nicht so sehr der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2007 erstaunlich; erstaunlich ist, dass sich dieser Ausbruch so lange hinausgezögert hat. Neben der Erwirtschaftung zusätzlicher Profite durch Spekulation, neben der warenproduzierenden Sphäre und Absenkung des Anteils der Lohnquote am gesellschaftlichen Reichtum hat auch das Ende des Realsozialismus in Europa den Ausbruch der Krise verzögert: Rund ein Drittel der Menschheit und ein Viertel der weltweiten Produktionskapazitäten und Rohstoffe, die bis 1989 nicht unter der direkten Kontrolle des Kapitalismus standen, wurden seit Anfang der 1990er-Jahre in das privatkapitalistische System integriert. Damit wurde das Aufbrechen der Widersprüche des Kapitalismus durch die gewaltigen neuen Möglichkeiten zur Ausbeutung von vielen Millionen Lohnabhängigen durch die Eröffnung großer neuer Absatzmärkte, durch neue Möglichkeiten zur Kapitalanlage und durch den verbesserten Zugang zu wichtigen Rohstoffen hinausgeschoben.





I.18 Eine umfassende Zivilisationskrise (Umwelt, Wirtschaft, Ernährung, Klima)

Weil die Wirtschaft die Grundlage aller unserer Tätigkeiten ist, sind wirtschaftliche Strukturkrisen niemals nur Wirtschaftskrisen, sondern werden über kurz oder lang zu Krisen des gesamten Gesellschaftssystems.

Charakteristisch für strukturelle Krisen ist die Verschränkung unterschiedlicher Krisen und ihre wechselseitige Verstärkung: Weltwirtschafts- und Finanzkrise, Jobkrise und zunehmende Prekarisierung, soziale Verwerfungen und die Reproduktionskrise, die Krise der politischen Repräsentation, Ernährungs- und Energiekrise sowie die internationale Verschiebung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse, und nicht zuletzt die ökologischen Krisen als Ausdruck der Krise unserer Produktions- und Lebensweise. Jede einzelne dieser Krisen beeinflusst die andere. Sie treiben sich gegenseitig an und münden in einer umfassenden Zivilisationskrise.

Im Umweltbereich zeigen sich die Grenzen des Kapitals bei der Vergeudung von natürlichen Ressourcen auf der einen Seite und der letztlich totalen Schädigung und Vernichtung der Lebensgrundlagen von Mensch und Natur auf der anderen. Umweltfragen werden zunehmend nationale und internationale Konkurrenzkämpfe um Kapitalverwertung. Die Unterminierung der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein ständiger, immer gewichtiger werdender Widerspruch

der Existenzweise des Kapitalismus. Die Umweltproblematik bedeutet gewissermaßen die Endlichkeit des Kapitalismus „von außen her“. Sie ist ein zusätzlicher, immer massiver werdender Faktor seiner Destabilisierung und ein zusätzlicher wesentlicher Anreiz zu seiner Überwindung. Die nächstliegende, sich aus dem derzeitigen Kapitalismus ergebende Konsequenz sind soziale und ökologische Katastrophen. Sie sind nur durch Überwindung des Kapitalismus vermeidbar.

Das imperialistische Zivilisationsmodell kann sich wirtschaftlich und politisch nicht halten, ohne in wachsendem Maße zur Gewalt gegen die Völker zu greifen. Es ist auch ökologisch unhaltbar, weil es die Umwelt in manchen Fällen irreversibel zerstört. Solange diese produzierende Grundlage existiert, besteht auch die Gefahr, dass dieses Gegenüber durch Gewalt und Kriege ausgetragen wird. Die jüngste Vergangenheit zeigt das zur Genüge. Angesichts des überreich vorhandenen Vernichtungspotenzials ist die Selbstvernichtung der Menschheit zur realen Möglichkeit geworden. Damit ist aber der Übergang zu einer gesellschaftlichen Ordnung, die auf weltweiter Kooperation beruht, zu einer aktuellen Notwendigkeit bei Strafe des global drohenden Untergangs geworden.

I.19 Sozialismus oder Barbarei!

Schon jetzt zeigt die Praxis der Regierungen und Konzerne, wie ihre „Marktberingung“ funktioniert: Schließungen und Abwälzungen der Krisenlasten auf die Belegschaften und die Gesellschaft. Dann soll alles so weitergehen wie bisher. Von den Konzernen und den ihnen dienstbaren Regierungen sind keine Alternativen zu erwarten. Sie tun nur das, was Profit bringt oder durch Massenwiderstand erzwungen wird.

Der Kapitalismus ist keineswegs am Ende, obwohl die Krise auch die Systemfrage und die Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ in einer völlig neuen Dimension auf die Tagesordnung gebracht hat. Über die Fehler des Kapitalismus zu reden, das ist nicht länger etwas Abstraktes, sondern das ist Alltagserleben für viele Menschen. Was wir erleben, ist der Bankrott der Politik und der Formeln des Kapitalismus. Sogar dann, wenn in den Industriestaaten umfangreiche Verstaatlichungen durchgesetzt werden sollten, wäre das noch keine Vergesellschaftung. Vergesellschaftung im Kapitalismus ist eine Illusion. Verstaatlichung ist, wie Friedrich Engels sagte, „das formelle Mittel, die Handhabe zur Lösung.“ Es fehlt der subjektive Faktor, eine aktionsbereite Mehrheit, die sich zutraut, den Staat und die großen Unternehmen unter ihre eigene demokratische Kontrolle zu

stellen. Die gelähmte Zuschauerrolle der Menschen hat viele Ursachen: die Unterlegenheit und der ökonomische Zusammenbruch des bisherigen Sozialismus auf europäischem Boden ist eine davon. Fundamentale Kapitalismuskritik bleibt jedoch erforderlich. Sie sollte zu einem Bestandteil des aktuell im Vordergrund stehenden Klassenkampfes um die Höhe, Verteilung und Qualität von Investitionen, Staatsausgaben und Konjunkturmaßnahmen stehen. Objektiv steht die Notwendigkeit des Sozialismus auf der Tagesordnung. Sie erwächst aus der Verschärfung der Widersprüche dieser „modernen“ kapitalistischen Welt. Sie ergibt sich aus der Tatsache, dass die materiellen Bedingungen für den Übergang zu einem System, das Menschenwürde und Verantwortung gegenüber der Umwelt gewährleistet, in vollen Umfang vorhanden sind.

Wie die Widersprüche im Kapitalismus unvermeidlich zur Krise führen, zeigen diese Widersprüche den Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung: Die revolutionäre Anpassung der Produktionsverhältnisse an das Niveau der Produktivkräfte, die Abschaffung des Privateigentums an den großen Produktionsmitteln (Konzerne) und ihre Vergesellschaftung, mit dem Ziel der Befriedigung sozialer Bedürfnisse.

I.20 Die Bevölkerung zahlt für die Rekord-Staatsschulden

Mittels der Bankenrettungsaktionen wurde und wird die Krise künstlich gedämpft. Aber die fundamentalen Probleme der warenproduzierenden Wirtschaft wurden nicht einmal in Angriff genommen.

Wie der Staat den Kapitalisten auf Kosten der arbeitenden Menschen unter die Arme greift, davon zeugen die Rettungsschirme für die Banken und den Euro. Damit der Staat dieses Geld aufbringen kann, muss er Geld am Kapitalmarkt aufnehmen. Diese Schuldscheine werden von Kapitalisten gezeichnet, die offensichtlich trotz Krise so viel Geld haben und denen der Staat bei Verzinsung so gute Konditionen gibt, dass sich die Kapitalisten darauf einlassen. Das erhöht die Staatsverschuldung, wegen der der Staat nun beginnt, sich bei den kleinen Leuten schadlos zu halten. Erst durch die Rettungspakete für die Banken und den Euro explodierte die Staatsverschuldung.

Auf einmal ist kein Geld mehr für Lehrer/innen, Jugendzentren oder Ausbildungsplätze vorhanden. Für die einfache Bevölkerung stellen diese „Rettungspakete“ eine ernste Bedrohung für ihre Zukunft dar. Gerettet werden nur die Konzerne, Spekulanten und deren Gewinne – ohne dass diese irgendeine Gegenleistung erbringen. Dabei geht es längst nicht mehr nur darum, dass dieses Geld aktuell und in der Zukunft für zentrale gesellschaftliche Aufgaben – wie

Klimaschutz, Kinderbetreuung, Bildung und Stabilisierung des sozialen Sicherungssystems – fehlen wird. Mittlerweile haben die „Hilfspakete“ Dimensionen erreicht, die zwangsläufig zu einer strukturellen Überschuldung aller öffentlichen Haushalte führen. Die ungedeckten Schecks mit den vielen Nullen tragen nichts dazu bei, das eigentliche Missverhältnis zwischen realwirtschaftlichen Werten und fiktiven Geldäquivalenten zu lösen. Statt die Blase einer kontrollierten Implosion zuzuführen, wird sie mit immer neuer heißer Luft gefüllt. Deshalb führt an einem radikalen Schuldenschnitt und einem Zinsmoratorium als ersten Schritt kein Weg vorbei.

Die Finanz- und Großkonzerne machen mit den Regierungen, was sie wollen. Mit Hilfe von Staatsgeld und durch die Privatisierung von Entscheidungen und Profit steht die Sozialisierung von Verlusten auf der Tagesordnung. Die enorm zunehmende private Verschuldung wird also nun durch staatliche Verschuldung und expansive Geldpolitik ersetzt, die zur Zündung der neuesten Spekulation und Defizitkonjunktur fungieren. Die dadurch in den Staatsbankrott taumelnden Staaten werden nicht in der Lage sein, erneut Unsummen zur Initiierung einer weiteren Spekulationsblase zur Verfügung zu stellen. Spätestens dann entfaltet sich die Systemkrise des Spätkapitalismus mit voller Wucht.

I.21 Die USA agieren weiter als Weltmacht Nr. 1

Der US-Imperialismus präsentiert sich der Weltgemeinschaft als eine Kombination von Konzern- und Finanzmacht und der militärischen Macht eines einzigen Staates. Das zentrale Ziel der USA besteht darin, ihre beherrschende Stellung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion dauerhaft zu sichern und mit allen Mitteln zu verhindern, dass eine neue Macht oder Allianz von Mächten diese Vormachtstellung der USA gefährden könnte. Das erfordert, dass keine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen eine ausreichende Grundlage für den Aufbau einer Weltmacht wären.

Die USA setzen die Versuche fort, als Weltmacht Nr. 1 zu agieren. Dies steht im Schatten zweier miteinander verbundener Herausforderungen: der Wirtschafts- und Finanzkrise des Kapitalismus und der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zuungunsten der USA. Die fortschreitende globale Machtumverteilung lässt die Periode der US-amerikanischen Unipolarität zu Ende gehen. Die USA können nicht mehr in die Ära zurückkehren, in der China, Deutschland, Japan, Österreich und andere Staaten an die USA alles verkaufen, die USA dagegen Kreditkartenschulden oder Hypotheken aufnehmen, diesen Staaten aber nichts verkaufen. Die Defizitstaaten wie die USA und Großbritannien sind an der Grenze ihrer Verschuldungsmöglichkeiten angelangt. Um ihre Bilanzen zu sanieren, bleibt kein anderer Weg als ihre Importlastigkeit zu vermindern.

Dies würde aber gleichzeitig die geplante erneute Exportoffensive Deutschlands, Chinas und Japans durchkreuzen. Je weiter sich die Krise entwickelt, umso deutlicher zeigen sich die Interessensgegensätze. Da jeder seine Stärken sichern und seine Schwächen beheben möchte, sind sie in der Tendenz gegeneinander gerichtet.





I.22 Das Ende des Dollar als Weltreservewährung ist in die Nähe gerückt.

In einer Absichtserklärung der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) wird mittelfristig die Ablösung des US-Dollars als Weltleitwährung angestrebt. Im multilateralen Handel wird der Dollar schrittweise aufgegeben, um Devisenreserven durch wechselseitigen Währungsaufkauf weniger dollarlastig zu machen und auf die Errichtung eines „diversifizierten Weltfinanzsystems“ hinzuarbeiten.

Die Außenpolitik der USA bleibt darauf gerichtet, der Expansion seines Kapitals günstige Bedingungen zu schaffen, Märkte und ökonomische und politische Einflussphären zu erweitern, zu behaupten und zurück zu gewinnen und die sich verschärfenden Widersprüche und die anderen Staaten, besonders Großmächte in den Bereichen Ökonomie, Politik, Handel und Finanzen unter Kontrolle zu behalten bzw. wenigstens zeitweise zu lösen. Der reaktionäre Charakter der Außenpolitik der USA zeigt sich in unterschiedlichen Bereichen mit unterschiedlicher Intensität. Das wirkliche Problem bleibt die unveränderte US-Politik in ihrem Streben nach Weltherrschaft.

Das Verhältnis zu Lateinamerika und einzelnen lateinamerikanischen Staaten, insbesondere Venezuela und Kuba,

wird durch einen aggressiven Kampf gegen sozialistische und antikapitalistische Entwicklungen geprägt. Hier tritt unter den neuen internationalen Bedingungen der antagonistische Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus in Erscheinung.

Was gegenwärtig im Zeichen des „Krieges gegen den internationalen Terrorismus“ vorgeführt wird, kennt keine Skrupel und setzt Lüge und Betrug bewusst als Machtinstrumente ein. Krieg und Besatzung haben weder der afghanischen noch der irakischen Bevölkerung reale Fortschritte gebracht. Der beabsichtigte „Erfolg“ der Aggressoren besteht einzig und allein darin, dass im Rahmen dieser Kriegshandlungen unter dem Vorwand der „terroristischen Bedrohung“ im eigenen Land der reaktionäre Überwachungs- und repressive Sicherheitsstaat ausgebaut wird. Von der US-Waffenindustrie, den Ölkonzernen und Mediennetzen kontrolliert, stilisiert die amerikanische Außenpolitik die Gefahr des Terrorismus zur monströsen Psychose hoch. Sie will damit von den eigentlichen Ursachen des Terrorismus und ihrem globalen Hegemoniestreben ablenken.

I.23 Die EU – Ein Bündnis imperialistischer Staaten

Die Europäische Union ist der unmittelbarste Rivale der Vereinigten Staaten von Amerika auf der weltpolitischen Bühne. Es wird oft übersehen, dass die EU jener weltpolitische Akteur ist, der in Frage stellt, ob die „großen westlichen Nationen“ sich weiterhin der Führung der USA unterwerfen oder durch die Weiterentwicklung eigener Machtmittel eine nach den eigenen Interessen definierte „globale politische Ordnung“ durchsetzen wollen. Besonders Deutschland verkündet, es habe ein „legitimes eigenes Interesse an seiner dauerhaften und festen Einbindung in einen wirtschaftlich und politisch leistungsfähigen Großraum, der anderen Weltregionen vergleichbar ist.“ Deutschland müsse „als größter und wirtschaftlich stärkster Staat in Europa“ für ein Europa eintreten, das in der Lage sei, sich gegen „äußere wirtschaftliche, politische und gegebenenfalls auch militärische Pressionen zu wehren.“ Die EU ist treibende Kraft bei der Zerstörung des europäischen Sozialmodells, der Militarisierung der Union und der Unterordnung ihrer umweltpolitischen Ziele unter die Interessen der Konzerne. Mit der erneuerten Lissabon-Strategie wurde der gnadenlose Kostensenkungswettbewerb und Standortwettbewerb sowohl innerhalb der EU als auch in der Weltwirtschaft verschärft. Entgegen allen Beteuerungen, dass der Vertrag von Lissabon die EU „demokratisieren“ würde, verschärft er die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten

des Zentrums und den Staaten an der Peripherie der EU. Der Vertrag von Lissabon erhebt den Kapitalismus quasi in Verfassungsrang; Freihandel und Aufrüstung sind der Kern dieser europäischen Integration, von der Lenin schon 1915 sagte, dass sie „unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär“ ist.

Die EU hat die Dienstleistungsrichtlinie gegen alle Widerstände durchgesetzt. Mit ihrer Hilfe werden bestehende soziale Standards und arbeitsrechtliche Schutznormen der Mitgliedsstaaten ausgehebelt. Die EU trägt einen wichtigen Teil der Schuld am Ausbruch und der Schwere der Finanzmarktkrise – Hand in Hand mit dem Weltwährungsfonds als brutaler Haushaltssanierer auf Kosten der sozialen Rechte der Bevölkerung und des verbliebenen Sozialstaates. Der Expansionstrieb der EU konzentriert sich gegenwärtig auf die Unterwerfung ihrer Peripherie, die nicht bereit ist, die Enteignung und Ausplünderung ihrer Rohstoffquellen tatenlos hinzunehmen, sowie die ehemaligen sozialistischen Staaten Osteuropas und im mittleren Osten in ihren Einflussbereich zu integrieren und sie in militärische Stützpunkte auszubauen.

Mit der Zuspitzung des Kampfes um die immer begrenzter werdenden Rohstoffquellen und um die Vorherrschaft in der Welt werden die Differenzen zwischen der EU und den USA in strategischen und taktischen Fragen auch politik-

relevant. Wer gibt die globalen Spielregeln vor? Wer übernimmt die Technologieführerschaft? Wer beherrscht den Zugriff auf die strategischen Rohstoffe? Wer die Spielregeln setzt, sichert sich das größte Stück vom Kuchen. Der Euro ist die Konkurrenzwährung zum Dollar und Instrument einer imperialistischen Wirtschafts- und Machtpolitik. Die EU ist sowohl Feld der Kooperation als auch der Konkurrenz der kapitalistischen Staaten Europas.

Die dominierenden Kreise von Wirtschaft und Politik werden der Entwicklung der EU trotz nach wie vor existierender erheblicher Widerstände zu einem „supranationalen Machtzentrum mit Weltmachtanspruch“ einen kräftigen, neuen Antrieb geben. Der Generalangriff auf die Lebensverhältnisse der großen Mehrheit wird auch von den EU-Instanzen her mit aller Vehemenz fortgesetzt. Allerdings spricht nichts dafür, dass sich das europäische Staatensystem zu einem Staat entwickelt, die EU quasi zu einem „Nationalstaat“ wird. Die Bourgeoisie verzichtet von sich aus nicht auf ihren Nationalstaat und seine Schutzfunktionen. Davon zeugen auch 2.800 weltweite Investitionsschutzabkommen.

Die EU bleibt ein Zweckbündnis unter der Führung imperialistischer Nationalstaaten – allen voran Deutschland und Frankreich. Die Hoffnung auf fortschrittliche, gar sozialistische Umgestaltungsmöglichkeiten der EU entbehrt jeglicher Grundlage. Ihr imperialistischer Grundcharakter macht jede Erwartung illusorisch, dass die Europäische Union ohne grundlegenden Umbruch der Macht- und Eigentumsverhältnisse zu einem Gegenpol in der Welt werden könnte, der für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt steht.

Länder, die perspektivisch einen Ausbruchversuch in Richtung Sozialismus versuchen könnten, müssen die EU verlassen und für ein anderes, friedliches, radikaldemokratisches Europa eintreten. Eine Loslösung von der EU bedeutet

nicht nationale Isolierung und Abkoppelung von den internationalen wirtschaftlichen Beziehungen. Es ist eine Loslösung und zugleich die Forderung nach wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Beziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils. Die Tendenz zu bilateralen, multilateralen und regionalen Kooperationen wird sich früher oder später durchsetzen. Die Frage ist, welchen Beitrag jede soziale Bewegung zu deren Realisierung leistet. Jeder nationale Fortschritt im Kampf gegen die Macht der Konzerne und Generäle verbessert die Bedingungen anderswo und ist seinerseits abhängig von Fortschritten in anderen Ländern. Die Zukunft Europas ist untrennbar verbunden mit der Zukunft der antiimperialistischen und antikapitalistischen Bewegung in jedem EU-Mitgliedsland und mit der Veränderung der Kräfteverhältnisse innerhalb der einzelnen Länder, zwischen den stärkeren und den weniger starken Staaten. Je stärker die antiimperialistische, antikapitalistische Bewegung wird, desto mehr Möglichkeiten für Veränderungen auf der Ebene der Macht werden entstehen, desto schwächer wird die EU. In diesem Kampf können sich Kräfte vereinigen, die ein sozialistisches Europa als Perspektive betrachten, und auch Kräfte, die über den Sozialismus Differenzen haben oder verschiedene Konzepte über das künftige Europa vertreten. Wichtig ist, dass sich diese den Interessen der Monopole entgegensetzen.

Die KPÖ kämpft für das Zustandekommen einer internationalistischen Allianz gleichberechtigter Nationalstaaten. Dieses Ziel kann nur in Konfrontation zu den ökonomischen und militärischen Interessen der in der EU zusammengeschlossenen Nationalstaaten erreicht werden. Aus kommunistischer Sicht steht also nicht die Abschaffung des Nationalstaates auf der Tagesordnung, sondern die Umfunktionierung eines Staates des Monopolkapitalismus in einen progressiven Sozialstaat.





I.24 Ein neuer historischer Block ist im Entstehen

Obwohl nach wie vor das weltweite Diktat des transnationalen Kapitals die Weltordnung maßgeblich bestimmt, stehen wir am Beginn eines historischen Umbruchs der Weltgeschichte. Die Dominanz des Westens ist angeschlagen. Die USA verlieren ihren Status als unanfechtbare Supermacht, auch die sogenannte G2, die Gruppe Nordamerika und Europa, ist nicht imstande, die Geschichte der Welt in vollkommen zu prägen. Im Zuge der erfolgten Verschiebungen des ökonomischen und politischen Machtgefüges müssen die westlichen Hauptländer einen Teil ihrer Macht an die restlichen G20 abgeben, insbesondere an die wirtschaftlich erstarkten Schwellenländer Brasilien, Indien und China sowie Russland, die sie allerdings unter westlichen Vorzeichen mit ins gemeinsame Boot ziehen wollen. Dort allerdings möchten die USA weiterhin am Steuer sitzen.

Die neue multipolare Weltordnung könnte sich als Sechseck (USA, EU, China, Russland, Indien und Japan) herausbilden. Die revolutionären Entwicklungen in Lateinamerika könnten einen selbständigen siebenten Pol hervorbringen. Die Hauptkontrahenten sind die USA und China, um die herum die Hauptlinien von Konflikten als auch von Kooperationen verlaufen. Hinter dem von den USA geführten machtmäßigen Zusammenschluss stehen in imperialistischen Partnerschaften mit der EU und Japan die größten und wichtigsten Weltkonzerne, die bisher fast allein Weltrecht geschaffen haben. Bei einigen der BRIC-Länder wurde jedoch deutlich, dass diese nicht weiter in die neoliberale Richtung der G7 unter Führung der USA marschieren wollen.

Im Verhältnis zu den G7/G8 werden die Schwellenländer in der Krise stärker, vor allem China. Die Gründe für diese Veränderung bildet die neoliberale Globalisierung selbst. Mit der Umorientierung – weg von den jeweiligen Binnenmärkten – auf globale Märkte kam den Schwellenländern

eine neue Bedeutung zu. In den zurückliegenden Jahren haben einige Entwicklungs- und Schwellenländer, vor allem die BRIC-Länder, Exportüberschüsse erzielt, Devisenreserven ansammeln und ihre Position im Machtgefüge des globalen Kapitalismus ausbauen können. Der gewachsene ökonomische und politische Einfluss der vier wichtigsten, nicht dem „Westen“ zuzurechnenden Staaten kann nicht länger ignoriert werden. Allerdings stellen die BRIC-Staaten keine politische Einheit dar. Die Weltwirtschaftskrise hat sie lediglich zusammengetrieben. Jetzt sind sie bestrebt, sich von den unheilvollen Entwicklungen abzukoppeln und gemeinsam besser ihre ökonomischen Interessen gegenüber dem Westen durchzusetzen. Zugleich versuchen sie, ihre Positionen mit denen der restlichen G20-Länder zu koordinieren, um öffentlichkeitswirksam als Interessensvertreter der Dritten Welt gegenüber den westlichen Industrienationen aufzutreten.

Wir befinden uns heute in einer Lage, die auf der einen Seite positive und begeisternde Perspektiven aufweist: Im Gefolge des antiimperialistischen Kampfes blühen Völker und Kulturen wieder auf, die vom Kolonialismus vernichtet worden waren. Man denke an die wachsende Rolle der indigenen Bevölkerung in Lateinamerika. Die außerordentliche Entwicklung eines Landes wie China zerbricht das technologische Monopol, das in den Händen des Imperialismus lag. Das, was Historiker als das „große Auseinanderklaffen“ bezeichnen, d.h. die Kluft, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt zwischen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern und „Dritter Welt“ aufgetan hatte, reduziert sich allmählich. Das Bewusstsein der Krise des Kapitalismus gibt der Perspektive des Sozialismus nicht nur in der Dritten Welt, sondern auch in den fortgeschrittenen Ländern wieder Auftrieb.

I.25 Lateinamerika: Alternative soziale Integration

In Südamerika hat sich durch eine friedliche und demokratische Revolution ein Modell etabliert, in dem das Soziale und das Demokratische bestimmt, wie die Wirtschaft organisiert wird. Der Kontinent südlich des Rio Bravo hat sich im letzten Jahrzehnt zunehmend politisch rot eingefärbt, mit einigen revolutionären Bastionen. Umgekehrt verdeutlicht die Entwicklung der letzten Jahrzehnte die verloren gegangene Macht und den viel beschränkteren Einfluss des US-Imperialismus. Trotzdem gibt es am amerikanischen Kontinent immer noch bedingungslose Vasallen der USA. Zwei konträre Welten auf einem Doppelkontinent!

Etliche lateinamerikanische Staaten, beispielsweise Kuba, Bolivien, Venezuela, Nicaragua und Ecuador sind in der

„Bolivarischen Allianz“ (ALBA) vereint, deren politisches Gewicht zunimmt. „Die Revolution der Bürger hin zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts ist unumkehrbar und nicht aufzuhalten und wird mit revolutionären Formen fortgesetzt.“ (Hugo Chavez) Zu diesen Reformen zählen viele nationale und supranationale Großprojekte, wie die gerade stattfindenden Nationalisierungswellen ausländischer Unternehmen, die Verteilung von Großgrundbesitz an Landarbeiter, die Schaffung einer allgemeinen öffentlichen Gesundheitsorganisation, eines nationalen Schulsystems und die Beseitigung der Wohnungsnot. In vielen Bereichen konnte die Rolle der Bevölkerung gegenüber dem „freien Markt“ gestärkt werden. Damit gelingt es den revo-

lutionären Ländern zunehmend die Entscheidungsgewalt über die Entwicklung des Landes und die Lebensgrundlagen seiner Menschen dem uneingeschränkten Zugriff der transnationalen Konzerne zu entreißen. Die stark zunehmenden regionalen Verflechtungen und angemessene Rohstoffpreise tragen zur Wiedergewinnung der Souveränität bei und führen zu anhaltender wirtschaftlicher Erholung und Stärkung, der auf den Sozialismus orientierten Länder. Die Abhängigkeit latein-amerikanischer Volkswirtschaften vom reichen Norden nimmt ab. Diese Staaten intensivieren die Kontakte zu asiatischen und afrikanischen Staaten und Organisationen.

In Lateinamerika gelang es bald nach dem Triumph des Neoliberalismus, wirksame Kriterien und Alternativen zu dieser marktradikalen Spielart des Kapitalismus zu formulieren. Es gelang im Hinterhof der stärksten imperialistischen Macht, explizit gegen den Neoliberalismus gerichtete Bewegungen zu stabilisieren und revolutionäre Prozesse in Gang zu setzen. Nach dem sozialistischen Kuba beschreiten auch andere Staaten progressive, antiimperialistische und

antimonopolistische Entwicklungswege. Das 21. Jahrhundert wird zum Jahrhundert eines neuen Aufschwungs der revolutionären Bewegung und einer neuen Serie von sozialen Revolutionen in der Welt.



Unterkommandant Marcos
cc. wikicommons

1.26 Die Volksrepublik China: „Hauptmotor der Weltwirtschaft“

Die KP Chinas definiert das Land in der Anfangsphase des Sozialismus mit vielen Elementen „vorsozialistischer Verhältnisse“, das bis zur Mitte des Jahrhunderts zu einem reichen, starken, demokratischen und zivilisierten sozialistischen Staat aufgebaut werden soll. Die Partei stellt das Ringen um die Förderung der Produktivkräfte, um günstige Bedingungen für den Durchbruch zu einer ökonomisch und strategisch ebenbürtigen Großmacht in den Mittelpunkt. Sie orientiert sich langfristig auf die These „Ein Erdball – zwei Systeme“ sowie darauf, in einer Einheit von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit den Kapitalismus für den Aufbau des Sozialismus zu nützen.

Die KPCh nimmt für sich in Anspruch, die Konzeption für jene Stufen gesellschaftlicher Entwicklung, die nicht übersprungen werden können, ausgearbeitet zu haben. Die sozialistische Marktwirtschaft habe dabei ihre Überlegenheit und hohes Wachstumstempo gezeigt. „China ist heute zum Hauptmotor der Weltwirtschaft geworden“ (Fidel Castro). Der staatliche Sektor kontrolliert die Schlagadern der Wirtschaft, weist aber noch immer eine unzureichende Entwicklung der Arbeitsproduktivität auf. Der nicht staatliche Sektor erzeugt mit einem Anteil von weniger als der Hälfte des gesellschaftlichen Kapitals mehr als zwei Drittel des BIP. Die Nutzung des Kapitals, so die KPCh, dient stärker denn je der Aufgabe, im Prozess der Aneignung der fortschrittlichen Technik und Technologie das Verhältnis zugunsten des staatlichen Sektors zügig zu verändern.

Im Sozialismus müssten aber Erziehung und Bildung, kommunistische Ideale und sozialistische Moral eine große Rolle spielen. Die gesellschaftlichen Widersprüche müss-

ten rechtzeitig und effektiv gelöst werden, damit die gesellschaftliche Balance beim Vorwärtsschreiten des Sozialismus nicht untergraben werde. In den internationalen Beziehungen müsse man danach streben, die antagonistischen Widersprüche im internationalen Kräfteverhältnis für die Sache des Fortschritts nutzbar zu machen.

Allerdings sind oft gewaltsam ausgetragene Interessenskonflikte mit Massencharakter auf der Tagesordnung. Ihre hauptsächlichen Ursachen liegen in der massiven Verletzung der Interessen der einfachen Menschen durch eine „Verbindung von Macht und Kapital“ und einem zu geringen Anteil der Einkommen sowie in ungerechtfertigten, großen Einkommensunterschieden. Die chinesische Führung versucht, diese Probleme zu lösen und den sozialen Widersprüchen auf gesetzlicher Grundlage den Boden zu entziehen. Der derzeitige Politikansatz bietet China bisher nicht gekannte Möglichkeiten, die technische und technologische Lücke zu den ökonomisch führenden kapitalistischen Ländern zu verringern. Gleichzeitig öffnet er aber auch der westlichen Bourgeoisie Chancen, zu „verwestlichen“. Die Entscheidung in dieser Auseinandersetzung hängt in erster Linie von der weiteren Entwicklung der KP Chinas ab. Der zukünftige Entwicklungsweg Chinas bleibt offen; so lässt die (durch Stimmenthaltung im UNO-Sicherheitsrat) faktische Zustimmung Chinas zur imperialistischen Aggression gegen Libyen 2011 Zweifel an der Bereitschaft Chinas aufkommen, auch weiterhin in der internationalen Arena konsequent für die Verteidigung des Völkerrechts und gegen imperialistische Einmischung zu kämpfen.

II. Der Sozialismus – unser programmatisches Ziel

Der Zusammenbruch des Realsozialismus hat die von der Oktoberrevolution eingeleitete internationale Gravitationsverlagerung von der Epoche des Imperialismus in die Epoche des Sozialismus abrupt unterbrochen und von allen mit diesen Losungen verbundenen Vorstellungen und Erwartungen keinen Stein auf dem anderen gelassen. Mit dem Untergang der sozialistischen Länder Europas wurden auch Hoffnungen enttäuscht und Fortschrittsperspektiven zerstört. Der Kapitalismus konnte sich als „Sieger der Geschichte“ wähen und in historischer Perspektive als alternativlos darstellen. Die gewaltige Niederlage des sozialistischen Lagers mit ihren katastrophalen Folgen war eine politische Zäsur ungeheuren Ausmaßes. Die Totalzerstörung des realen Sozialismus in Europa bewirkte einen historischen Schritt zurück hinter die Epoche sozialistischer Revolutionen. Bedeutet dies, dass wir uns von einer marxistischen Epochebestimmung und einer daran orientierenden prognostischen Zukunftsabschätzung verabschieden und es bei einer unverbindlichen sozialistischen „Vision“, sozusagen als Trostpflaster, bewenden lassen müssen, wie das bei vielen gewendeten „Postkommunisten“ Mode ist? Natürlich nicht! Der Epochenwiderspruch Imperialismus/Sozialismus hat die Wirklichkeit der Geschichtstendenz mit ihrer begründeten Folgerichtigkeit und Notwendigkeit nicht zerstört. Die Weltgeschichte aus dem Ring zu werfen, vermag kein politischer Sieger. Die grundlegenden Widersprüche, die ihre Bewegung treiben, haben sich nicht aufgelöst. Der Umfang der historischen Epoche reicht weiter und hat weder einen datierbaren politischen Anfang noch ein ebensolches Ende. Die Dynamik und die Energie der Epoche sind nicht verbraucht, sie wirken u. a. als objektiver Prozess weiter, als sozialistischer Entwicklungsweg in einigen Ländern wie China, Vietnam und Kuba und in Staaten, die eine sozialistische Perspektive neu anvisieren. Keine Massenerfahrung versinkt im Schlund der Geschichte. „Das Herz der Klasse schlug leise, aber es schlug immer noch!“ (Stephan Hermelin).

Inzwischen sind gewichtige neue Gründe hinzugekommen, die sozialistische Lösungen notwendig machen, wenn der reale Kapitalismus die Welt nicht in ein unheilbares Chaos stürzen soll. Erforderlich sind neue gründliche Überlegungen über einen zukunftssträchtigen Sozialismus, über die Neuformierung eines befähigten und aktionsbereiten sozialistischen Kräftepotentials, über Wege und Strategien, um in dieser Richtung erneut Fortschritte zu erzielen.

Die Aktualität des Marxschen Epochebegriffs wird durch die Tatsache bestärkt, dass den großen Vergesellschaft-

tungsschüben im Rahmen des Kapitalismus Umbrüche im Produktivkraftsystem und ein neues Niveau der Internationalisierung zugrunde liegen, welche die marxistische Bestimmung des historischen Platzes des Imperialismus als „Übergang von der kapitalistischen zu einer höheren Gesellschaftsformation“ bestätigten. „Imperialismus ist Ausdruck einer objektiven Geschichtstendenz und damit unmittelbare Vorbereiterin des Sozialismus“ (Lenin). Der Computer ist das dem künftigen Sozialismus/Kommunismus angemessene Werk- und Denkzeug.

Während sich die imperialistische Globalisierung auf die Allmacht des Kapitals gründet, gründet sich die künftige sozialistische Globalisierung auf die Allmacht der Arbeit. Ihre fundamentalen Charakteristika und Prinzipien, die Strategie ihrer Umsetzung – das ist eine der perspektivischen, konzeptionellen Aufgaben der marxistischen Gesellschaftswissenschaften.

Wir leben in einer Epoche, in der die objektiven materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus herangereift sind und in der im Interesse der Erhaltung und des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus erforderlich geworden ist. Aus heutiger Sicht wird sich der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als wechselhafter Kampf der handelnden Klassen vollziehen. Im Sozialismus kann der objektive notwendige Prozess der Globalisierung zu seiner angemessenen Verfasstheit finden: die Regelung der menschlichen Angelegenheiten in einem Produktivkraftsystem, das die globale Präsenz menschlichen Wissens in der Beherrschung der Materialflüsse, die Befreiung der Gebrauchswerte von ihrer kapitalistischen Hülle ermöglicht und somit den Weg zur globalen Kooperation freigibt. Unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft würde die Globalisierung als Prinzip der Vereinigung freier, souveräner Nationen voranschreiten. Sie würde sich auf der Grundlage der Ideen der Freundschaft der Völker, der Gleichheit und gegenseitigen Hilfe, des Internationalismus entwickeln.

Aus diesem Verständnis der gegenwärtigen Epoche kann die revolutionäre Bewegung einen möglichen Gang der Weltgeschichte in Richtung einer kommunistischen Zivilisation nützen und weiterführen. Aus dieser Sicht wird deutlich, dass der europäische „reale Sozialismus“, der als Frühsozialismus einerseits die kapitalistische Ausbeutung und dadurch bedingte Grundgebrehen des Kapitalismus beseitigte, andererseits aber wesentliche Probleme sozialistischer Gesellschaftsentwicklung nicht lösen konnte, nicht als Modell eines künftigen Sozialismus gelten kann.

II.1 Bilanz des Realsozialismus

Wer den Sozialismus will, muss die Geschichte des Realsozialismus bilanzieren, sich der historischen Wahrheit stellen, mit allen Plus und Minus. Die Geschichte des Sozialismus ist nicht nur eine Folge des eigenen Wollens und Handelns, des eigenen Vermögens und Unvermögens der herrschenden Kräfte. Eine vielseitige Analyse muss Wirkung und Gegenwirkung, die Wechselwirkung zwischen eigenem Wollen und die Einwirkung der mächtigen Gegenkräfte berücksichtigen. Ein produktiver Streit setzt einen solchen über den Charakter des abgelaufenen Geschichtsprozesses voraus, indem nicht zuletzt Interessen hinterfragt werden, die die Prozesse determiniert haben. Die Politik des Realsozialismus war teils richtige, teils verfehlte, teils vereitelte Politik. Eine objektive Beurteilung des Realsozialismus erfordert eine Rückblendung auf den Ausgangspunkt.

Die Geschichte der kommunistischen Bewegung ist beherrscht von einem grundlegenden Problem. Die sozialistische Revolution hat sich nicht dort vollzogen, wo die kapitalistische Entwicklung am weitesten gediehen war und wo Marx den Übergang zum Sozialismus am ehesten erwartet hatte. Das Russland der Zarenzeit war ein barbarischer, mittelalterlicher, schändlich rückständiger Staat, der aus hungernden Bauern Steuern herauspresste. Die Arbeiter schufteten unter dem Joch des Kapitals. In der Oktoberrevolution gelangten die Bolschewiki (also die Kommunist/innen) mit dem Willen und der Aktion der Massen zur Macht. Die Oktoberrevolution – sie war nicht allein auf die Machtergreifung der Arbeiter und Bauern in Russland orientiert, sondern sollte den Beginn der Revolutionen in einigen wichtigen europäischen Ländern einleiten, die in ökonomischer und kultureller Hinsicht viel reifer für den Aufbau des Sozialismus waren. Die russischen Revolutionäre warteten aber vergebens auf den Ausbruch der Revolution im Westen, auf eine weltrevolutionäre Kettenreaktion, die dem russischen Oktober Entlastung bringen und seine Zukunft sichern sollte. So blieb der junge Sowjetstaat isoliert. Doch nun, was tun? Wenn man die sozialdemokratische Lösung verwarf, die politische Macht der Bourgeoisie oder, noch schlimmer, herrschenden Klassen halbfeudalen Typs anzuvertrauen bzw. zurückzugeben, konnte man den ausgebliebenen Revolutionen im Westen nur auf eine Weise begegnen: In Russland musste der Sozialismus errichtet werden, trotz der Zurückgebliebenheit des Landes und der ungünstigen internationalen Kräfteverhältnisse.

Sowjetrussland löste das Versprechen der Oktoberrevolution ein: Beendigung des Krieges, Sowjet-(Räte)-Macht, Aufteilung des Großgrundbesitzes an die landlose Bauernschaft. Die Soldaten, die städtischen Unterschichten und die Bauern unterstützten deshalb enthusiastisch das Sowjetregime. Ein der jungen Sowjetmacht aufgezwungener Bürgerkrieg und eine konterrevolutionäre Intervention der kapitalisti-

schen Hauptmächte warfen das Land weit hinter den Stand von 1913 zurück. Noch Anfang der 30er-Jahre herrschte unter dem Eindruck einer Technikfaszination im Kontext mit der Industrialisierung Aufbruchstimmung, die nach dem Sieg im „Vaterländischen Krieg“ einem neuen Höhepunkt zustrebte. In den ersten Jahrzehnten spielte die Staatsmaschinerie vorwiegend eine schöpferische Rolle, sie hat wirtschaftlich organisiert und kulturell erzogen. Während des 2. Weltkrieges erlitt die Sowjetunion unermessliche materielle Verluste. Zur Zeit des Todes Stalins (1953) hatte die sowjetische Wirtschaft erst die enormen materiellen Kriegsverluste aufgeholt, in der zweiten Hälfte der 50er-Jahre, symbolisiert im ersten bemannten Raumflug Juri Gagarins wuchs die Volkswirtschaft beträchtlich. Die Sowjetunion wurde zum Kern eines Bundes sozialistischer Staaten. In einem labilen, immer von neuem stabilisierungsbedürftigen Gleichgewicht von Koexistenz und Abschreckung standen sich nun auf der Erde Imperialismus und Sozialismus gegenüber. Die friedliche Koexistenz, die der widersprüchlichen Einheit und dem instabilen Gleichgewicht während einer langen Zeit Rechnung getragen hatte und die verhindern half, dass sich die Konfrontation der antagonistischen Blöcke in einen heißen Weltkrieg verwandelte. Abrüstung, friedliche Koexistenz, Abschaffung aller Atomwaffen, Anerkennung der Grenzen in Europa, Schluss mit dem Krieg gegen Vietnam, das war ein wichtiger Teil des außenpolitischen Konsens, auf dem unsere Solidarität mit den Ländern des realen Sozialismus beruhte. Die Rüstung sprengte alle ökonomischen Verhältnisse und alle politische Vernunft. Zugleich wurde die internationale und interkontinentale gegenseitige Abhängigkeit zu einem bestimmten Zug der Gegenwart – auch aus Gründen der ökonomischen Verflechtungen und der Informations- und Kommunikationstechnik. In einer mehr als ein halbes Jahrhundert dauernden geschichtlichen Phase gelang es den sowjetischen Kommunist/innen, die maßgebenden Epochentendenzen in eine relativ stabile Form der politischen gesellschaftlichen Verwirklichung zu überführen. Spätestens in den 1970er-Jahren wurde aber deutlich, dass die sowjetische Planwirtschaft die Grenzen ihrer Funktionstüchtigkeit erreicht hatte. Grundlegende Defizite machten deutlich: der Realsozialismus war kein „reifer“, „entwickelter“ Sozialismus, wie die KPdSU und alle kommunistischen Parteien behaupteten, sondern eine Frühform einer Gesellschaft, in der wesentliche Grundlagen des Sozialismus – allerdings durch schwerwiegende Deformationen beeinträchtigt – errichtet wurden. Spätestens seit der Mitte der 80er-Jahre geriet das ganze Gesellschaftssystem in eine existenzielle Krise. In der sich extrem verschärfenden kritischen Entscheidungslage hätte es einer klugen, prinzipienfesten Führung in der KPdSU und in anderen sozialistischen Ländern bedurft. Der Sozialismus hätte auch in dem Teil



der Erde, in dem er zuerst gesiegt hatte, verteidigt und entwickelt werden können. Warum das für das Kommunist/innen Unvorstellbare, die Auflösung der Sowjetunion und des Sozialismus in Europa, dennoch eintrat und wie die Katastrophe verhindert hätte werden können, darüber gehen die Meinungen von MarxistInnen auseinander. Eine objektive Beurteilung muss berücksichtigen, dass der frühe Sozialismus notgedrungen vielfach eine Verwaltung des Mangels war. Der Sozialismus muss aber die Eroberung des Wohlstands für alle sein. Die Möglichkeit zur Verbesserung der Lebensqualität ist eine große Leistung des Kapitalismus. Im Sozialismus steht die Frage, wie kann dieser Reichtum von einem Privileg Weniger zum Glück für alle gemacht werden? Im Realsozialismus gelang es dennoch, grundlegende soziale Errungenschaften durchzusetzen, die es in keinem kapitalistischen Land gab.

Positiv waren u.a. der rechtlich gesicherte Zugang zu existenzsichernder Arbeit; die Möglichkeit der freien Aneignung von Bildung und Kultur als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben; soziale Sicherheit als ein zentrales Gut menschlichen Lebens. Dazu zählten Wohnen, Gesundheitsfragen, Schutz vor Kriminalität. Die Ergebnisse der gesellschaftlichen Produktion wurden prinzipiell gerechter verteilt. Und der Realsozialismus war friedfertig. Er vermochte der Epoche zeitweilig einen fortschrittlichen Stempel aufzudrücken (Sieg über den Faschismus, Zerfall des Kolonialsystems, internationale Friedenssicherung). Berücksichtigt man, dass der Realsozialismus der ärmere Teil Europas war, verkörperte er gegenüber den heutigen vom Kapitalverhältnis geprägten Zuständen gesellschaftlichen Fortschritt. Die Existenz des Sozialismus und seine Errungenschaften verbesserten die Bedingungen für den Kampf um soziale und demokratische Reformen in den entwickelten kapitalistischen Ländern wesentlich. Die Bourgeoisie und ihre Regierungen waren zu bedeutenden Zugeständnissen gezwungen.

Die Betonung der Vorzüge darf aber nicht zur Leugnung oder Vertuschung der dunklen Seiten des Realsozialismus, seiner Mängel und Deformationen führen. Entscheidend für das Scheitern des Realsozialismus waren letztlich die eigenen Fehler, Mängel und Deformationen; die praktische und theoretische Aufarbeitung ist dringlich. Der Realsozialismus ist an der ungenügenden schöpferischen Anwendung und Weiterentwicklung des Marxismus, im Abgehen von den marxistischen Grundsätzen durch die Führung der Partei und des Staates gescheitert.

Die unkontrollierte Konzentration der Macht im Führungszentrum der regierenden Kommunistischen Partei und ein überdimensionierter bürokratisch-zentralistischer Staatsapparat ersetzten das marxistische Konzept der Selbstregierung des werktätigen Volkes, das Herrschaft durch Rücknahme des Staates abbauen will, das den politischen Entscheidungsprozess als Sache der assoziierten Produzenten versteht und ein neues Verhältnis von Vertretungsdemokratie und unmittelbarer Demokratie enthält. Anstatt die Prinzipien der Demokratie und der Kollektivität zu entwickeln, breiteten sich Administrieren, Diktat, Willkür und

zeitweise gegen Unschuldige ausgeübter Terror aus. Die Sowjets mutierten zu einer von den Massen entrückten Herrschaftsstruktur. Die unvermeidliche Zentralisation ökonomischer, politischer und ideologischer Macht wurde nicht zu allseitig demokratischen Verhältnissen weitergeführt und dadurch aufgehoben: die ökonomischen und politischen Strukturen entfremdeten sich der Masse der Gesellschaft und entwickelten eine Eigenlogik, den Vollzug der Eigeninteressen einer exklusiven, der demokratischen Kontrolle entzogenen bürokratischen Schicht. Auf diese Weise wurden die schöpferischen Kräfte in Wirtschaft, Politik und Geistesleben untergraben und weitgehend zerstört.

Kommandosystem und das Administrieren machten die Menschen – die wichtigste Produktivkraft – weitgehend zu mechanischen Vollstreckern der Verwaltungen. In der Praxis bedeutete dies das Ignorieren der Schöpferrolle der arbeitenden Menschen. Schließlich verloren Staat und Partei, die mehr und mehr zu einem bürokratisch-administrativen Apparat verschmolzen, die Fähigkeit, die Wirklichkeit zu erfassen und den Knäuel von Widersprüchen zu entwirren. Das Volkseigentum hatte sich in eine Form von Staatseigentum ohne demokratische Rückkoppelung, ohne Teilnahme und Kontrolle der wirklichen Eigentümer entwickelt. Dieser Umstand erleichterte den Feinden des Volkseigentums bei der „Abwicklung“ des Sozialismus die Eigentumsfrage aus dem Gedächtnis der wahren Eigentümer wegzumaniplieren. Dieser prinzipiell entscheidende Gedanke vom Primat von Praxis und Erfahrung für die Verwirklichung der Subjektrolle der Arbeiterklasse wurde unter dem Einfluss von Stalin missachtet. Auf der einen Seite ist formell bekräftigt worden, dass der Arbeiterklasse die führende Rolle zukommt, auf der anderen Seite wurde die Partei – und das ist auch entsprechend umgesetzt worden – unter der Hand zur Führerin, zur Lehrerin des Wegfindens und Wegweisers erhoben und die Arbeiterklasse zur Schülerin, zum Objekt der Gesellschaftsgestaltung. Mit dieser „Stellvertreterrolle“ wurde die allgemein proklamierte Rolle der Arbeiterklasse als historisches Subjekt faktisch in Frage gestellt. Die Führung der KPdSU hat den Umstand missachtet, „dass der Erzieher selbst erzogen werden muss. Sie (kam) daher mit Notwendigkeit dahin, die Gesellschaft in zwei Teile zu sondern, von denen der eine über die Gesellschaft erhaben“ war (K. Marx).

Die marxistische Theoriebildung verlor auf dem Gebiet der politischen Ökonomie ihre innovative Fähigkeit, weil ihr verlässliche Kriterien zur Lösung aktueller Probleme fehlten. Der Realsozialismus ging zugrunde, weil er hinsichtlich der Arbeitsproduktivität keine Überlegenheit erlangte, sondern gegenüber den kapitalistischen Industrieländern zurückfiel.

Neben der ökonomischen Schwäche hat die sträflich vernachlässigte geistig-kulturelle Hegemonie den Sieg der Konterrevolution entschieden.

Aus der marxistischen Philosophie eliminierte Stalin das dialektische Grundgesetz der Negation der Negation, das die Einheit von These und Antithese, die Einheit von Kritik und positiver Theorie sowie die Kontinuität der Entwick-



lung ausdrückt: Die Negation als Aufhebung des Niederen durch das Höhere, des Alten durch das Neue, bei der aber auf der höheren Entwicklungsstufe alles Positive beibehalten wird, das dem Gegenstand auf der vorhergehenden Entwicklungsstufe eigen ist. Der Marxismus-Leninismus beruhte zum Teil auf dogmatisch eingeengten Bruchstücken des Marxismus. Eine entscheidende Ursache für diese Fehlentwicklungen war die Einengung der wissenschaftlichen Forschung, die Unterordnung der Wissenschaft unter das Diktat des Politbüros, ihr Rolle als Magd der Politik. Damit der Marxismus frei von Dogmatismus und Opportunismus ständig weiterentwickelt, ausgebaut und durch neue Erkenntnisse vertieft werden kann, müssen marxistische Wissenschaftler – frei von allen Bevormundungen und Weisungen – die wertvollsten Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der materialistischen Dialektik fruchtbar machen. Um die divergierenden Gedankenelemente, Erkenntnisse und Wissensformen produktiv zu verarbeiten, ist es erforderlich auch die Ergebnisse der positiven Wissenschaften, ganz gleich welcher Herkunft diese sind, vorurteilsfrei zu verarbeiten und zu integrieren. Identität und Integrität des Marxismus dürfen dabei nicht verloren gehen. Sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis ist die Grundkategorie des marxistischen Materialismus. Zum Herausarbeiten ihrer Wahrheitsmomente gehört in vollem Umfang auch die Verarbeitung nichtwissenschaftlicher Weltanschauungen und Wissensformen, von Alltagsbewusstsein und Sprache, über Mythos, Religion bis zu den Künsten. Aufgaben und Ziele, die sich die Menschen stellen, gehen aus den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Praxis hervor und dienen deren Befriedigung. Die Praxis ist das primäre, sie ist Ausgangspunkt, Triebkraft und Ziel des Erkennens. Es beginnt die Formierung des Bewusstseins nicht mit abstrakten Debatten, sondern schon im Alltag der Begriffsbildung auf der Ebene der „Jedermannsphilosophie“ (Gramsci). Sie gewinnt Gewalt über Menschen, überall wo Klischees erzeugt und benützt werden. Mit der Praxis – als Prüfstein für die Theorie – entwickelt sich das Abstraktions- und Verallgemeinerungsvermögen des Menschen, seine Fähigkeit zur Selbstbewusstwerdung durch „Entfetschierung“ der „natürlichen“, gewohnten, alltäglichen Welt zu entwickeln. Denn „wissenschaftliche Wahrheit ist immer paradox vom Standpunkt der täglichen Erfahrung, die nur den täuschenden Schein der Dinge wahrnimmt“ (K. Marx). Theorie ist immer Interpretation der Wirklichkeit, sie ist die Reflexionsgestalt der Praxis. Dass wir die Welt nach unseren Zwecken verändern wollen, geht nicht ohne Interpretation dessen, was sie sein könnte. Jede einseitige, zur Verabsolutierung der praktischen Seite der produktiven und sozialhistorischen Tätigkeit der Menschen neigende Auffassung vom Verhältnis von Theorie und Praxis ist Ausdruck einer Unterschätzung der relativen Selbständigkeit der Theorie. Die Bedeutung der Theorie davon abhängig zu machen, inwieweit sie unmittelbar praktisch anwendbar ist, bedeutet Verzicht auf den notwendigen theoretischen Vorlauf für die richtige Lösung herangereifter gesellschaftlicher Aufgaben und führt in der Politik zum Praktizismus, zu Prinzipien-

und Perspektivlosigkeit. Nicht Praxis statt Theorie sondern durch richtige Theorie vermittelte Praxis ist das Programm das Marx, Engels und Lenin zur Überwindung jeglicher idealistischer Philosophie und des mechanischen Materialismus erarbeitet haben. Im Mittelpunkt theoretischer Überlegungen muss deshalb der praxisrelevante Aspekt stehen. Nichts ist so praktisch wie eine gute Theorie und nichts so theorierelevant wie eine gute Praxis.

Die wesentlichste innere Ursache der Niederlage des europäischen Sozialismus lag im Zustand der regierenden Parteien. Die Preisgabe der leninschen Normen des Parteilebens war eine letztlich innere Hauptursache, die in gewisser Weise lange vor Stalins Tod wirksam geworden ist. Sie hat über die weitgehende Liquidation der innerparteilichen Demokratie zur Herrschaft des Apparats und schließlich zur Herrschaft einer Person in Gestalt des Generalsekretärs über die Partei und zur dogmatischen Verflachung der marxistischen Theorie geführt. Das war keine gesetzmäßig objektive Notwendigkeit. Vielmehr hat Stalin im Prozess der Negierung der leninschen Normen des Parteilebens zunächst partiell, später umfassender den Terror als Leitungsmethode eingesetzt. Die unlöslich mit der Person Stalins verbundenen Verbrechen und der Terror sind Teil der historischen Wahrheit und dürfen nicht verharmlost werden. Die Überwindung von Verhaltens-, und Denkweisen, die dem humanistischen Anspruch der marxistischen Weltanschauung widersprechen, ist unabdingbar. Das bürokratisch-administrative zentralistische Herrschaftssystem hat Stalin überlebt, es war reproduzierbar. Der Stalinismus nach Stalin brach mit dem Terror, aber nicht mit den Deformationen und den unwissenschaftlichen Methoden, die sich verfestigten. In der Nachstalinzeit blieb das entscheidende politische Entwicklungshemmnis für notwendige Korrekturen, die dem Sozialismus neue Schubkraft verleihen sollten bestehen: Die Unkontrollierbarkeit des Politbüros und ihrer Apparate, die institutionelle Identität von Staatsautorität, ökonomischer Verfügungsgewalt und ideologischen Alleinvertretungsanspruch.

Nach Stalin gab es zwar zaghafte Überlegungen über eine grundsätzlich neue Art und Weise, wie man auf den Widerspruch zwischen dem umfassenden Führungsanspruch der Partei und den Anforderungen des Staates und der Volkswirtschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf neue Art reagieren müsste, insbesondere in der DDR. Mitte der 80er-Jahre nahm die Krise des Realsozialismus aber existenzbedrohende Ausmaße an. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der anderen osteuropäischen sozialistischen Länder erfolgte u. a. auch deshalb, weil es ihnen nicht gelang, den Rückstand in der Produktivität und im Lebensstandard gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern aufzuholen. Nichts wäre für die Sowjetunion, für die Menschen in den sozialistischen Ländern und die kommunistische Weltbewegung notwendiger und nützlicher gewesen als ein offener, rücksichtsloser Austausch der Erfahrungen, ein internationaler Dialog kommunistischer Parteien über Irrtümer, Versagen und Chancen gewesen. Michail Gorbatschow, den die sow-

jetische Hierarchie an die Spitze von Staat und Partei hievte, war der geschichtliche Auftrag zugefallen, einen Kurs zu steuern, der den Sozialismus an Haupt und Gliedern erneuert. Gorbatschow, der am Anfang der Perestrojka erklärt hatte, das Wesen der dringlich notwendigen Umgestaltung „bestehe gerade darin, die Leninsche Konzeption vom Aufbau des Sozialismus wieder voll zum Tragen zu bringen“, sagte später, er betrachtete die Zerschlagung des Kommunismus als sein Lebensziel. Führende Kräfte der UdSSR, repräsentiert durch Gorbatschow und Schewardnadse, haben schon seit Mitte der 80er-Jahre, nachdem es ihnen gelungen war, innenpolitisch in der UdSSR die Voraussetzungen für eine solche Politik zu schaffen, in Geheimverhandlungen Verrat an der sozialistischen Staatengemeinschaft zu begehen und die DDR an die BRD zu verkaufen. Und das alles ohne staatsrechtliche und parlamentarische Vollmachten. Der Anfang und das Ende des Michail Gorbatschow, dessen Politik zur endgültigen Zerstörung der sozialistischen Weltmacht führte, die über Jahrzehnte die imperialistischen Großmächte in Schach gehalten und ein Gleichgewicht der Kräfte garantiert hatte, ist Ausdruck eines ungeheuerlichen politischen, ideologischen und moralischen Verfalls, dabei waren die negativen Prozesse historisch nicht unvermeidbar, objektiv nicht notwendig und reparierbar. Gorbatschow und andere Liquidatoren des Sozialismus sind nicht vom

Himmel gefallen. Sie sind auch nicht durch einen Putsch an die Macht gekommen, vergeblich erwarteten die Millionenmassen von ihnen zukunftsfähige Alternativen zur Weiterentwicklung des Sozialismus. Stattdessen öffneten sie die Partei und die Gesellschaft unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Dogmatismus zersetzenden konterrevolutionären Einfluss und Mächten. Diese Lehre darf nicht in Vergessenheit geraten! Sie konnten ihre verhängnisvolle Rolle nur spielen, weil sich die Partei als Ganzes nicht mehr auf kommunistische Kerne stützen konnte. Nachdenken über historische Alternativen gehört einfach dazu, wenn man aus der Geschichte etwas lernen will. Hier wäre vor allem eines zu lernen: Nie wieder ein Parteimodell, welches den offenen Austrag von Richtungsdebatten innerhalb des marxistischen Rahmens, womit auch immer, unterdrückt.

Aufgabe unserer Zeit ist die Wiederherstellung einer starken, international operierenden kommunistischen Bewegung, deren objektive Grundlagen eine Analyse der realen kapitalistischen Produktions- und Vergesellschaftungsprozesse ist und davon abgeleitet eine revolutionäre Perspektive für einzelne Staaten, Regionen und im Weltmaßstab zu erarbeiten. Gemessen an dieser Aufgabenstellung ist der Stalinismus ein Synonym für Dogmatismus, Verflachung, Einengung, Realitätsverlust, ein Anachronismus.

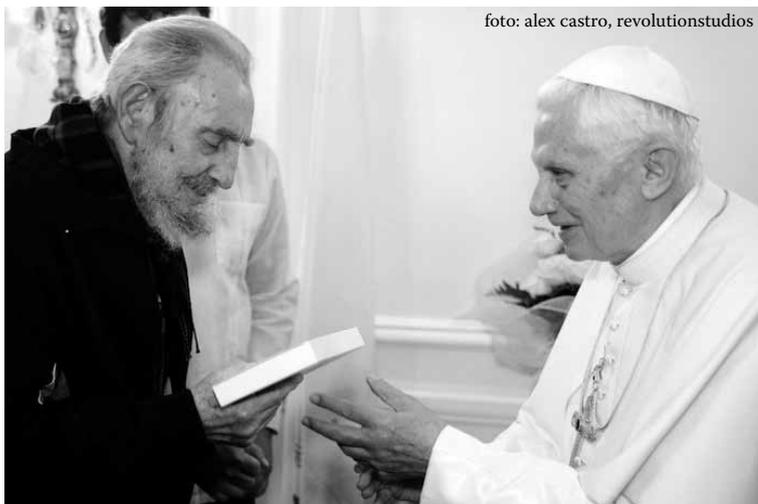


foto: alex castro, revolutionstudios



II.2 Künftiger Sozialismus: Offenes, demokratisches Projekt

Menschen, die sich für uns entscheiden sollen und wollen, haben angesichts des Desasters beim ersten Anlauf des Aufbaus des Sozialismus ein Recht uns zu fragen, wie es beim nächsten Mal aussehen soll und besser gemacht werden kann. Unsere Haltung, zu der wir auf schmerzhaft Weise gefunden haben, bedeutet keine Verurteilung und Totalkritik der Sozialismusversuche im 20. Jahrhundert, sondern verpflichtet uns dazu, aus der Kritik an Abirrungen vom Marxismus Schlussfolgerungen für heutige und zukunftsweisende Politikkonzepte zu ziehen. Wir müssen uns bewusst und kritisch den theoretischen Erkenntnissen und Erfahrungen der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung stellen. An kritisches kommunistisches Denken muss der Anspruch gestellt werden, gesellschaftliche Wirkungszusammenhänge aufzudecken und darauf basierend die Erneuerung von Theorie und Praxis der Sozialismuskonzeptionen und der kommunistischen Parteien voranzutreiben. Die neue Stufe aller ökonomischen, sozialen und geistig-kulturellen Prozesse erfordert eine Sozialismuskonzeption, die weit über das heute bekannte und bis 1989 in Europa praktizierte sozialistische Modell hinausgeht. Wenn wir es unterlassen über den bisherigen Sozialismus hinausführende neue Sozialismusvorstellungen zu entwickeln, die auf der vollständigen und konsequenten Demokratisierung aller Bereiche der Wirtschaft, des Staates und der Zivilgesellschaft beruhen und die Frage nach unseren Vorstellungen von einer Gesellschaft jenseits von Konzernherrschaft und Profitprinzip unbeantwortet lassen, führt Kritik am Stalinismus zur Gleichsetzung mit dem bürgerlichen Antistalinismus und zur Rückbesinnung auf die bürgerliche Demokratie. Im Beschluss des 30. Parteitags der KPÖ zur Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms wird ausdrücklich „eine komplexe Darstellung von Grundpositionen, eine so realistisch wie mögliche Ausgestaltung der Begriffe Sozialismus und Kommunismus...einen knapp und präzise formulierten, politisch handhabbarer Gesellschaftsentwurf unserer erneuerten Sozialismusvorstellungen, ein aus sachlich-wissenschaftlicher Analyse abgeleitetes Parteiprogramm“ eingefordert.

Die sicherste Methode, um den Menschen die Einsicht zu verstellen, dass der Kapitalismus immer mehr menschenverachtende Züge annimmt, ist es, die Ressentiments gegen den Sozialismus und gegen die Kommunist/innen so auszubauen, dass die Möglichkeit der sozialistischen Alternative an der Mauer des Vorurteils zerschellt. Das Vorurteil sitzt tief, der Antikommunismus, die „Grundtorheit des 20. Jahrhunderts“ (Th. Mann), hat auch im 21. Jahrhundert in Teilen der Bevölkerung die Furcht einflößende Wirkung des Gespenstes, das Marx an die Wand malte. Kommunist/innen? Sind das nicht Radikale, die das letzte Hemd verstaatlichen wollen, bis hin zu den Weibern, die drinnen stecken? Wir werden nicht müde, denen, die es hören wollen und auch jenen, die es nicht hören wollen, zu versichern, dass es Kommunismus auf diesem Planeten noch nicht gegeben

hat, sondern nur einen mutigen, aus Krieg und Verzweiflung hervorgegangenen, und am Ende leider gescheiterten Sozialismusversuch. Kommunismus war bisher, ist und bleibt für eine lange historische Epoche ein rotes Licht am Horizont, das mal stärker, mal schwächer leuchtet, aber nicht erlischt. Zunächst steht der Sozialismus auf der Tagesordnung. Dieser stellt keine kurzfristige Übergangsphase zum Kommunismus dar, wie selbst auch Kommunist/innen dachten. Der Sozialismus ist selbst eine lang andauernde relative eigenständige Gesellschaftsform.

Das Misstrauen in die demokratische Zuverlässigkeit der KPÖ, die Furcht vor ihrem Machtantritt ist unbegründet. Die KPÖ hat nie Ansprüche auf das Monopol der Macht erhoben. Wir haben aus den Demokratie-Defiziten der ehemaligen realsozialistischen Länder grundlegende Schlussfolgerungen gezogen. Die KPÖ steht in der Tradition der österreichischen Arbeiterbewegung, für sozialen und demokratischen Fortschritt. Wir fühlen uns dem Vermächtnis österreichischer Kommunist/innen und dem progressiven Erbe Österreichs verpflichtet. Wir kämpfen für die Unabhängigkeit unseres Landes, für die Sicherung der Neutralität, für Antifaschismus, für Frieden und Sozialismus. Diese Bestrebungen und Ziele werden sich auch in einen Sozialismus in Österreichs Farben widerspiegeln.

Die KPÖ kämpft für die Vergesellschaftung des großen und ausschlaggebenden Eigentums. Sie lehnt jedoch das monolithische Staatseigentum ab. Wir sind gegen eine bis in alle Details starre Planung der Wirtschaft, für Pluralismus in den Eigentumsformen bei Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums. Es ist der Neoliberalismus, der mit seiner blindwütigen Feindschaft gegen alle Formen von gesellschaftlichem Eigentum den viel beschworenen Pluralismus Lügen straft.

Sozialismus kann nur eine qualitativ neue Demokratie sein, in der die Produktivkraft, Selbstgestaltung, Mitbestimmung und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Sinne sozialer Gerechtigkeit allen Menschen dient und zugute kommt. Der Inhalt sozialistischer Demokratie ist letztlich die Entfaltung der Persönlichkeit von immer mehr Menschen. Wir lehnen es ab, die politischen, ökonomischen und kulturellen Rechte der Menschen unterschiedlich zu gewichten. Individuelle Freiheitsrechte, soziale Gleichheit und Solidarität stehen zueinander, gleichgesetzt in ihrem Wert. Wer nicht bereit ist, für diese Werte gleichermaßen zu kämpfen, duldet und konserviert bürgerliche Herrschaftsverhältnisse. Die KPÖ ist gegen jegliche Privilegien in Wirtschaft und Politik. Das hat aber nichts mit Gleichmacherei zu tun, sondern bedeutet die Anerkennung der Leistung jeder einzelnen Person. Eine künftige sozialistische Gesellschaft wird ein offenes, demokratisches und variantenreiches Projekt mit dem Ziel sein, eine klassenlose, ausbeutungsfreie und herrschaftslose Gesellschaft aufzubauen, in der die freie Entfaltung einer/s jeden zur Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

II.3 Sozialismus und Demokratie

Sozialistische Demokratie basiert im radikalen Unterschied zur bürgerlichen Demokratie, die auf die Erhaltung der Sonderinteressen der herrschenden Klasse gerichtet ist, auf der Idee der vollständigen und konsequenten Demokratisierung der Wirtschaft und der Produktionsverhältnisse, sowie des Staates und der Zivilgesellschaft, auf dem Ineinandergreifen von gesellschaftlicher Entwicklung und massenweise individueller Entfaltung. Die sozialistische Demokratie ist ein neuer Demokratietyp, der wirklich demokratische, das heißt die Selbstbestimmung der Menschen respektierende Organisationsformen der Gesellschaft entwickelt. Der Sozialismus muss eine Gesellschaftsordnung sein, die für Veränderungen und Neuschöpfungen offen bleibt und in der es daher immer auch Widersprüche geben wird, die dem Fortschritt ebenso vorantreiben wie auch gefährden können. Sozialismus und Demokratie stehen in einem zwingenden Zusammenhang. Zum Kampf für den Sozialismus werden nicht nur Kommunist/innen antreten sondern auch andere Parteien, viele Menschen mit den unterschiedlichsten Motiven: christliche, ökologische, allgemein humanistisch orientierte Menschen werden gemeinsam mit Kommunist/innen den Sozialismus aufbauen, werden im staatlichen und zivilgesellschaftlichen Überbau politisch und ideologisch vertreten sein und für die Ausgestaltung des Sozialismus eintreten, wie er ihnen vorschwebt. Das kann dazu führen, dass sie Regierungsverantwortung übernehmen oder in die parlamentarische Opposition wechseln, ohne den Boden des Sozialismus zu verlassen. Es muss der Grundsatz gelten: Entweder es geht demokratisch oder es geht nicht. Wenn es noch nicht geht, muss weiter Überzeugungsarbeit geleistet werden, um eine Mehrheit zu überzeugen und für Veränderung zu gewinnen.

Eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist nicht möglich ohne die Vergesellschaftung des Staates. Ohne strenge Kontrollmechanismen, ohne Offenlegung aller politischen Entscheidungsvorgänge, ohne Rechenschaftslegung und sofortige Abwahlmöglichkeiten, ohne wirkliche Presse- und Versammlungsfreiheit stirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, entstehen auch in Gesellschaften, die auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet sind, neue oligarchische und patriarchale Herrschaftsverhältnisse. Gleichberechtigte Stellung aller Mitglieder der Gesellschaft als Eigentümer bei Vielfalt der sozialistischen Eigentumsformen bedarf der

denkbar vollkommensten Demokratie in den politischen Strukturen, ebenso wie der demokratischen Rechte der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben. Selbständige Entfaltung der ökonomischen Einheiten in Produktion, Handel, Finanzwesen, Kommunalwirtschaft und dergleichen ist – allerdings innerhalb der ökonomischen Gesetze des Sozialismus – unabdingbar. Um das sozialistische Eigentum im allseitigen Interesse der Gesellschaft zu verwalten und zu mehren, bedarf es wettbewerbsfähiger Produktion, lebendiger Verflechtungen mit der internationalen Wirtschaft, sowie starker Banken, die den bestimmenden Einfluss der gesellschaftlichen Eigentümer unantastbar gewährleisten. Macht kann im Sozialismus nur auf der Basis einer Mehrheit der Bevölkerung ausgeübt werden. Eine neue Macht wird sich auf die Einhaltung der Verfassung stützen, die gesellschaftspolitische Reformziele festschreibt und demokratische und soziale Rahmenbedingungen festlegt, welche zur unabdingbaren Beachtung der Menschenrechte verpflichtet, sowie weitgehende Kontrollmechanismen und demokratische Eingriffsmöglichkeiten vorsieht, um Missbräuche zu verhindern. Erfahrungen des Klassenkampfes lehren, dass die Monopolbourgeoisie, wenn sie ihre Macht und Privilegien bedroht sah, stets versucht hat, den gesellschaftlichen Fortschritt mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bis hin zur Errichtung faschistischer Diktaturen und zur Entfesselung von Bürgerkriegen zu verhindern. Eine genügend mächtige und entschlossene Volksbewegung kann den Widerstand der reaktionären Kräfte überwinden und ein solches Übergewicht der zum Sozialismus strebenden Kräften erreichen, dass die Anwendung blutiger, konterrevolutionärer Gewalt verhindert und der für das arbeitende Volk günstigste Weg zum Sozialismus durchgesetzt wird. Eine Konterrevolution entwickelt sich im Sozialismus dann, wenn die Kommunist/innen versagen und den Einfluss auf die Massen verlieren. Kommunistische Grundprinzipien gebieten anzuerkennen, dass das Volk auch im Sozialismus ein Recht auf Widerstand bzw. Sturz der Regierenden hat, wenn seine Grundrechte von den Regierenden verletzt und die sozialistische Verfassung durch sie gebrochen wird. Unser Revolutionsverständnis zielt vor allem darauf, die erungene politische Macht durch den Ausbau der kulturellen Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu festigen.





II.4 Sozialismus und Freiheit

Der Sozialismus, dieses zutiefst universalistische Projekt der menschlichen Emanzipation, ist keine Utopie, aber auch kein Paradies auf Erden. Er ist mit dem Fortschreiten „von der Utopie zur Wissenschaft“ (Friedrich Engels) mit dem marxistischen Anspruch auf wissenschaftliche Zukunftserhellung verbunden – ohne Anspruch auf absolute Wahrheit. Im Sozialismus bleiben gesellschaftliche Widersprüche, es bleiben „Muttermale“ (Karl Marx) von vergangenen Gesellschaftsordnungen und persönliche Konflikte. Aber er befreit die Menschheit von den Geiseln der Ausbeutervergangenheit: Sukzessive überwindet er alle Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen ist, er befreit die Menschen von Ausbeutung, von Unterdrückung und Armut, von Krisen, von Umweltzerstörung und von Kriegen und so von der Gefahr des Untergangs der menschlichen Zivilisation. Sozialistische Gesellschaftsgestaltung ist nicht auf die Lösung des Klassenwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit beschränkt; sie muss zugleich die gesamten von der Ausbeutervivilisation hervorgebrachten antagonistischen Widersprüche aufheben, die sich zum Teil auch in den neuen Herrschaftsverhältnissen reproduzieren wie beispielsweise die Unterdrückung der Frauen, Widersprüche zwischen Völkern und Nationen mit schwerwiegenden Folgen wie in der Sowjetunion und in Jugoslawien.

Das erfordert die Überwindung jeglicher nationaler Absonderung und Gegensätze der Völker, reaktionärer Vorurteile wie Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, sowie die Menschenwürde verletzender Praktiken, die sich insbesondere gegen Frauen richten. Die Unterdrückung der Frauen begann bereits, bevor das Privatkapital an Produktionsmitteln historisch auf den Plan trat und zwar in einer Phase der Urgemeinschaft, in der sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Staatenbildung vollzog und sich im Prozess

der Auflösung der Urgesellschaft mit der Ersetzung blutverwandtschaftlicher Beziehungen durch die Klassenteilung und Klassenherrschaft endgültig verfestigte. Die Gewalt prägte sich auch in der Vorherrschaft der Männer über die Frauen aus. So fiel die Arbeits- und Klassenteilung der Gesellschaft mit der sozialen Entgegensetzung der Geschlechter, der Unterordnung der Frauen unter die Männer, der Installierung patriarchalischer Machtverhältnisse zusammen, es entstand eine männerdominierte Welt. Aus dieser Sicht entwickelt die kommunistische Bewegung eine fundamentale Kritik an der kapitalistischen Klassenherrschaft, die die Männlichkeit zu einem universellen Prinzip erhoben hat, in der die Frau als Abweichung von der Norm oder mit der Natur identifiziert wird. Ziel unseres Kampfes ist eine Gesellschaftsordnung, in der die Kategorie Geschlecht uninteressant dafür ist, wie wir als Menschen behandelt werden. Das ist der Sinn unserer antipatriarchalen Orientierung. Frauen brauchen deshalb einen selbständigen Frauenkampf gegen Ungleichheiten, die sich auf die Geschlechtsunterschiede berufen, genauso wie sie gemeinsam mit Männern gegen Kapitalismus und Frauenunterdrückung kämpfen.

In einem langen Prozess müssen kapitalistisch instrumentalisierter Individualismus und eine konkurrenzgesellschaftlich geformte Persönlichkeitsstruktur, die keine Rücksichten und Selbstbeschränkungen kennt, überwunden werden. Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, dass der/die Einzelne eine sinnvolle Verknüpfung von Gesellschafts- und Individualentwicklung, ein humanistisches Verhältnis zu seinem sozialen Bezugssystem und zu seinem eigenen Selbst im Interesse der Selbstentfaltung aller, herstellen kann.

Die Emanzipation des Menschen ist das Ziel des Sozialismus. Denn erst hier erhält er die Chance, mit dem zu beginnen, was das Ziel des Lebens ist: wirkliche Freiheit.

II.5 Zur Frage des Eigentums

Die Aufhebung des kapitalistischen Eigentums an den „großen“ Produktionsmitteln ist die entscheidende Grundvoraussetzung, um den Sozialismus aufzubauen. In der bürgerlichen Gesellschaft ist der entscheidende Hebel für das Funktionieren des Mechanismus der Aneignung des Mehrwerts durch die Kapitalisten die bürgerliche Rechtssetzung, nach der alle Arbeitsergebnisse Eigentum der Kapitalgeber sind. Nach dem tatsächlichen Sachverhalt seiner Entstehung aber ist der Mehrwert Frucht der Arbeitsleistung der Lohnabhängigen. Daher steht diesen sowohl moralisch als auch tatsächlich die Forderung zu, das Recht auf Eigentum mit dem Wertschöpfungsakt in Übereinstimmung zu bringen: Ursprüngliche/r EigentümerIn eines Wertes ist sein/e unmittelbare/r ProduzentIn. Die Umsetzung dieser Rechtsforderung der Lohnabhängigen bedeutet einen revolutio-

nären Bruch, der die politische Entmachtung der Kapitalistenklasse zum Ziel und als Voraussetzung hat.

Unzutreffend ist die Auffassung, heutzutage werde die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterklasse in erster Linie nicht von betrieblichen Ausbeutungsverhältnissen geprägt, sondern von den Verteilungsverhältnissen. Der kapitalistische Gesamtproduktionsprozess besteht aus dem Produktionsprozess und aus dem Zirkulationsprozess von Investitionen und Konsumgütern. Letzterer ist ein immens wichtiges Kampffeld für die Lohn- und Sozialpolitik. Dennoch bleiben die Produktionsverhältnisse die entscheidende Grundlage des gesellschaftlichen Gesamtprozesses. Aus der Sphäre der kapitalistischen Produktion entspringt die Mehrwertproduktion, das System der Lohnarbeit, als Ursache der Entfremdung und des Warenfetischismus, die Spal-



tung der Gesellschaft in Klassen und auch der Charakter und die Art der Verteilungsverhältnisse mit der Aufteilung des Mehrwerts in Profit, Zins, Grundrente und auch des Nationaleinkommens zugunsten der besitzenden Klassen. Das Wesen der Produktionsverhältnisse wird durch die Eigentumsverhältnisse bestimmt. Solange kapitalistische Eigentumsverhältnisse herrschen, entstehen als ein Hauptprodukt des Verwertungsprozesses des Kapitals die Kapitalisten und die Lohnarbeiter/innen. Die bürgerliche Ökonomie behält nur die produzierten Sachen im Auge und „vergisst“ dabei, dass im kapitalistischen Verwertungsprozess, quasi wie bei einem Perpetuum mobile, ununterbrochen Ausbeuter und Ausgebeutete ins Leben gesetzt werden, die sich potentiell als Arme und Reiche gegenüber stehen. In der bürgerlichen Klassengesellschaft geht die Produktion von Reichtum notwendig mit der Akkumulation menschlichen Elends einher. Armut ist das Urteil, welches die Lohnarbeit als Bedingung des Kapitals über sich selbst verhängt.

Eine Gesellschaft ohne Armut kann es nur in einer freien As-

soziation sozial und ökonomisch gleich gestellter Menschen geben, in der die großen Produktionsmittel Allgemeingut sind. Aufhebung der Entfremdung kann erst im Sozialismus in dem Maße voranschreiten, wie im Vergesellschaftungsprozess Formen der Mitbestimmung und Mitgestaltung durch umfassende Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der Produzenten abgelöst werden. Auf diese Weise wird es möglich, die Produktion Schritt für Schritt real zu vergesellschaften, die gesellschaftlichen Grundbereiche zu planen, langfristig die Produktionsweise bei Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln und Existenz von Genossenschaften und anderen vergesellschafteten Eigentumsformen zu gestalten sowie die kapitalistische Warenproduktion in eine sozialistische Warenproduktion umzuwandeln. Es ist der Weg, wonach an „die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen eine Assoziation (tritt), worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (K. Marx/F. Engels)

II.6 Sozialismus und Landwirtschaft

Auch die Landwirtschaft wird im Sozialismus von einer Vielzahl von Formen des Genossenschaftswesens geprägt sein.

Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union werden die Interessen der Klein- und Mittelbauern und der Nebenerwerbsbauern verstärkt dem Primat des Profits und der „Euro-Kriterien“ unterworfen. Diese Entwicklung der Landwirtschaft ist gekennzeichnet durch das Diktat der Agrar- und Pharmaindustrie und durch enorme Überproduktion. Während Millionen Menschen verhungern, werden landwirtschaftliche Produkte im großen Stile vernichtet, um dem Preisverfall entgegenzuwirken. Diese Widersprüche sind durch das BSE- und MKS-Drama zu Tage getreten. Vielleicht am deutlichsten zeigt der landwirtschaftliche Sektor, dass vernünftige Produktion an den Bedürfnissen von Mensch und Tier orientiert werden muss.

In Österreich ist die Alternative zur agrarischen Großproduktion der bäuerlich-ökologische Landbau mit Kreislaufwirtschaft bei Einsparung von industriell erzeugtem Dünger. Auch in der Landwirtschaft sind grundlegende Strukturreformen fällig. Erfolgreicher bäuerlicher Landbau erfordert die Zurückdrängung und Überwindung des Einflusses des agrarindustriellen Komplexes, eine allseitige Kooperation und Integration der Bauern in Produktion, Verarbeitung und Vermarktung sowie Kooperation der Bauern mit dem Handel, dem regionalen Handwerk und anderen Wirtschaftsbetrieben und nicht zuletzt auch Zusammenarbeit mit Interessensverbänden der Konsument/innen.

Agrarindustrielle Betriebe sollten z.T. Eigentum bäuerlicher Genossenschaften sein bzw. im Rahmen des zu schaffenden öffentlichen Industriesektors organisiert werden.

II.7 Sozialismus und Kommunismus

Sozialismus ist Kampf für den Abbau des Alten und ein Aufbauen des Neuen, bis zum definitiven Sieg der kommunistischen Gesellschaft, bis zum Verschwinden der Klassen und damit auch des Staates, der Parteien und der übrigen Klasseninstitutionen, die ihre historische Rolle zu Ende gespielt haben.

Auch im Sozialismus gibt es, in umgestalteter Form, Warenproduktion und Lohnsystem. Der Sozialismus „erbt“ das alte System der Gliederung der Menschen nach Merkmalen der

Arbeitsteilung. Er „erbt“ die Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit sowohl im Einkommen als auch auf kulturellem Niveau. Diese Muttermale vergangener Epochen kann man nicht einfach abschaffen. Im Sozialismus werden die aus Ausbeuterverhältnissen resultierenden unversöhnlichen Klassenunterschiede in einem lang andauernden widersprüchlichen Prozess beseitigt. Es bleibt die Arbeiterklasse und die Klasse der Bauern, es bleiben breite soziale Schichten von Intellektuellen und Werktätigen.



Längere Zeit existiert im Sozialismus auch privates Eigentum an Produktionsmitteln, wo nicht nur Familienangehörige, sondern auch fremde Arbeitskräfte beschäftigt werden. Das heißt, auf längere Zeit wird es auch im Sozialismus Ausbeutung und möglicherweise Klassenkämpfe besonderer Art geben. Die Kapitalistenklasse wird – ohne Großkapital – eingebunden in ein System sozialistischer Warenproduktion. Klassenteilung der Gesellschaft, sozialistische Warenproduktion, sozialistisches Lohnsystem, gesellschaftliche Arbeitsteilung sowie wesentliche Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit und im kulturellen Niveau werden erst in einem sehr langen und allmählichen, Generationen dauernden Prozess verschwinden.

Ein geschlossenes, allgemein verbindliches Modell des Sozialismus wird es nicht geben. In Zukunft wird es verschiedene „Sozialismen“ geben, die universell ein menschenwürdiges Leben aller Menschen sowie die Versöhnung der Menschheit mit der Natur und mit sich selbst ermöglichen. Die Arbeiterklasse braucht ihre Macht, d.h. ihren Staat nur, um Sonderinteressen abzuschaffen, d.h. mit allen Klassen auch sich selbst aufzuheben. Demokratie ist Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit, also der Herrschaft von Menschen über Menschen. „Verwaltung von Sachen und der Leitung von Produktionsprozessen“ obliegt im staaten- und herrschaftslosen Kommunismus nicht eingesetzten Beamten, sondern gewählten, jederzeit absetzbaren Delegierten.

Kommunismus nennen wir eine klassenlose, ausbeutungsfreie und herrschaftslose, auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung begründete Zivilgesellschaft. Die Zivilisation, entstanden beim ursprünglichen Übergang der Menschheit von urkommunistischen Zuständen zu einer auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhenden Klassengesellschaft ist unlöslich verbunden mit den Ausbeutergesellschaften sowie mit der Entfremdung des Menschen von der Natur und von einander.

Im Kommunismus werden die drei im Prozess der Auflösung urchgesellschaftlicher Gemeinschaftsformen entstandenen stabilen, ökonomisch fundierten Hierarchien und Abhängigkeitsbeziehungen, die den Wesenskern antagonistischer Herrschaftsverhältnisse bilden, endgültig aufgehoben:

1. die auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung und dem Klassenwiderspruch zwischen ökonomisch, politisch und geistig-kulturell Herrschenden und beherrschten Gesellschaftsmitgliedern.
2. der Geschlechterwiderspruch zwischen dominierenden, öffentlich und privat bestimmenden Männern und den tätigkeits-, strukturell aus- und eingegrenzten Frauen.
3. der interethnische Widerspruch zwischen „Herrenvölkern“ und beherrschenden Volksgemeinschaften.

Im Kommunismus gibt es keine Klassen und keine sozialen Unterschiede. In den Produktionsverhältnissen herrscht absolute soziale Gleichheit. Die Menschen leben nach dem Prinzip: „Jede/r nach ihren/seinen Fähigkeiten, jede/r nach ihren/seinen Bedürfnissen. Es gibt keinen Staat als politische Institution mehr. Er ist bereits abgestorben“.

Kommunismus befreit die Menschen von der Entfremdung von der Natur und von sich selbst, deren entscheidende Basis das Privateigentum von Produktionsmitteln ist und von der sich letztlich alle wesentlichen, dem Kapitalismus eigenen, verhängnisvollen gesellschaftlichen und menschlichen Konsequenzen und Konflikte ableiten. Im Kommunismus treten dem Arbeiter weder die Produktionsmittel noch das Produkt seiner eigenen Arbeit als fremde, ihn beherrschende Mächte gegenüber. Die Emanzipation von den Formen der „abstrakten Arbeit“ zu einer freien Assoziation von Produzenten wird vollbracht in einem „Verein freier Menschen, die mit genossenschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben“. (K. Marx) Im Kommunismus „wenn die Arbeit einmal wirklich emanzipiert ist, wird jeder Mensch ein Arbeiter und produktive Arbeit hört auf, eine Klasseneigenschaft zu sein.“ (K. Marx) Mit der Entwicklung der Gesellschaft zum Kommunismus ist die Menschheitsgeschichte nicht am Ende. Auch im Kommunismus ist jede Entwicklung eine Entwicklung in Widersprüchen, deren produktive Lösung immer eine große Herausforderung für den einzelnen Menschen und die ganze Gesellschaft bleiben wird. Während jedoch bisher die eigene Vergesellschaftung des Menschen, ihm als von der Natur und der Gesellschaft oktroyiert gegenüberstand, wird sie jetzt ihre eigene freie Tat. „Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“. (K. Marx)

Was verbleibt im Kommunismus? Es verbleibt die natürliche Unterschiedlichkeit und Verschiedenheit der Menschen. Eine/r ist begabt für Kunst, andere für Wissenschaften, eine/r hat flinke Hände, andere haben einen flinken Kopf. Es bleiben die „natürlichen Privilegien“ (Karl Marx) der Menschen. Ungleichheit und Verschiedenheit der Menschen wird es immer geben. Diese Unterschiede machen den Menschen zum Menschen. Die kommunistische klassenlose Gesellschaft ist eine unumgängliche Voraussetzung, um diese „natürlichen Privilegien“ entfalten zu können. Der Übergang zur vollen Reife des Kommunismus wird vermutlich Jahrhunderte dauern.

Der Kommunismus ist, einmal vollbracht, das Großartigste und Vernünftigste; er ist das „Einfache, das schwer zu machen ist“. (B. Brecht)

III. Mittelfristige Reformalternativen. Berührungspunkte zum sozialistischen Ziel

Ein zukünftiger Sozialismus wird nicht ohne eine mehr oder weniger lange, komplizierte Vorbereitungsperiode mit revolutionären „Zwischenstationen“ zu haben sein. Im Zentrum unseres Programms steht die mit der Bündnispolitik verbundene Frage nach anti-kapitalistischen Reformen und Alternativkonzepten. Ausgehend von den heutigen konkreten Umständen geht unsere Strategie von folgender Annahme aus: Der Machtergreifung durch die Arbeiterklasse wird eine lange Periode radikaldemokratischer Reformen vorausgehen, durch die dem kapitalistischen System durch Brüche in der Eigentumsstruktur und in den Machtverhältnissen grundlegende soziale und demokratische Rechte abgerungen werden. Unsere Reformziele bewegen sich in einem Vorstadium einer Zwischenetappe zum Sozialismus. Diese Möglichkeit kann jedoch nur in dem Maße zur Realität werden, wie eine organisierte gesellschaftliche und politische Kraft existiert, die bewusst diese Möglichkeiten nutzt. Mit dem Kampf um Reformen erarbeiten sich die fortschrittlichen Kräfte politische Handlungsfähigkeit und bereiten sich auf die „Möglichkeiten“ grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen vor. Zur Sicherung erreichter Reformfortschritte darf man weiterreichende Ziele nicht aufgeben, welche nur durch Mobilisierung der Mehrheit der Lohnabhängigen und Ausgegrenzten erreichbar und gestaltbar sind. In diesem Sinne begreifen wir Demokratie und Sozialismus als Weg, Zweck, Mittel und Ziel. Unter den heute bestehenden Bedingungen kann eine Erfolg versprechende radikal-demokratisch orientierte Umgestaltung der Gesellschaft nur über Schritte zur Erweiterung und Vertiefung der Demokratie erfolgen. Das ist ein langandauernder konfliktreicher Prozess, der nur gegen den Widerstand der

an der Bewahrung der alten Verhältnisse interessierten Klassenkräfte durchgesetzt werden kann. Dieser Widerstand wird umso heftiger sein, je tiefer die Umgestaltungen in die Macht- und Eigentumsverhältnisse eingreifen. Der Ausgang des Kampfes ist völlig offen. Ohne Widerstand wird es immer barbarischere Abstriche von Lebensqualität und Humanismus geben. Die Geschichte lehrt, dass ein Abwehrkampf schon verloren ist, wenn er nicht verbunden werden kann mit gesellschaftlichen Perspektiven, mit Alternativen, die für eine andere Politik stehen, die ausgehen von realen Interessenslagen der Bevölkerung. Revolutionäre Haltung erfordert Bereitschaft zum Bruch mit dem Bestehenden in jeder Phase der Politik und auf allen Feldern. Eine echte Reform muss immer der Vorbereitung und Durchsetzung revolutionärer Prozesse dienen, vor allem einem Wechsel in der Art des Eigentums an den wesentlichen materiellen Werten im Land. Wer glaubt es sei möglich durch Transformation, also durch Reformen allein zum Sozialismus vorwärts zu schreiten, hat den Kampf um eine reale sozialistische Alternative aufgegeben und predigt die Utopie eines „Sozialismus“ auf dem Boden und im Rahmen des Kapitalismus selbst. Eine echte Reform muss immer der Vorbereitung und Durchsetzung revolutionärer Prozesse dienen, vor allem einem Wechsel in der Art des Eigentums an den wesentlichen materiellen Werten im Land. Um diesen Wechsel muss ein erbitterter gesellschaftlicher Kampf geführt werden. Auf jeden Fall entsteht eine überzeugende, faszinierende Vorstellung von einem Richtungswechsel nicht am grünen Tisch, sondern aus den sozialen Kämpfen, welche aus den Widersprüchen des Kapitalismus hervorgehen.





III.1 Für einen progressiven Sozialstaat

Mittelfristig steht der Kampf für einen neuen Typ von Demokratie und Sozialstaat im Zentrum unserer Programmatik. Der Kampf um radikaldemokratische Reformen ist für uns eingebettet in den Kampf für die soziale Umgestaltung und für die Entwicklung der Demokratie über den bürgerlichen kapitalistischen Horizont hinaus. Dieser Aspekt des Kampfes um Demokratie in der kapitalistischen Gesellschaft, heute wohl der entscheidende Weg des Übergangs von der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft ist ein unumgänglicher Bestandteil des revolutionären Prozesses. Er dient zugleich der Vorbereitung der Erweiterung der sozialen, demokratischen und kulturellen Freiheiten der arbeitenden Menschen und deren Spielräume sowie der Vorbereitung der Revolution. Wir wollen diese Spielräume für eine gerechtere Nutzung des gesellschaftlichen Reichtums nützen.

Die große Mehrheit, die Arbeiter und Angestellten, brau-

chen eine völlig andere Politik. Wenn Arbeit für alle und einen fairen Lohn will, muss man das Diktat der Kapitaleseite im Wirtschaftsleben beenden. Man muss endlich die alte Forderung realisieren, dass Demokratie nicht am Werkstator enden darf. Die Arbeiter und Angestellten, die PensionistInnen, StudentInnen und alle werktätigen Menschen brauchen eine neue Gesellschaft. Eine Gesellschaft in der nicht der Profit regiert, sondern wo die Bedürfnisse der Gesellschaft vorherrschen. Solange der Staat das Kapitalinteresse vertritt, ist eine „Vergesellschaftung“ eine sozialpartnerschaftliche Illusion. Wir brauchen eine Wirtschaft, die gute Arbeitsplätze bereitstellt; die Produkte herstellt, die dem KonsumentInnen wirklich nützen; die in Bildung und Gesundheit investiert. Eine Wirtschaft, die von der Logik des Profits getrieben wird, kann all dies nicht leisten. Wir brauchen eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der nicht das Kapital, sondern der Mensch regiert.

III.2 Hauptstoß gegen die Eckpfeiler des herrschenden Systems.

Prioritäten eines anzustrebenden neuen progressiven Sozialstaates, der grundlegende menschliche Bedürfnisse sichert.

Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge vergesellschaften!

Wer die Krise und ihre Ursachen bekämpfen will, muss die Politik der Entstaatlichung, Liberalisierung, Deregulierung, der bedingungslosen Wettbewerbsorientierung sofort stoppen und schließlich rückgängig machen. Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge gehören in die öffentliche Hand, und es müssen die erforderlichen zusätzlichen öffentliche Arbeitsplätze geschaffen werden mit Schwerpunkten bei Bildung, Gesundheit und Pflege. Allein der Pflegenotstand, allein die Situation in den Krankenhäusern, in Schulen und Universitäten zeigen, wie die ganze Kürzungspolitik über Jahrzehnte das Angebot völlig ruiniert und ausgedünnt hat. Es geht nicht nur darum, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern auch darum, einen existenziellen Bedarf zu decken, wobei gleichzeitig mit öffentlicher Beschäftigung die Arbeitslosigkeit bekämpft wird.

Im Vergleich zu vergangenen Zeiten werden Arbeitskräfte freisetzende Innovationen generell beschleunigt. Die neuen Technologien haben das Potential, große Teile der Arbeit zum Verschwinden zu bringen. Gesundheitsvorsorge, Altersversorgung und Erziehungswesen in der Verantwortung der Gesellschaft, Verkürzung der Arbeitszeit versprechen eine Erosion des Arbeitskraftmarktes hin zu einem besser geschützten Arbeitsmarkt, wo die Arbeit nach dem Wert der erbrachten Leistung bezahlt wird und nicht nur nach dem Maß der notwendigen Wiederherstellung der Arbeitskraft mit einem obendrein stets abnehmenden Anteil am Nationaleinkommen. Gerade dieser letzte Punkt weist auf die bedeutende Rolle des Marxschen kommunistischen Ideals als

wertvolle Anleitung für den Umgang mit den vor uns liegenden Möglichkeiten und Gefahren hin. Die Chance für einen Schritt heraus aus der Krise und hin zu einer aufgeklärten Gesellschaft ist gegeben. Die vollen Auswirkungen dieser technologischen Revolution und die transformative Kraft ihrer weiteren Entfaltung können noch gar nicht wirklich abgeschätzt werden. Das beste Mittel, diesen unvermeidlichen Prozess in eine wünschenswerte Strategie der Vollbeschäftigung einzubringen, ist eine gesamt-gesellschaftliche, demokratisch gelenkte Staatsintervention, die sich auf das Prinzip staatlicher Interventionsprogramme und einer generellen planmäßigen Reduzierung der Arbeitszeit stützt. Ein solcher geplanter, ineinander greifender Prozess von Wirtschaftswachstum, Innovation, Vollbeschäftigung und kontinuierlicher Senkung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit könnte ohne größere Instabilität oder Stagnation und Katastrophenrisiko bewerkstelligt werden, wenn die gesamtwirtschaftliche Kapitalbewegung und damit die Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters ebenfalls vom Staat geleitet wird, in dem die Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluss hat. Ansonsten läuft der privatmonopolistisch regulierte Prozess insgesamt weiterhin spontan und anarchisch ab. Erforderlich sind in der internationalen Arena Reformen und Institutionen, die geeignet sind die ökonomischen Aktivitäten wieder anzufahren und zu regulieren, die selbst „international“ sind. Erforderlich sind globale Institutionen, die eine wesentlich breitere Basis haben und wesentlich stärker sind als IWF und Weltbank sowie



eine viel stärkere UNO. Das einzig wirksame Mittel gegen die Krise der Arbeitsgesellschaft, die „Verflüchtigung der Arbeit“ sind Vollbeschäftigung, kurze Arbeitszeit (max. 30 Stunden pro Woche) und gut bezahlte Jobs.

Eine wirksame Gegenstrategie zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise erfordert nicht nur die Enteignung und Vergesellschaftung der Banken, sondern auch die Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel insgesamt. Deren Überführung in gesellschaftliches Eigentum stellt die Voraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung einer Neuorganisation des Reproduktionsprozesses dar. Bei den derzeitigen Marktstrukturen würden bei einer Verstaatlichung der Banken dieselben Politiker das Heft in der Hand behalten und die Kontrolle ausüben, die sich für eine Deregulierung der Finanzmärkte, für die Schaffung der faulen Finanzprodukte eingesetzt, entsprechende Gesetze verabschiedet und damit die Wirtschaftskrise erst so richtig angeheizt haben. Eben darum fordert die KPÖ Steiermark die Überführung der Banken und der entscheidenden Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum sowie die demokratische und öffentliche Kontrolle durch Wirtschafts- und Sozialräte, durch Vertreter aus der Gesellschaft wie Gewerkschaften, Arbeiterkammern, Umweltverbände, globalisierungskritische Bewegungen, VerbraucherInnen etc., die selbst betroffen sind und von Betroffenen gewählt werden sowie und einer Wirtschaftspolitik verpflichtet sind, die dem Menschen dient und nicht dem Profit.

Konkret würde das bedeuten: Überführung strategisch wichtiger Konzerne in Gemeineigentum, Rückgängigmachung der schon beschlossenen Privatisierungen auf den Gebieten des Finanzsektors, insbesondere der Banken, der Bahn, des öffentlichen Nahverkehrs, der Post und Telekommunikation, der Energie- und Wärmeversorgung, der Wasser- und Abfallwirtschaft, und für ihre generelle Überführung in öffentliches und gemeinnütziges Eigentum. Dazu müsste die ÖIAG aus einer reinen Privatisierungs- bzw. Finanzholding in eine Beteiligungsgesellschaft zur langfristigen Wahrnehmung der Eigentumsrechte des Bundes im Sinne von gesetzlich klar definierten strategischen Zielsetzungen umgewandelt werden.

Einführung eines öffentlich geförderten Wirtschaftssektors, der Aufgaben übernimmt, die weder vom privatwirtschaftlichen Sektor noch vom öffentlichen Dienst ausreichend wahr genommen werden – beispielsweise in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Kultur. Die Arbeitsplätze in diesem Sektor müssen voll sozialversicherungspflichtig sein; Löhne und Gehälter müssen den geltenden Tarifverträgen entsprechen. Förderung und Entwicklung neuer (oder selten praktizierter) Formen von Gemeineigentum: für genossenschaftliche, kommunale Betriebe und für öffentlich geförderte Projekte in Trägerschaft von Vereinen und Bildungseinrichtungen.

Ökonomische Infrastrukturen einschließlich großer Teile des Finanzsystems müssen vergesellschaftet werden. Das ist notwendig, um den großen institutionellen Umbauprozess zu beginnen, ohne den eine Erholung nicht möglich ist. In-

stitutionen, deren Versagen zu Systemrisiken führt, müssen ganz oder teilweise nationalisiert werden.

Außerdem muss die Freiheit des Finanzverkehrs wieder beschränkt werden. Hierbei handelt es sich tatsächlich um einen Eckpunkt im Akkumulationsregime des Neoliberalismus. Es hat lange gedauert, bis diese Freiheit des Kapitals durchgesetzt war. Ohne diese Freiheit durch die nationalen bzw. internationalen Institutionen zu begrenzen, werden die Spekulationsexzesse des Finanzsektors nicht vermieden werden können. Schon die notwendige Begrenzung der Kreditvergabe wäre nicht möglich. Schließlich hat die Freiheit des Kapitalverkehrs im Europa der EU den Status des obersten Verfassungsranges. Es lohnt sich daher, diese Frage zum Eckpunkt des Kampfes gegen die Krise machen.

Wir haben nicht die Absicht, das private Eigentum an Produktionsmitteln in ganzer Breite anzugreifen. Wir messen Klein- und Mittelbetrieben in Bezug auf Versorgung mit Konsumartikeln und Innovation eine hervorragende Bedeutung zu. Angebot und Nachfrage sind sinnvolle Kriterien für überschaubare Sektoren wie für ein lokales Handwerk.

Eine der wichtigsten Formen des öffentlichen Eigentums ist das kommunale Eigentum. Auch hier ist besonders viel privatisiert worden. Dieser Prozess muss umgekehrt werden. Der Bau von erschwinglichen modernen Sozialwohnungen, von Kinderkrippen, Schülerhorten, Schulen und Sozialeinrichtungen gehört zu den wichtigsten Anliegen des Sozialstaates.

Ein dritte wichtige Eigentumsform – die genossenschaftliche – muss so demokratisiert werden, dass tatsächlich die GenossenschaftlerInnen als EigentümerInnen die bestimmende Kraft sind.

Das selbst genützte private Eigentum, sei es an einer Wohnung, sei es an einem Handwerks- oder Dienstleistungsbetrieb muss unter strenger öffentlicher Kontrolle stehen sowie durch Mitbestimmung und ein lückenloses Arbeitsrecht flankiert werden.

Zu den ebenso radikalen wie aktuell notwendigen Forderungen gehört eine neue Einkommens- und Vermögensverteilung einschließlich eines Steuer- und Sozialsystems, das die bisherige Umverteilung von unten nach oben umkehrt. Nachhaltige Akkumulation verlangt, dies ist eine fundamentale Erfahrung des Neoliberalismus, einen stetigen und gewichtigen Zuwachs der Masseneinkommen, das heißt der Reallöhne und Gehälter.

Der Niedriglohnsektor muss trocken gelegt werden. Entscheidend hierfür ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro / Stunde. So kann die Binnen- nachfrage gestärkt werden. Darüber hinaus müssen Minijobs und Leiharbeit zurückgedrängt und beseitigt werden. Wenn der freie Fall der Löhne am unteren Ende gestoppt wird, werden auch die Lohnstrukturen nicht weiter wegrutschen. Dies bedeutet eine Deckelung der Profite, ist also nur zu haben durch einen kompromisslosen Kampf gegen die Kapitalseite.



Das Einknicken der Gewerkschaften, die sich auf die Linie der Kapitalseite – „in Krisenzeiten müssen Lohnkosten begrenzt werden“ – eingelassen haben, ist das gerade Gegenteil dessen, was in dieser Strukturkrise sowohl im Interesse der Beschäftigten wie der Ausweitung der notwendigen Massennachfrage geboten wäre. Das Besinnen auf die eigenen Bedürfnisse und die Zurückweisung des alten Unternehmerpsalms „Wir sitzen alle in einem Boot“ gehören zur Bewältigung der Krise. Wenn in dem Boot weiterhin die Kapitalisten das Ruder in der Hand behalten, kommen wir aus dem Unwetter nicht mehr heraus.

Lebenswichtige Strukturen der Gesellschaft, wie Wohnen, Gesundheit, Bildung, Kultur und Verkehr müssen der Diktatur des Marktes entzogen werden. Der soziale und ökologische Umbau der gesamten Produktions- und Lebensweise muss mit der Umverteilung der Einkommen und Vermögen verknüpft werden.

Eine „good bank“ zeichnet sich nicht gerade durch ver-

schleierte Interbanken-spekulationen aus. Sie ist ein Finanzsystem im volkswirtschaftlichen und öffentlichen Interesse, sie muss die ökonomischen Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit fördern, durch billige Realkredite auf der Grundlage überprüfbarer Rückzahlungspläne. Kriterien dafür sind Arbeitsplätze, sinnvolle Produkte, gute Arbeit, sicheres und auskömmliches Einkommen, ein funktionierendes Gesundheits- und Pensionssystem. Zur Gesundung der Realökonomie darf dieser toxische Riesenwasserkopf nicht gerettet, sondern muss abgeschnitten werden. Um die Realökonomie zu retten und weiter zu entwickeln, muss die bisherige Art der Bankenrettung verhindert werden. Jedoch passiert derzeit genau das Gegenteil: Banken, deren Größe politisch als systemrelevant eingestuft werden, hält man mit Milliardenpaketen künstlich am Leben. Dies kommt einer Vollkaskoversicherung gleich. Das, wozu nun „nie wieder zurückgekehrt werden darf“, ist längst schon Realität geworden.

III.3 Die moderne Arbeiterklasse. Sozial differenziert – Kernbereiche ausschlaggebend

Entscheidendes Kriterium der Klassenabhängigkeit des Individuums in der Gesellschaft ist die Stellung und Funktion innerhalb des Systems der materiellen und immateriellen Produktion und Reproduktion. Zwischen den sozialen Gruppen und Individuen sind, wie stets in der Gesellschaft, die Grenzen fließend. Dennoch ergeben sich aus unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Lagen unterschiedliche Primärinteressen, die sich mit Sekundärinteressen vermitteln. Klassen und Klassenkampf sind als Termini hochabstrakte generalisierende Konstrukte, die in dieser Reinheit in der Realität nicht auftreten. Entblößt von konkreten geschichtlichen und sozialen Differenzen, hält der Begriff nur Abstrakt-Allgemeines fest. Einwände gegen die klassenanalytische marxistische Gesellschaftssicht beruhen oft auf Unkenntnis des Wesens und der Funktion theoretischer Abstraktion. Des Öfteren verbirgt man hinter Einwänden auch die Absicht von der Klassennatur der Gesellschaft abzulenken. Die ständige Abnahme der in der Industrie Beschäftigten, die enorme Zunahme des gesamten Dienstleistungsbereiches, die neue Rolle der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz werfen Fragen auf, die in der Tat eine weitere Untersuchung der neuen Produktivkräfte erfordern. Diese Tatsachen berühren aber nicht das Wesen der Analyse von Marx. Oft wird unterstellt, der marxistische Begriff „Arbeiterklasse“ beziehe sich nur auf Beschäftigte in der materiellen Produktion – ohne ein einziges Argument gegen die Marxsche Einbeziehung

der von Fabrikarbeiter zu unterscheidenden Intellektuellen oder Büroarbeiter in die Produktivkraft anzuführen. Marx stellt ausdrücklich fest, dass auch Arbeitskräfte in der immateriellen Produktion, die vom Kapitalisten zum Zwecke der Mehrwertschöpfung eingestellt werden „produktive Arbeiter“ sind. Heute treffen wir im Sektor „kommerzielle Dienstleistungen“ in neuen Bereichen wie Tourismus, Freizeitgestaltung, Kultur, Körperpflege, Unterhaltung etc. massenhaft Lohnabhängige an, die fürs Privatkapital in vielfältig gebrauchsfertiger Ausprägung produktive Arbeit leisten, also eindeutig zur Arbeiterklasse zu zählen sind.

Für Marx ist nur die in der Produktionssphäre aufgewendete Arbeit „produktiv, die direkt Mehrwert produziert, hingegen ist die in der Realisierungsphase verausgabte Arbeit „unproduktiv“. Beim heutigen Stand der Arbeitsteilung ist die Marxsche Trennung von Produktionssphäre und Zirkulation vor allem bei jenen produktionsverarbeitenden und komplementären Tätigkeiten in Forschung und Entwicklung bei Arbeitsorganisation und Überwachung, Qualitätskontrolle, Prozessprogrammierung usw. im Rahmen unternehmensbezogener Dienstleistungen tatsächlich zu grob und unbestimmt. Die Identifikation dieser Tätigkeiten als „produktiv“ – Mehrwert schöpfend wird sofort einsichtig und unstrittig, wenn man das Kategorienpaar „produktiv/unproduktiv“ nicht realitätsfern und zweiteilig trennt, sondern die Unterscheidung „unmittelbar/mittelbar produktiv“ als Gegenpol zu „unproduktiv“ einführt. Auf diese

Weise gelangen weitere Organisations-, Finanz- und realierungsbezogene Dienstleistungen in den Bereich der produktiven Arbeit, die rückwirkend Produktion stimulieren oder Beschleunigung und Verbilligung der Zirkulationsprozesse mehr oder weniger unmittelbar zur Erweiterung der Produktion und Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen beitragen.

Diese Korrektur in der Rezeptionsgeschichte der Marx'schen Kapitalanalyse bedeutet nicht, dass „alle in Abhängigkeit vom Kapital arbeitenden und lebenden“ zur Arbeiterklasse zählen, geschweige, dass alle in einem ökonomisch begründenden Sinn „produktiv“ sind oder dass gar eine Unterscheidung zwischen Warenproduktion und der biologischen Reproduktion gesellschaftlich sinnlos geworden sei.

„Produktiv/unproduktiv“ ist ein ökonomisches Begriffspaar, das nicht mit moralisierenden Assoziationen belastet und z. B. nicht mit „nützlich/unnützlich“ identifiziert werden darf. Es gibt vielerlei gesellschaftlich nützliche, ja unerlässliche Handlungs- und Tätigkeitsbereiche, die nicht produktiv sind - und umgekehrt. In der kapitalistischen Produktionsweise geht es zentral um Kapitalverwertung, um Produktion und Aneignung von Mehrwert/Profit, weshalb hier alle Arbeit produktiv ist, die Wert (der stets anteilig Mehrwert einschließt) unter den im gesellschaftlichen Durchschnitt gegebenen Bedingungen erzeugt.

Im Kapitalismus gibt es für die Bezahlung nützlicher, gesellschaftlich notwendiger Arbeit, der kein Kapitalverhältnis zugrunde liegt eine Alternative: die Errichtung eines öffentlich finanzierten Wirtschaftssektors (ÖWS), wie in die KPÖ Steiermark in ihrem „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ fordert. Unserem Vorschlag, einen öffentlich geförderten Wirtschaftssektor einzurichten liegt die Idee zugrunde, in diesen nicht profitorientierten Bereichen gemeinnützige, nicht marktfähige Arbeit in bezahlte Arbeit umzuwandeln, die aus der Besteuerung der Profite des Kapitals (u. a. Wertschöpfungsabgabe) finanziert wird.

Die Arbeiterklasse war immer differenziert, setzte sich aus Menschen unterschiedlicher Kulturen und Mentalitäten zusammen. Im 19. Jahrhundert z. B. aus ZuwanderInnen aus der Landwirtschaft und solchen, die schon in der zweiten und dritten Generation industriell und städtisch sozialisiert waren. In jeder Phase der Produktivkraftentwicklung vollzieht sich ein Strukturwandel in der Zusammensetzung des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“. Vor der Taylorisierung bestand der „Gesamtarbeiter“ vorwiegend aus handwerklich qualifizierten Facharbeitern auf der einen und unqualifizierten Handlangern, Hilfs- und Verlearderbeitern auf der anderen Seite. Mit der Ausbildung maschinenabhängiger repetitiver (sich ständig wiederholende, gleiche) Teilarbeit wuchsen so genannte Anlernertätigkeiten stark an. Mit Ausnahme von Ländern wie Österreich, wo die traditionelle handwerkliche Ausbildung weitgehend beibehalten wurde, stellten die teilqualifizierten „angelernten“ Arbeiter nunmehr die Mehrheit der industriellen Arbeiterschaft. Der Trend zum „Absinken“ von Gruppen ausbildungsmäßig qualifizierter und zum gleichzeitigen „Aufstieg“ von „Ungelernten“ zu „Angelernten“ bewirk-

te tendenzielle Homogenisierung der Arbeiterschaft im Hinblick auf Leistungsanforderungen, Belastungsformen, Lohnbedingungen, Arbeitsbewusstsein, Lebensweise. Das war ein Merkmal der fordistischen Phase.

Mit der Erosion des „fordistischen Modells“ erfolgte neuerlich ein paradigmatischer Wechsel von einer auf Massenproduktion und Massenkonsum ausgerichtete Produktionsweise hin zu einem an flexiblere Produktion und differenzierterem Konsummuster orientierten Wachstumsmodell, das neue Tendenzen von Differenzierung und zunehmender Homogenisierung der Klasse hervorbringt. Letztere Tendenz ist für die Ausformung der Subjektrolle der Arbeiterklasse von größerer Bedeutung. Die gesellschaftliche Betriebsweise bleibt auch unter den Bedingungen flexibler Automation in Produktion und Zirkulation und eines differenzierten Konsummusters industriell. Die umfassende Entwicklung und Anwendung neuer Technologien ist die Grundlage für die Anwendung industrieller Betriebsweisen auf geistige Tätigkeitsfelder, auf Zirkulation und Verteilung, auf bisher vorindustrielle Wirtschaftszweige, auf die kapitalistische Ausbeutung und Vernutzung des gesamten biologischen, körperlichen und geistigen Arbeitsvermögens des Menschen und auf ihre Lebensweise im Prozess der individuellen, gesellschaftlichen Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Das ist nichts anderes als die materielle Basis einer solchen reellen Unterordnung der Lohnarbeit unter das Kapital durch die sich – natürlich nur in der Tendenz – die großindustrielle Betriebsweise der kapitalistischen Fabrik in die gesamte Gesellschaft fortsetzt, die kapitalistischen Widersprüche sich auf höherem Niveau verallgemeinern und verschärfen. Die bisher schon mit der industriellen Großproduktion gegeben gewesenen materiellen Voraussetzungen des Sozialismus wachsen in die Tiefe und in die Breite. Die Lohnabhängigen in der Großindustrie gehören als Kern der Arbeiterklasse nicht der „fordistischen Vergangenheit“ an, sondern bilden im Gegenteil in neuen Formen mehr denn je den Hauptbezugspunkt kommunistischer Klassenpolitik.

Die Gesellschaft wird immer stärker sozial differenziert, zersplittert und individualisiert. Die Zahl der Angestellten überflügelte die der Arbeiter. Der Prozentsatz der Staatsbeschäftigten stieg etwa um das Vierfache. Es entstanden lohnabhängige Mittelschichten, deren Angehörige zum großen Teil sowohl Aufgaben im Produktionsprozess als auch Leitungsaufgaben im Kapitalverwertungsprozess übernahmen. Die Industriearbeiterklasse verband sich mit der technischen Intelligenz, wuchs bis etwa 1970 auf knapp 50 Prozent der abhängig Arbeitenden an und verringert sich seitdem. Die Zahl der Großbetriebe geht zurück. Prekäre Arbeitsverhältnisse (Leih-, Teilzeit- und Niedriglohnarbeit, befristete Arbeit, Scheinselbständigkeit) weiten sich enorm aus. Millionen Menschen wurden überhaupt aus dem gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess ausgesondert.

Rund ein Drittel aller Beschäftigungsverhältnisse sind atypisch. Besonders Frauen, die einen immer größeren Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit leisten, sind von prekären



Arbeitsverhältnissen und von der Abschiebung in Niedriglohnbereiche betroffen. Als Ergebnis jahrzehntelanger Zuwanderung ist die Arbeiterklasse multiethnisch und multikulturell geworden.

Eine immer wichtiger werdende produktive Kraft sind die Wissens- und InformationsarbeiterInnen, ein neuer Typ von Arbeit zur Produktion und Programmierung der Informations- und Kommunikationstechnologien, zu ihrem Betrieb und zu ihrer produktiven Nutzung. Durch innere Konflikte ist diese Gruppe in sich selbst zerrissen. Der Kapitalwertverwertung untergeordnet, werden die Potenziale ihres produktiven Vermögens, ihre Kreativität und schöpferische Gemeinschaftsarbeit durch hohe Abhängigkeit von kurzfristigen Verwertungsinteressen untergraben. Ihre Arbeitsplätze bleiben fremdbestimmt. Die gemeinsamen Merkmale ihrer Stellung in den Reproduktionsprozessen und in der Beherrschung der neuen Kulturtechniken machen die Wissens- und Informationsarbeiter/innen zu einer sozialen Gruppe oder auch zu einer möglichen Klassenfraktion innerhalb des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters.

Mehr als in der Vergangenheit überschreitet der Kreis der an der Mehrwerterzeugung Beteiligten durch das Netzwerk der gesellschaftlichen Arbeitsteilung jeden betrieblichen Rahmen. Damit ist jedoch nicht gesagt, dass die politische Bedeutung der schrumpfenden Kernbereiche der Arbeiterklasse als Orte der Mehrwerterzeugung gesunken wäre. Gerade „vor Ort“ müssen den Lohnabhängigen die entscheidenden Aspekte Ausbeutung und Mehrwertaneig-

nung bewusst gemacht werden. Politisch falsch ist jedoch jede Theorie der Exklusivität der Kernbereiche. Es kommt also darauf an, die Zentren untereinander national und international mit den verschiedenen Segmenten der Arbeitswelt zu vernetzen und eine breite, alle Lohnabhängigen und Ausgebeuteten, Arbeitslosen und Ausgegrenzten umfassende Bewegung der Solidarität zu initiieren und zur Entfaltung zu bringen.

Die industriellen Zentren der Welt sind zum Zentrum riesiger Migrationsbewegungen geworden. Durch institutionellen Rassismus, diskriminierende Vorschriften bei Arbeitserlaubnis, Abdrängung in die Illegalität und illegale Arbeitsverhältnisse, durch übelste Lohnrückerei, Mietwucher und andere Formen der Prellerei und Ausbeutung werden Arbeitsmigrantinnen und Flüchtlinge in Massenarmut gestürzt. Im Ergebnis jahrzehntelanger Zuwanderung ist die einheimische Arbeiterklasse multiethnisch und multikulturell geworden. Vom sozialen Umbau hart betroffen sind nicht nur Randgruppen, sondern die Mehrheit der Arbeiterklasse.

Die gewerblichen Kleinunternehmer sind als Lieferanten und Reparaturbetriebe weitgehend von den kapitalistischen Großbetrieben abhängig. Der Prozess der Trennung der Masse der Beschäftigten von den Produktionsbedingungen setzt sich kontinuierlich fort. Mit der Neustrukturierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters kam es zu einer außerordentlichen Differenzierung innerhalb der Klasse der „bloßen Eigentümer von Arbeitskraft“ (Marx).

III.4 Arbeiterklasse – geschichtlich revolutionäres Subjekt

Objektiv hat die Kernschicht der Arbeiterklasse eine besondere, nicht nur ökonomische, sondern auch politisch-strategische Stellung innerhalb der Lohnabhängigen. Sie ist gewissermaßen ihr Kern. Nach wie vor ist es die Arbeiterklasse, die über die machtpolitischen Mittel verfügt, die Kapitaloffensive zu stoppen. Sie steht vor allem in den Großbetrieben unmittelbar den kapitalistischen Konzernen gegenüber. Im Falle eines Massenstreiks kann sie das Zentrum und den Nerv des wirtschaftlichen Systems des Kapitalismus lähmen. Der Rückgang der Zahl der Großbetriebe ändert daran nichts Grundsätzliches. Die Arbeiterklasse verfügt auch heute über die Macht, die gesamte Produktion stillzulegen.

Die Arbeiterklasse als Antipode der herrschenden Kapitalistenklasse, als eine der beiden Grundklassen und unmittelbare Produzentin der kapitalistischen Produktion ist aus den von ihren objektiven Lebenslagen ableitbaren Interessen objektiv das Subjekt des historischen Fortschritts. Wenn sie die Macht ergreift, setzt sie an die Stelle der Ausbeutergesellschaft keine neue Ausbeuterordnung, sondern hebt die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überhaupt auf. So verschmilzt das Klasseninteresse der Arbeiterklasse mit dem Allgemeinmenschlichen, mit

der Emanzipation der Menschheit sowie mit der eigenen Selbstaflösung der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse ist derzeit in einem hohen Grad zum Objekt in der Produktion und in der ganzen kapitalistischen Gesellschaft degradiert und hat diese Objektrolle größtenteils hingenommen und verinnerlicht, sodass der Weg zur Verwirklichung ihrer Subjektrolle lang und äußerst mühsam und schwer ist sowie höchst widerspruchsvoll, unterbrochen durch bittere Niederlagen, verlaufen wird.

Unter den Bedingungen der Differenzierung der Sozialstruktur in der Klasse der Lohnabhängigen, ihrer rasanten Differenzierung und Individualisierung ist die Bildung von Klassenbewusstsein mehr als früher das Resultat komplizierter Bewusstseinsprozesse. Unter kapitalistischen Konkurrenzverhältnissen rückt der gemeinsame Klassenkampf mit der Belegschaft anderer Betriebe oft in den Hintergrund. Technische und organisatorische Modifikationen sowie die Umstrukturierung der Lebensverhältnisse machen die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse weniger unmittelbar erfahrbar. Sie überdecken und verzerren den Klassenkonflikt, der den Betroffenen in einem anderen Licht erscheint.

Durch die Differenzierung werden die prinzipiellen Ge-

meinsamkeiten, die sich aus den objektiven Momenten ihrer sozioökonomischen Existenz ergeben, nicht aufgehoben: Der grundlegende, unversöhnliche Klassenwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit ist weiterhin die bestimmende Achse des ganzen Gesellschaftssystems.

Die von Menschen getroffenen Handlungsweisen sind gesellschaftlich präformiert durch fundamentale Voraussetzungen, auf denen die kapitalistische Produktionsweise basiert: gesellschaftlich exklusive und autonome Verfügung der Kapitalistenklasse über die sachlichen (materiellen und monetären) Produktionsbedingungen; Existenz einer anderen sozialen Klasse, deren Angehörige von solcher Verfügung (faktisch und rechtlich) ausgeschlossen sind. Diese sozioökonomische Konstellation ist Basis der Konstitution und Reproduktion eines gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisses.

Eine formationstheoretische Periodisierung kapitalistischer Entwicklungsstadien hat von seinem Grundwiderspruch, seiner Bewegung und Entwicklung und den sich daraus ergebenden Veränderungen in den Formen der Eigentumsverhältnisse auszugehen, die sich in ihrer Herausbildung auch zum formierenden und beherrschenden Typ kapitalistischer Produktionsverhältnisse fortentwickeln. Nur mittels einer solchen lässt sich der Kapitalismus in seinem Wesen und seinen Entwicklungstendenzen begreifen.

Revolutionäres Subjekt des historischen Fortschritts ist die Arbeiterklasse nur als handelndes klassenbewusstes Subjekt. Das wird sie nur, wenn sie Einsicht in den Klassencharakter der Gesellschaft des Staates und der Politik gewinnt und die Notwendigkeit des organisierten Handelns und der politischen Organisation erkennt. Und wenn sie entschlossen die Idee der Hegemonie in die Tat umsetzt. Die Gestaltung der Arbeiterklasse und ihr Wirksamwerden als politisches Subjekt ist eine historische Möglichkeit, deren Realisierung offen und an bestimmt objektive und subjektive Bestimmungen geknüpft ist.

Das Klassenbewusstsein im Sinn eines politischen revolutionären Bewusstseins kann die Arbeiterklasse nicht allein auf Grund der eigenen Erfahrungen im spontanen Klassenkampf erwerben. „Die zur Emanzipation des Proletariats notwendigen materiellen Bedingungen werden spontan hervorgebracht, durch den Gang der Produktion“ (K. Marx). Erfahrungen, die von den Volksmassen spontan im Alltag gesammelt werden müssen von der marxistischen Theorie wissenschaftlich verallgemeinert und von „außen“ wieder in die Arbeiterklasse hineingetragen werden. Kommunistische Politik-Vermittlung ist nur auf Basis eines kritischen Gesellschaftsverständnisses und durch Einbeziehung der Alltagsmotivation möglich.

Das Klassenbewusstsein entwickelt sich ständig aufs Neue oder auch nicht. Es kann rückläufige Tendenzen aufweisen, gehemmt und zeitweilig oder auf Dauer aufgehalten werden. Solidarisches und revolutionäres Bewusstsein lässt sich nur in ständiger Auseinandersetzung mit der von den Herrschenden gegen die große Mehrheit des Volkes ausgeübten Politik und deren kulturellen und weltanschaulichen Orientierungen entwickeln.

Zur Durchsetzung der Subjektrolle selbst ist eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer Revolution vor sich gehen kann. „Die Revolution ist nicht nur nötig, weil die herrschende Klasse auf keine andre Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen Dreck von Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden“ (K. Marx)



III.5 Vereinigung von Arbeiterbewegung und revolutionärer Intelligenz

Grundlegende soziale Errungenschaften, neue, höhere Kulturen werden nie ohne die Massen, ohne eine wesentliche Veränderung ihrer Lebenslage geschaffen und nicht ohne ihre Initiativen. Aber in keinem bekannten historischen Fall ging der erste schöpferische Impuls für revolutionäre Veränderungen ideologisch, organisatorisch von ihnen aus. Erst wenn in einer gesamtgesellschaftlichen Krise revolutionäre Intellektuelle Massen der Unterdrückten für die Revolution organisierten, ergaben sich neue Perspektiven. Auch die politische Arbeiterbewegung ist von aus dem Bürgertum kommenden Intellektuellen begründet worden, was keineswegs ausschließt, dass die aktivsten proletarischen Elemente früh eine eigene Rolle in kommunistischen Parteien spielten und in der Tendenz selbst Intellektuelle wurden. Eine Kommunistische Partei muss sich bemühen selbst Intellektuelle hervorzubringen, die in mehrfacher Hinsicht mit der Arbeiterklasse verbunden sind: durch die Ideen, durch ihre soziale Herkunft und ihre Verwurzelung

in der Arbeiterbewegung. Die Vereinigung von Marxismus und Arbeiterbewegung stand am Anfang der marxistischen Parteikonzeption und ist in ihren Intensionen bis heute nicht überholt.

„Das Wunder des Arbeiters, der täglich seine geistige Autonomie erobert und die eigene Freiheit, Ideen in eine Ordnung zu bringen, der gegen die Müdigkeit, die Langeweile kämpft, gegen die Monotonie der Geste, die das Innenleben zu mechanisieren und folglich abzutöten droht, dieses Wunder organisiert sich in der Kommunistischen Partei, die das Instrument und die historische Form eines inneren Befreiungsprozesses ist, durch den der Arbeiter von einem Ausführenden zu einem Initiator, von der Masse zum Führer, vom Arm zum Kopf und Willen wird. (...) Dass alle Mitglieder einer politischen Partei als Intellektuelle angesehen werden müssten, ist eine Feststellung, die zu Karikaturen Anlass geben könnte; dennoch, genau genommen ist nichts exakter als dies!“ (A. Gramsci)

III.6 KPÖ – Marxistische Partei der Arbeiterklasse

Seitdem die Parlamentsparteien den Übergang des großen Kapitals zur „neoliberalen Modernisierung“ mitvollzogen haben, geraten sie alle mehr oder weniger dramatisch in Konflikt mit den Lohnabhängigen, Scheinselbstständigen, Arbeitslosen und Teilen des Mittelstandes, deren Wählerstimmen sie haben wollen, deren Interessen sie aber verletzen. Objektiv fehlt als Reaktion auf die Konformität der Parlamentsparteien im Geiste des Neoliberalismus nicht schlechthin eine Protestpartei, sondern eine marxistische Partei mit Masseneinfluss, die die Interessen der Lohnabhängigen und Ausgegrenzten wirksam vertreten kann. Heute wird eine derartige Partei immer dringender gebraucht. Ohne eine wirklich marxistische Partei mit Masseneinfluss wird eine latente Krise unseres Parteiensystems für die von der neoliberalen Politik Betroffenen weiter bestehen bleiben.

Der spezifische Beitrag der marxistischen Partei besteht darin, die Kämpfe um Reformen auf einen revolutionären Prozess auf Überwindung des Kapitalismus auszurichten. Das kann nur gelingen, wenn die kommunistische Partei der zielbewussteste Teil der Klasse ist. Jeder nur denkbare Weg zum Sozialismus hat eine starke Vorhut, in Gestalt einer marxistischen Partei, zur Voraussetzung. Wir stellen an uns den Anspruch, eine Partei der Arbeiterklasse zu werden, die die bestehenden Herrschaftsverhältnisse in emanzipatorischer Absicht bekämpft und sich so entwickelt, dass sie Trägerin des historischen Fortschritts wird. Ohne Bestehen einer integren, opferbereiten und gut organisierten Partei, die den revolutionären Gehalt des Ursprungs ihrer marxistischen Prägung beibehält und ständig erneuert, kann eine

marxistische Partei keine revolutionäre, ineinander verwobene strategische Linie und taktische Zielstellung erarbeiten und im Klassenkampf variantenreich durchsetzen.

Die Arbeiterklasse braucht eine Partei von Kommunist/innen, die „theoretisch der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang um die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraushaben“, die Zukunft der Bewegung vertreten, weil sie praktisch „der entschiedenste, immer weitertreibende“ Teil der Arbeiterparteien aller Länder sind. Marx und Engels haben nicht übersehen, dass unter Bedingungen der politischen Einflusslosigkeit die Parteienfrage für die Arbeiterklasse zunächst darin besteht, sich erst einmal aus dem Schlepptau der Bourgeoisie zu lösen, „eine selbstständige geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterklasse herzustellen“, in der die Stellung und Interessen des Proletariats unabhängig von bürgerlichen Einflüssen diskutiert werden.

Die historische notwendige langfristige Gestaltung einer solchen Partei muss von ihrer Gründung an ideologisch, politisch aktiv und theoretisch-programmatisch begonnen werden. Die Übergangszeit zu einer marxistischen Partei mit Masseneinfluss ist für die fortschrittlichen Teile der Arbeiterklasse insofern ein Lern- und Sammlungsprozess, als es der Partei gelingen muss, sich in den Betrieben, Gewerkschaften und Kommunen zu verankern, um dort die Meinungsführerschaft zu erobern. Das kann nur dann gelingen, wenn die Kommunist/innen in großen und kleinen Kämpfen den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit herausarbeiten und die Frage des Eigentums in den Mittelpunkt rücken, radikale und weitergehende Forderungen



gen in die Bewegung tragen, sie dort diskutieren und Menschen dafür gewinnen. Die differenzierte Arbeiterklasse muss sich als die eine dem Kapital und dessen Staat gegenüberstehende soziale Großgruppe Arbeiterklasse erkennen. Der bewusste Teil der Arbeiterklasse muss den Tageskampf gleichzeitig immer wieder dazu benützen, diesen in vollem Umfang klassenbewussten Teil zu erweitern.

Nur so erfährt sich die Arbeiterklasse unmittelbar als wirkungsvolles Subjekt, nur so spürt und verarbeitet sie ihre Kraft, sowie den Umgang mit dieser Kraft in der Praxis in Gestalt von revolutionärer Erfahrung. „Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als umwälzende Praxis gefasst und rationell verstanden werden.“ (K. Marx)

Das Missverhältnis zwischen den gewachsenen objektiven Möglichkeiten und dem erreichten Grad der Orientierung und Organisation kann überwunden werden, wenn „die Theorie zur materiellen Gewalt (wird), sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig die Massen zu ergreifen, sobald sie am Menschen demonstriert, und sie demonstriert am Menschen, sobald sie radikal wird.“ (K. Marx)

Kommunist/innen engagieren sich uneigennützig und möglichst kompetent als Teil der Arbeiterbewegung in Betrieben, Gewerkschaften, Kommunen, auf Universitäten, in den demokratischen Frauen- und Jugendbewegungen bzw. in den Strukturen des Widerstandspotentials in sozialen Umwelt- und Antiglobalisierungsbewegungen. Sie respektieren deren Selbständigkeit und bekämpfen Bestrebungen der hegemonialen, herrschenden Kräfte, diese zu vereinnahmen.

Die KPÖ muss sich besonders bemühen, ihre Mitgliedschaft in Richtung einer Erhöhung des Anteils hochqualifizierter, mit der industriellen Betriebsweise eng verbundener bzw. in belegschaftsstarken Großbetrieben tätiger klassenbewusster und kämpferischer Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Intellektueller mit hohen Leitungs- und Wissenschaftsqualifikationen zu verstärken. Der Prozess der „Wiedervereinigung“ von wissenschaftlichem Kommunismus und Arbeiterklasse hat unbedingt die Konsolidierung marxistischer Kräfte in der KPÖ, ihre aktive Einflussnahme auf Theoriebildung, Aktionseinheits- und Bündnispolitik, Öffentlichkeitsarbeit, Personal- und Finanzpolitik zur

Voraussetzung. So unumgänglich eine Konzentration der Kräfte auf die Tätigkeit in der Arbeiterklasse und die enge Verbundenheit mit ihr auch ist, jedes „Edelproletariat“ ist der Sache der Arbeiterklasse abträglich, engt den Horizont der Partei ein. Können die aus dem Erwerbsleben Ausgegrenzten und prekär Beschäftigten maßgebliche Träger und Initiatoren des Widerstands sein? Ja, insoweit sie sich eng mit den in der Produktion stehenden Teil der Arbeiterklasse solidarisieren und mit ihnen eine Kampffront bilden. Ihre „Identifizierung“ als ein „neues Subjekt der Veränderung“ ist jedoch nicht zutreffend und grenzt fast an Sektierertum. Denn ihre Lebenslage drückt eine begrenzte Interventions- und Handlungsfähigkeit aus. Sie verhalten sich in der Regel politisch abstinent, weil die bedrückenden Erfahrungen von Unsicherheit und scheinbarer Nutzlosigkeit einen großen Teil Lebensenergien absorbieren und perspektivischen Phantasien und Gedanken kaum einen Entfaltungsraum bieten. Es ist gerade ihre Randständigkeit, die Protest und Widerstandaktion leicht ins Leere laufen und auch Gewalt zu einem bloßen Ausdruck dieser Hilflosigkeit werden lässt. Trotz aller eingetretenen Veränderungen ist die Einschätzung wohl immer noch gültig, „dass die Ideen des Sozialismus am frühesten und am leichtesten von den am besten gestellten Arbeiterschichten aufgenommen werden können“ (Lenin). Die in diesen Kernbereichen des Industriesystems Beschäftigten haben immer noch die wirkungsvollsten Möglichkeiten zum Widerstand. Es geht darum, alle veränderungswilligen Kräfte anzuziehen und zu bewegen, dass sie sich nicht in ihren Sonderinteressen abschließen, sondern um den revolutionären Teil der Arbeiterbewegung formieren.

Die Belegschaften der Konzerne sind der Teil der Klasse, bei der objektiv die Herausbildung des internationalen Charakters der Klasse am weitesten fortgeschritten ist. Sie bilden jenen Teil, der die kapitalistische Produktion am empfindlichsten treffen kann. Es ist notwendig, die Zersplitterung der internationalen Arbeiterklasse zu überwinden und ein Bewusstsein für die gemeinsamen Interessen zu entwickeln. Was konkret ansteht, sind weltweit koordinierte Solidaritätsanstrengungen der Belegschaften der Weltkonzerne und die Koordination der Gewerkschaften.

III.7 Die Rolle der Wissenschaften und Universitäten

Gesellschaftlicher Fortschritt in Richtung auf Alternativen zum heutigen Kapitalismus mit seiner hochkomplexen Vergesellschaftung und seinen hoch entwickelten Technologien ist wohl nur erreichbar, wenn sich Trägergruppen der heute modernsten Technologien, die Wissens- und InformationsarbeiterInnen, real als Klassenfraktion formieren und sich als solche an den Auseinandersetzungen im gesellschaftlichen Raum an den sozialen Konflikten aktiv beteiligen. Die Entwicklung zu einer zunehmend technischen Welt macht es notwendig, die Probleme, die aus den Fortschritten der Wissenschaft für das Leben der menschlichen Gemeinschaft erwachsen, gründlich zu studieren.

Eine zentrale Rolle spielen die Hochschulen. Sie sind – wie sämtliche öffentliche Bildungsinstitutionen – ideologische Staatsapparate, deren Konzeption und Entwicklung nicht isoliert von den sozialen Kräfteverhältnisse verstanden werden kann, deren „Verdichtungen“ sie sind. Als solche sind sie selbst Kampfplätze sozialer Auseinandersetzungen. Nach marxistischem Verständnis sind Forschung und Technologie niemals neutral, die Verantwortung für ihre Folgen ist eine Herausforderung für die Wissenschaften wie für die gesamte Gesellschaft. Ökonomisierung und Privatisierung von Wissenschaft und Forschung widersprechen einem zukunftsfähigen, gesellschaftlich orientierten Wissenschaftsverständnis. Die Kritik herrschender Verhältnisse bleibt eine permanente Aufgabe von Wissenschaften. Zentrale Elemente der Wissenschaften sind Unabhängigkeit von institutionellen und betriebswirtschaftlichen Interessen, Transparenz und Verantwortlichkeit. Diese müssen gegen den gesellschaftlichen, wissenschaftlichen Mainstream, der sich in das neoliberale Leitbild der regierenden Politik einbettet, ja dieses wissenschaftlich verstärkt und sogar vorantreibt, erstritten werden. Wer den Kampf in den Bildungsinstitutionen und um sie führen will, muss dort ansetzen, wo Bildungs- und Ausbildungsfunktionen in Widerstreit zueinander treten. Hierzu ist mehr nötig als lediglich die Kritik an sozialen selektiven Zugangschancen zur Universität (auch wenn solche Kritik wichtig ist). Zugleich muss sich der Blick auf das Wissenschaftssystem und die Bildungsinhalte selbst richten.

Entscheidend ist zu erkennen, dass Bildungsinstitutionen stets von einer Doppelfunktion geprägt sind: Bildungsaufgaben, die auf Persönlichkeitsentfaltung, Weltverständnis und politische Partizipationsfähigkeit zielen, stehen Ausbildungsaufgaben gegenüber (und mitunter entgegen), die über die Tätigkeit entscheiden, die ein Bildungssubjekt in der Gesellschaft ausüben soll. Zum Problem wird die Ausbildungsfunktion insbesondere dann, wenn Bildungsvorgänge auf Kosten kritischer Reflexionsformen auf diese Funktion reduziert werden und wenn sie – ein kapitalistisches Spezifikum – einer Verwertungslogik unterworfen wird, die ihren letzten Zweck im Profit hat. Unter den Bedingungen kapitalistischer Lohnarbeit verweist das Verhältnis von Bildung und Ausbildung auf einen grundsätzlichen Widerspruch der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Der Kampf um eine andere Universität, deren Realisierung den Kampf um eine andere Gesellschaft voraussetzt, bedarf einer Bildungs- und Universitätsidee, die das gemeinsame Interesse der Wissenschaft darin sieht, dem kategorischen Imperativ zu folgen, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (MEW, Bd. 1, S. 365). Der Einheitssinn der Wissenschaften kann nicht zurückerlangt werden, wenn sie ihre Autonomie innerhalb der Akademie lebt. Eine so verstandene Universitätsidee könnte einen wesentlichen Beitrag leisten zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen Ideen zu Institutionen werden. Wo der gesellschaftliche Gesamtzusammenhang durch ein ökonomisches Effizienzkriterium der Profitmaximierung den gesellschaftlichen Praxis- und Reflexionszusammenhängen entzogen wird, kann sich wissenschaftliche Autonomie nicht im Einklang mit dem Bestehenden beweisen. Die Idee einer anderen Universität muss sich in einer Politisierung der Wissenschaften begründen, die ihre Würde aus dem Zusammenspiel von negativen und positiven Kritik des Bestehenden gewinnt. Dieses Zusammenspiel ist letztlich in der Lage, die Einheit von Theorie und Praxis zu stiften, an der die bürgerliche Aufklärung scheitern musste.





III.8 KPÖ und Weltanschauung

Als eine marxistische Partei ist die KPÖ zugleich eine Weltanschauungspartei und eine der Vielfalt. Unsere Ideologie ist nicht wie die großen Weltreligionen seit tausenden Jahren ein starres, unverändertes Dogma. Der Marxismus entwickelt sich mit der unaufhörlichen Entwicklung der Wissenschaft weiter. Er umfasst außer der „Politischen Ökonomie“ und der Revolutionstheorie auch die Wissenschaft von der Erforschung der Dialektik als Bewegungs- und Entwicklungsgesetze der Natur, der menschlichen Gesellschaft und des Denkens und macht die gewonnenen Erkenntnisse für das schöpferische Denken und Handeln der Menschen aneigen- und nutzbar. Der Marxismus verfolgt jede Strömung auf dem Gebiet der Philosophie, der Ästhetik, der Naturwissenschaften ohne Vorurteile, befragt sie nach Beiträgen und Schlussfolgerungen für eine vollständige Sicht der Welt und die Erklärung der Gegenwart. Aus einem immer konkreter werdenden, die wirkliche Welt widerspiegelnden Weltbild formt der Marxismus seine materialistische Weltanschauung, die Grundlage des kollektiven Handelns von Kommunist/innen. Unsere Theorie ist eine Theorie für die Praxis, die nicht willkürlich ist, sondern rational rekonstruierbaren Gesetzen der Natur sich fügend, gestaltend in sie eingreift. Erst auf der Grundlage der entdeckten Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten erlangt die Partei die Fähigkeit, Grundzüge der künftigen Entwicklung der Gesellschaft zu prognostizieren. Unser Atheismus ist motiviert vom Streben die Welt begreifbar zu machen, damit sie der Freiheit des mit Vernunft handelnden Menschen zugänglich ist. *„Der religiöse Widerschein der Welt kann überhaupt nur verschwinden, sobald die Verhältnisse des praktischen Werktagelbens den Menschen durchsichtig vernünftige Beziehungen zueinander und zur Natur darstellen“* (Marx).

Für uns ist Religion Privatsache jedes einzelnen Menschen und hat in Bezug auf die Parteimitgliedschaft überhaupt keine Relevanz. Wir sind für Religionsfreiheit und die Freiheit der Nichtreligiosität. Wir sind für die Zusammenarbeit mit Kirchen und kirchlichen Kreisen in Fragen des Friedens, der Bekämpfung der Armut, des sozialen Engagements und humanistischer Ziele.

Die Vielfalt unseres Parteiverständnisses resultiert aus unserem Meinungspluralismus im Rahmen des Marxismus, aus unserer Orientierung auf einen Sozialismus demokratischen und antipatriarchalen Charakters sowie aus der Verknüpfung des Internationalismus mit den nationalen

Besonderheiten, den Traditionen unseres Landes mit der föderalistischen Eigenart unserer nationalen Identität. Wir entwickeln unsere Vorstellungen auf der Grundlage unseres Wirkens in Österreich, in Europa und weltweit. Die KPÖ beansprucht keinerlei exklusive Rechte. Sie wird aus der Regierungsverantwortung genauso wie jede andere Partei von der Mehrheit der WählerInnen abberufbar sein. Eine Kommunistische Partei wird im Sozialismus weiter an Ansehen gewinnen, wenn sie herangereifte Probleme erkennt, sie mit den Menschen kollektiv diskutiert und wenn sich herausstellt, dass sie die besseren Lösungsvorschläge einbringt. Innerhalb der Partei und in der Öffentlichkeit ringen wir nicht darum, unsere Unterschiede zu integrativen Reformparteien zu verwischen, sondern darum, dass unsere sozialistische Alternative zum Kapitalismus weiterentwickelt bzw. wahrgenommen wird.

Eine unverzichtbare Aufgabe der Partei ist der Kampf gegen den, seinem Wesen nach, zutiefst antidemokratischen, fortschrittsfeindlichen und reaktionären Antikommunismus. Der Antikommunismus nimmt im System der bürgerlichen Ideologie eine zentrale Stellung ein, ist wichtigste ideologisch-politische Waffe im Kampf gegen die sozialistische Ideologie und ihre Träger, gegen sozialistische Gesellschaften sowie gegen Ideen des Humanismus und Fortschritts. Ziel des Antikommunismus ist es zu verhindern, dass eine reale gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus Gestalt annimmt. Seit langem zeichnet es sich ab, dass die Jahre 2009 und 2010 eine „Hoch“zeit des Antikommunismus sein werden. Wie mies sich der gegenwärtige Kapitalismus auch präsentiert, der vor 20 Jahren liquidierte Sozialismus „muss“ einfach noch schlimmer gewesen sein. Aufgabe eines kommunistischen Parteiprogramms ist es, in grundsätzlicher Weise den marxistischen Standpunkt gegen diese antikommunistische Flut zu stellen und unsere wider den Mainstream gerichteten Geschichtspositionen zu vertreten. Das Sozialismusbild, das wir mit diesen programmatischen Thesen mitformen wollen, ist weder Modell noch Kopie, es kann nur heroische Schöpfung der österreichischen Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner sein.

Eine Vereinigung der KPÖ mit einer anderen österreichischen Partei ist dann wünschenswert, wenn durch die Fusion keine beliebige linke Sammelbewegung entsteht sondern der marxistische Charakter der neu gebildeten Partei gewahrt bleibt.

III.9 Progressiver Nationalstaat – Basis und Hauptstütze von Gegenmacht

Wie der neoliberale Staat die Interessen Großkapitals schützt, muss sich eine demokratische Reformbewegung auf einen erst zu erkämpfenden, neuartigen Sozialstaat stützen können, der der Wohlfahrt seiner Bürger verpflichtet ist und in dem die Lohnabhängigen das entscheidende Wort zu sprechen haben. Ein solcher Staat muss den Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung sofort beenden. Die entscheidende Aufgabe einer durch einen Politik- und Machtwechsel an die Regierung gekommenen Volksbewegung muss alle Mittel des Sozialstaates dafür einsetzen, den Einfluss der transnationalen Konzerne zurück zu drängen, das Monopolkapital der Kontrolle durch den Staat zu unterwerfen und zur Respektierung nationaler Regelungen zu zwingen. Dazu müssen die Nationalstaaten ihre Regulierungsfähigkeit zurückgewinnen. Es geht um die Kontrolle und die Regulierung der Wirtschaft, um die Unterordnung der Profitwirtschaft unter die gesamtgesellschaftlichen Interessen des Volkes. Anders als durch die Rückeroberung des Staates durch die revolutionären Kräfte ist es unmöglich, eine progressive Sozialpolitik zu betreiben. Dazu braucht der Staat Organe, die mit umfangreichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kompetenzen ausgestattet sind, um, wenn nötig auch mit Mitteln des außerökonomischen Zwangs eingreifen zu können. Der neue Sozialstaat darf nicht davor zurückschrecken mit administrativen Mitteln in die Maschinerie des deregulierten Kapitalismus einzugreifen und neoliberale Spielregeln durch Reformen begünstigende Rahmenbedingungen zu ersetzen. Wenn Vermögens- und Kapitalsteuern tatsächlich als Umverteilungshebeln nach unten wirksam werden sollen, müssen Gewinnverschiebungen in der konzerninternen Verrechnung durch staatliches Eingreifen verhindert werden. Rigorose staatliche Kapitalverkehrskontrollen und -beschränkungen, Genehmigungspflicht für bestimmte Transaktionen, staatliche Preisfestsetzungen für strategisch wichtige Grundnahrungsmittel etc. könnten Produktionsverlagerungen, Gewinnverschiebungen in Ausland und Spekulationsgewinne, das massenhafte Vernichten von Arbeitsplätzen sowie das Beschneiden von Löhnen und Gehältern stoppen. Die mit der Privatisierung aus der Hand gegebenen Mittel für ökonomische Einflussnahme und Regulierung muss sich der Staat durch Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel wieder zurückholen. Letzen

Endes läuft alles darauf hinaus, dass der Staat dem Kapital Zügel anlegt und seine Institutionen in Einflussphären des öffentlichen Eigentum verwandelt, die in Händen einer progressiven Volksmacht liegt. Der Kampf für eine grundlegende Änderung der politischen Rahmenbedingungen muss zunächst auf der nationalstaatlichen Ebene geführt werden, um dann die Macht der EU und darüber hinaus die gesamte neoliberale Globalisierung zu behindern, zu bremsen, zu stoppen und schließlich ganz zu Fall zu bringen.

Erst dann, wenn jedes Land das Recht hat über seine Geschicke frei zu entscheiden, und eine demokratische und internationalistische Kontrolle und Steuerung des Bankensystems durch internationale Organisationen erfolgen wird, sind Kapitalverkehrskontrollen, Besteuerung von Transaktionen des Geld- und Finanzkapitals wichtige Bausteine für die Rückgewinnung einer gesellschaftlichen Steuerung möglich. Unerlässliche Voraussetzung für einen demokratischen Inhalt der Internationalisierung ist eine Reregulierung der neoliberalen internationalen Finanzmärkte sowie die Reorganisation vorhandener bzw. Neuschaffung demokratischer Institutionen, die die Macht der Finanzmärkte einschränken und kontrollieren können.

Nichts kann den Kampf im eigenen Land ersetzen. Die verbreitete These, dass der Kampf auf nationaler Ebene ausgeschöpft sei, ist so falsch, wie die Unterlassung der Notwendigkeit des Kampfes auf internationaler Ebene. Die Verteidigung der österreichischen Neutralität und nationalstaatlichen Souveränität, sowie die Verteidigung der erkämpften demokratischen Rechte und sozialstaatlichen Errungenschaften hat nichts mit Nationalismus zu tun. Die KPÖ kämpft für das Zustandekommen einer internationalistischen Allianz gleichberechtigter Nationalstaaten. Dieses Ziel kann nur in Konfrontation zum ökonomischen und militärischen Block des EU-Imperialismus erreicht werden, der die Souveränität der Nationalstaaten einschränkt und sich in Richtung eines chauvinistischen Projekts eines Superstaates entwickelt.

Aus kommunistischer Sicht steht also nicht die „Abschaffung“ des Nationalstaates auf der Tagesordnung, sondern die Umformung vom Staat des Monopolkapitalismus in progressive Sozialstaaten, der wenn sie auf Dauer bestehen wollen, Schritte in Richtung Sozialismus machen muss.

III.10 Zivilgesellschaft und Klassenkampf

Die bürgerliche Gesellschaft hat bedeutende zivilisatorische Errungenschaften hervorgebracht, die es zu bewahren und zu mehren gilt. Jedoch darf nicht ignoriert werden, dass der Kapitalismus keineswegs zur Demokratie drängt, sich in seinen Zentren aber sehr wohl nichtdiktatorischer Formen der Abhängigkeit und Unterdrückung bedient. Der Fortschritt wird immer wieder durch die zerstörerische Eigendynamik des Kapitalismus in Frage gestellt. Leider leben wir nicht, wie manche Linke meinen, in einer von vorwärtsstrebenden Kräften dominierten zivilisationsgeschichtlich progressiven Phase. Im Gegenteil. Die vielgerühmte Zivilisierung der Weltgemeinschaft hat den Rückwärtsgang eingelegt.

Mit gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln, offiziell wie inoffiziell verselbstständigt sich der Polizeiapparat unter dem Deckmantel des Bürgerschutzes, jenseits jeglicher demokratischer Kontrolle. Vordergründig dient die Perfektionierung des Überwachungsstaates durch Großen Lauschangriff, Rasterfahndung und Aushöhlung des Datenschutzes der Bekämpfung der rasanten Kriminalitätsentwicklung. In Wirklichkeit birgt die Bspitzelung durch Polizei und neuerdings auch durch die Geheimdienste des Bundesheeres für die BürgerInnen mehr Gefahren als Nutzen und bedeutet Abbau von bürgerlichen Rechten.

Die zerstörerische Dynamik des Kapitalismus transformiert das Prinzip der Profitmaximierung in die Kultur und Ideologie. Deshalb darf man aus der Anerkennung einer relativen Selbständigkeit und der spezifischen soziokulturellen Artikulationsebene der Zivilgesellschaft nicht den Schluss ziehen, dass sich Politik, soziale Bewegung und Kultur der totalisierenden kapitalistischen Vergesellschaftungstendenzen entziehen könnten. Es darf nicht unberücksichtigt bleiben, in welchem hohem Grade Hegemonie und Herrschaft des Kapitals in all ihren Formen, Ebenen und Lebensbereichen sowohl parlamentarische und exekutive Strukturen als auch einen Großteil zivilgesellschaftlicher Organisationsformen in das Verwertungsinteresse des Kapitals integriert, sie unterordnet, abhängig macht, aufkauft, ausgrenzt und letztlich Kapitalismuskritik absorbiert.

Mit der Macht der transnationalen Medienkonzerne wird eine geistige Diktatur über alle Nationen und menschlichen Gemeinschaften errichtet. Die Expansions- und Unterdrückungspolitik wird mit der Aura von Demokratie und Menschenrechten umgeben. Kapitalismuskritische, sozialistische Ideen haben nur marginalen Einfluss. Im Fernsehen sind kommunistische Sichtweisen praktisch überhaupt nicht vertreten.

Die bürgerliche Zivilgesellschaft ist kein Gegenpol zu kapitalistischer Macht. Die Zivilgesellschaft ist das Ensemble einer ganzen Palette von Institutionen, die zwischen Staat und Ökonomie geschaltet sind, durch die eine herrschende Klasse, jenseits des herrschenden Zwangs, die freiwillige Zustimmung zu ihrer Produktionsweise, Politik, Ideologie und Kultur herstellt und sichert. In Ausbeutergesellschaften, insbesondere im entwickelten Kapitalismus ist die Zivilgesellschaft die allgemeine, alltägliche und kulturelle Sphäre, in der das Kapitalverhältnis eingebettet ist und in der sie sich reproduziert, wobei die geistige Macht, die auf Engste mit Kultur verwoben ist, subtil und durch tägliche Gewohnheiten verbreitet wird.

Die Zivilgesellschaft ist gleichzeitig der Ort des Klassenkampfes, an dem um das Bewusstsein der Massen gerungen wird und an dem sich der Kampf um die Hegemonie abspielt. Evolutionspotentiale der bürgerlichen Gesellschaft mussten immer dem bestehenden Machtsystem abgerungen werden. Auch mögliche Zivilisationsgewinne des 21. Jahrhunderts werden das Ergebnis der Kämpfe der Arbeiterbewegung und progressiver demokratischer Bewegungen sein. Geistige, ideologische Vorherrschaft ist die Voraussetzung für den siegreichen Kampf um die Macht.

Heute, da der entfesselte Kapitalismus Fortschrittspotenziale der parlamentarischen Demokratie durch destruktive Maßnahmen fortwährend einengt, ist es notwendiger denn je, auch auf dem Gebiet der Zivilgesellschaft die Angriffe auf zivilisatorische Errungenschaften abzuwehren und für die Durchsetzung neuer zu kämpfen.



III.11 Die Krise der Arbeiterbewegung

Da ein grundlegender Wechsel der Macht nicht ohne eine grundlegende politische Systemänderung erfolgen kann, finden revolutionäre Umwälzungen nicht automatisch statt. Sie beruhen zwar auf objektiven Voraussetzungen und sind eine Reaktion auf die Zerfallstendenzen einer überholten Gesellschaftsformation. Die neuen Gestaltungsmöglichkeiten müssen jedoch von veränderungsbereiten und organisiert handelnden Kräften aufgegriffen werden. Dass sich diese Kräfte in weiten Teilen der Welt erst noch konstituieren müssen, ist offensichtlich. Realistischerweise muss eingestanden werden, und das gilt für alle antikapitalistischen Kräfte, dass auf den radikalen Bruch sowohl theoretisch und konzeptionell als auch organisatorisch niemand vorbereitet ist.

In diesem Sinne lässt sich sagen, dass die sozioökonomischen Verwerfungen von einer Krise der gesellschaftlichen Alternativen begleitet werden. Wenn unter Marxisten von der Krise die Rede ist, dann ist damit nicht nur der Einbruch der Weltwirtschaft gemeint. Die wichtigste Krise ist die der Arbeiterbewegung. Eigentlich sollte die Rechte durch die kapitalistische Krise in die Defensive geraten, stattdessen sind wir es. Notwendig wäre nicht nur eine bessere und entschlossener Politik der Gewerkschaften, sondern deren grundlegende Transformation in eine revolutionäre Massenorganisation aller Lohnabhängigen. Nötig sind selbstkritische Debatten z.B. darüber, warum die Beschäftigtenorganisationen selbst in Boom-Zeiten eher Rückschritte, als Erfolge zu verzeichnen hatten. Der vergangene Aufschwung war der erste, in dem die Reallöhne stagnierten bzw. sogar sanken. Durch betriebliche Standortvereinbarungen – die sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten etabliert haben und zumeist Lohnverzicht im Gegenzug für Arbeitsplatzgarantien beinhalten – ist das Vertrauen der Mitglieder und Belegschaften in den Gewerkschaften erodiert und das Selbstvertrauen in die Durchsetzbarkeit von Alternativen zurück gegangen. Angesichts der Krisenlasten, die auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden sollen, sind die bisherigen Mobilisierungsansätze zaghaft und der dramatischen

Situation alles andere als angemessen. Das dicke Ende kommt erst.

Es muss sichtbar werden, dass es in der Gewerkschaft Kritik am Abwarten und Stillhalten gibt. Der Bruch mit der Stellvertreterpolitik der Gewerkschaftsführungen ist notwendig, um wirksam gegen Stellenstreichungen und Lohnkürzungen zu kämpfen. Die Belegschaften müssen so weit gebracht werden, dass sie selbst ihre Interessen vertreten. Notwendig sind Diskussionen über Demonstrationen, Streiks und Betriebsbesetzungen. Zudem gilt es Kritik am Kapitalismus und die Eigentumsfrage in den Belegschaften zur Diskussion zu stellen. Wir brauchen wieder eine politische Perspektive. Ein pragmatisches „so viele Arbeitsplätze wie möglich zu retten“ kann das nicht ersetzen.

Auch die internationale Arbeit der Gewerkschaften ist, gemessen an ihrer Notwendigkeit, stark unterbelichtet. Dass Beschäftigungsgruppen aktiv von den Erfahrungen anderer Belegschaften lernen und international gemeinsame Strategien entwickeln, findet so gut wie nicht statt. Wenn überhaupt, dann gibt es Euro-Betriebsräte oder ähnliches, aber keine Belegschaftsnetzwerke, die das selbst voran treiben. In der aktuellen Krise reicht es nicht aus, wenn nur Spitzenfunktionäre aus Gewerkschaften und Betriebsräten international zusammen kommen. Es ist wichtig, dass auch die Beschäftigten selbst einander begegnen, sich untereinander austauschen, voneinander lernen. Auch die andere Aufgabe, nämlich strategische Debatten zu führen, ist unbedingt notwendig. Von den europäischen Betriebsräten funktioniert der Großteil immer noch so, dass sie sich ein Mal im Jahr treffen, um Informationen auszutauschen. Viele sind auch völlig von den Vertretern des Landes dominiert, in dem der Konzern seinen Stammsitz hat. Eine gemeinsame Suche nach neuen gewerkschaftlichen Strategien findet dagegen nur ungenügend statt.

Internationale Solidarität darf nicht nur als Hilfe für die anderen, sondern muss als ein gemeinsames Lernen begriffen werden, um die Arbeit vor Ort effektiver zu gestalten.



III.12 Vielfalt von Widerstand zur Gegenmacht bündeln

Die imperialistischen Mächte in Schach zu halten, ihre Macht zu beschränken und zu paralisieren, ist das Kardinalproblem der Gegenwart und Zukunft. Dabei wird es ohne Revolutionen nicht gehen. Die neue globale Weltordnung verändert und entwickelt sich im Kampf zwischen Blöcken, Regionen und als Nord-Süd-Konflikt. Er entwickelt sich auf der Grundlage tiefer politischer und ökonomischer Gegensätze. Die Entwicklungsländer wollen sich aus der Abhängigkeit von der Herrschaft des globalen Kapitals befreien, welche – wie der so genannte „Transnationalitätsindex“ zeigt – immer drückender wird.

Besondere Hoffnungen richten sich auf die globalen anti-imperialistischen Bewegungen, die bei Heterogenität gegen imperialistische Globalisierung und Krieg wirksam sind. Die Arbeiterbewegung kann von dieser neuen Kultur des Widerstandes stimuliert werden. Zumal ein großer Teil der in sozialen Bewegungen engagierten Menschen Lohnarbeiter sind. Darüber hinaus ist der Gedanke der Solidarität mit den Unterprivilegierten und der ganzen Menschheit ein absolut notwendiger Bestandteil der kommunistischen Emanzipationsideologie. Die Arbeiterklasse kann ihre historische Mission nur erfüllen, wenn sie den Kampf der sozialen, antiimperialistischen Bewegungen zu ihren eigenen Forderungen macht. Und umgekehrt: Die Protestbewegung benötigt eine alternative Konzeption, die die Eigentumsfrage nicht ausspart, sondern in den Mittelpunkt ihrer Forderungen stellt. Wodurch ihre Ziele mit jenen der revolutionären Arbeiterbewegung zur Übereinstimmung gelangen. Und deshalb ist die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse notwendiger denn je.

Die Chance, das Wegräumen des Sozialstaates, die Entwicklung zur sozialen Polarisierung zu stoppen und den Weg für eine solidarische Gesellschaft zu öffnen, hängt auch vom Widerstand im Parlament, in den Landtagen und

in den Gemeinden ab. Dazu muss eine marxistische Massenpartei den parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf koordinieren. Die Tatsachen, dass derzeit nur außerparlamentarische Bewegungen das reaktionäre Politikkonzept von Kapital und Regierung bezwingen können, entbindet Kommunist/innen und Kommunisten nicht der Verpflichtung Fragen zu thematisieren, wie die Stärkung der Legislative gegenüber der Exekutive und ihrem bürokratischen Apparat und insbesondere das Ringen um die Zurückdrängung des in der Verfassung gar nicht vorgesehenen Einflusses des Großkapitals auf Legislative und Exekutive, auf das politische und geistige Leben der Gesellschaft. Demokratisiert werden müssen die Verwaltungen, diese bürokratisch verselbständigten Subsysteme. Verwaltung ist vor allem Macht. Die Bürokratie hat die Tendenz, Menschen zum Willensvollstrecker der Verwaltung herabzuwürdigen. Die Verwaltung zu demokratisieren heißt, repressive Funktionen abzubauen, soziale, bildungspolitische und konfliktbeseitigende und konfliktvorbeugende Funktionen auszubauen, Dienstleistungen von der Phrase zur Realität werden zu lassen. Im Rahmen der Gewaltenteilung müssen Strukturen von Gegenmacht installiert werden, in denen die Bürger ihre Interessen artikulieren und durchsetzen können. Es geht um die vielfältige Einbeziehung Betroffener in die Vorbereitung von Verwaltungsentscheidungen, denn da werden die Weichen gestellt. Z.B. durch die Wahl von Volkskontrollausschüssen sowie durch Entwicklung von mehr sozialer Demokratie in den Betrieben, wo Betriebsräten bei Personalentscheidungen ein Vetorecht eingeräumt werden. Im Bereich plebiszitärer Elemente und damit direkter unmittelbarer demokratischer Mitgestaltungsrechte der Bürger als ergänzende Funktion der Legislative besteht verfassungsrechtlicher Handlungsbedarf.

III.13 Entscheidend ist der Aufbau von Gegenmacht!

Unter den Bedingungen des heutigen Kapitalismus gibt es keine Rückkehr zu den grundlegenden Reformen der 50er-, 60er- und 70er-Jahre. Bei Aufrechterhaltung des neoliberalen Systems existieren keine politischen Spielräume zur Bändigung des entfesselten globalen Kapitalismus. Eine Chance haben radikaldemokratische Reformen nur als Teil einer Strategie zur Öffnung eines antikapitalistischen Weges zum Sozialismus.

Eine entscheidende Schlussfolgerung aus dem Zusammenbruch des bisherigen Wachstumsmodells des globalen Kapitalismus muss wohl sein, dass antikapitalistische Kämpfe nicht mehr nur defensiv geführt werden dürfen, sondern dass sich die Bewegung auf eine neue Ökonomie

orientieren muss. Ein politischer und weltanschaulicher Perspektivenwechsel kann nur gelingen, wenn die Kritik am Bestehenden mit der Perspektive alternativer Vergesellschaftungsprinzipien verbunden wird, denn die Benennung des bloß Negativen bestärkt den herrschenden Fatalismus. So deutlich auch die Widersprüche und das Versagen des Kapitalismus mittlerweile von den Menschen wahrgenommen werden, so unverkennbar existiert auch eine Skepsis, dass ja doch nichts zu ändern möglich sei und es keine realistischen Alternativen gäbe. Voraussetzung dafür, um den Konzepten der Veränderung auf der politischen Bühne wieder einen wirkungsvollen Platz zu verschaffen, ist die Überwindung von solch einer resignativen Grundhaltung,



die eine zentrale Rolle bei der ideologischen Machtproduktion eines hegemonial gewordenen Kapitalismus spielt. Die Überwindung der Krise erfordert die Durchbrechung der Spirale aus Überakkumulation von Kapital und Unterkonsumtion der Haushalte. Der Weg aus der Krise muss sich an folgender Grundlinie orientieren: Massive Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, Ausbau des öffentlichen, am Gemeinwohl orientierten Sektors, Regulierung und Vergesellschaftung der Finanzwirtschaft und der wichtigen Konzerne sowie eine massive Erhöhung der Gehälter, Löhne und Pensionen und eine allgemeine schrittweise Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden mit vollem Lohnausgleich. An diesen Forderungen führt kein Weg vorbei. Auch nicht am ideologischen Kampf. Die Systemkrise der kapitalistischen Weltordnung geht einher mit einer drastisch verschärften ideologisch-weltanschaulichen Auseinandersetzung. Der imperialistischen Herrschaftsstrategie liegen reaktionäre weltanschauliche Positionen zugrunde. Kennzeichen sind religiös verbrämte politische Offensiven, ein gefährlicher Verfall des politischen Denkens und der politischen Kultur, Anwachsen des Rassismus und Chauvinismus und der Marsch in den Überwachungsstaat.

Jeder wirkliche nachhaltige Erfolg von Kämpfen der Arbeiterklasse – von Frauen, von Umweltschützern, von unterdrückten Völkern usw. – setzt den Wechsel des Inhabers von Macht und von Eigentum an großen Unternehmen, Banken und Großgrundbesitz voraus, weshalb diese Kämpfe sich nicht losgelöst vom Klassenkampf vollziehen dürfen. Wer die Machtfrage nicht stellt, akzeptiert den Kapitalismus als letzte Antwort der Geschichte. Klassenkampf ist keine Frage subjektiver Beliebtheit, sondern ein objektiver geschichtlicher Tatbestand mit sich wandelnden historischen Inhalten, Formen und subjektiven Energien der Herrschenden wie der Beherrschten. Die Macht der Herrschenden kann gebrochen werden, wenn innerhalb und/oder außerhalb der vielschichtigen Machtinstrumente und Einflussphären – Medien, Parlamenten, Gemeinderäten, Institutionen, Gewerkschaften und Interessensvertretungen – eine Gegenmacht mit revolutionären Teilen der Arbeiterbewegung als Kern entsteht. Es gibt keine Macht, die sich auf Dauer halten könnte, wenn die große Mehrheit neue Machtverhältnisse haben möchte und bereit ist, in einem organisierten Kampf auch individuelle Verantwortung zu übernehmen.

III.14 Schlüsselfrage – kämpferische Gewerkschaften

Gewerkschafter/innen und Interessenvertreter/innen verschiedenster Anliegen der arbeitenden Menschen, der lernenden und studierenden Jugend bis hin zu den Senioren finden für ihre Ziele in der Regierung und in den Parlamenten keine Ansprechpartner und keine Mehrheiten mehr, sie sind daher mehr denn je auf die Entfaltung der eigenen Kraft angewiesen, um Einschnitte in Arbeiterrechte und ihren erkämpften Lebensstandard abzuwehren.

Die Stärke der Gewerkschaften beruht in erster Linie auf ihrer Verankerung und Mobilisierungsfähigkeit in den Betrieben. Aber gerade in der Krise greifen die Antworten in den Betrieben oft zu kurz. Unter dem Druck von Standortschließungen und Massenentlassungen und unter dem Motto „Retten was zu retten ist“, werden alle möglichen Zugeständnisse gemacht, um Entlassungen zu verhindern oder zumindest zu begrenzen. Richtig ist: Die Macht der Gewerkschaft liegt in den Betrieben und auf der Straße. Die Gewerkschaftsführung muss dann aber auch pfeifen und nicht nur, wie so oft in der Vergangenheit, den Mund spitzen. Außerdem sind die Zeiten vorbei, da es nur eines Piffs aus den Gewerkschaftszentralen bedurfte, um Tausende Menschen mobilisieren und auf die Straße holen zu können. Die Kolleg/innen müssen erst überzeugt werden. Und dann müssen sie das Vertrauen haben, dass sie nicht nur zum Dampfablassen auf die Straße geschickt werden.

Ansonsten wird die Repräsentationskrise, von der die politischen Parteien massiv betroffen sind, auch vor den Gewerkschaften nicht Halt machen.

Die Gewerkschaften müssten diese Krise als Systemkrise wahrnehmen und grundlegende Alternativen aufzeigen, zumindest müssten sie begreifen, dass in nächster Zeit harte Verteilungskämpfe auf der Tagesordnung stehen. Es ist eine völlige Illusion zu glauben, dass es mit dem Kapital jetzt ein gemeinsames Interesse in der Krise gibt und staatliche Konjunkturprogramme und eine eventuell größere Regulation der Finanzmärkte auf einen Politikwechsel hin zur Wiederbelebung des Sozialstaatsmodells hindeuten. Die Hoffnung, die Wirtschaft könnte aus der Krise gestärkt hervorgehen und die Bereitschaft, die vorhandene Modernisierungspartnerschaft zu erneuern, wäre äußerst gefährlich und würden den Bedeutungsverlust der Gewerkschaften nur noch mehr vergrößern.

Es müssen ganz konkret Handlungsfähigkeit und Gegenwehr in den Betrieben und Verwaltungen aufgebaut werden. Die Krise wird unweigerlich in Form von Kosteneinsparungsprogrammen, Firmenzusammenbrüchen, Ausgliederungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit den Druck auf die Beschäftigten erhöhen. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften zu verhindern, dass dies in eine Verzichtshaltung umschlägt, und es muss eine Kultur der Gegenwehr entwickelt



werden. Die weltweite Krise wird den Gewerkschaften ein „Weiter so“ nur um den Preis ihres weiteren Niedergangs zugestehen. Sie wird die Frage um die künftige politische Ordnung der Gewerkschaften mehr oder weniger brutal aufwerfen. Wohin die Reise geht, wird nicht zuletzt von der Fähigkeit der breiten Massen, insbesondere der Linken in den Gewerkschaften abhängen, ihre Politisierung und Konfliktfähigkeit voranzutreiben.

Die Gewerkschaften können die Hauptkraft des Widerstandes sein. Sie haben die erforderliche organisatorische Stärke. Was fehlt, ist ein strategisches Konzept einer antikapitalistischen Reformpolitik und die Bereitschaft, der Offensive des Kapitals die organisierte Kraft der Arbeiterklasse entgegenzusetzen, wozu auch die Bereitschaft zu politischen Streiks gehört.

III.15 Gemeinden – Brennpunkte gesellschaftlicher Widersprüche

Eine Hauptschiene, auf welcher der Widerstand und progressive Reformen transportiert werden kann, sind die Gemeinden. Das politische Engagement der Menschen ist dort am wichtigsten, wo sie leben und selbst Teil der gesellschaftlichen Verhältnisse sind. Deshalb sind Kommunen ein entscheidendes Gebiet für die politische Auseinandersetzung. Doch auch die Kommunalpolitik wird in einer komplexen globalen Welt, in der politische und ökonomische Entwicklung immer weniger zu durchschauen. Sie wird vielen Menschen zunehmend wichtiger werden, sie wollen sich direkt einmischen, Einfluss nehmen auf Entscheidungen, die noch begreifbar und veränderbar sind. Die politischen Schwerpunkte der KPÖ Steiermark liegen „vor Ort“ vor allem im Kampf gegen die Privatisierungen öffentlichen Eigentums und die Finanzausstattung der Kommunen, um den Erhalt der sozialen Daseinsvorsorge. Die Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Kommunen sinken derart massiv und nichts deutet daraufhin, dass Bund und Länder den Anteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen

erhöhen werden. Ganz im Gegenteil! Dabei wäre eine Erhöhung der Finanzmittel der Kommunen das beste Konjunkturpaket. Die ökonomische Bedeutung der Kommunen ist immens: Zwei Drittel der öffentlichen Investitionen werden in den Kommunen getätigt und kommunalpolitisch entschieden. Schulsanierungen, Ausstattung von Kindertagesstätten, kulturelle Projekte (jeder in kulturelle Projekte investierte Euro rentiert sich achtfach), Wohnungsbauprogramme, Ganztagschulen mit kostenlosen Mittagessen, Sprachförderungen für Migrant/innen sind nur einige Beispiele für notwendige und sinnvolle Investitionen auf kommunaler Ebene. Sie wären eine Förderung des lokalen Gewerbes, würden Gewerbesteuererinnahmen erhöhen und damit die kommunale Selbstverwaltung sichern. Aber alles deutet daraufhin, dass alle Parlamentsparteien einen anderen Weg einschlagen werden. Bund und Länder werden den Kommunen weiter zusätzlich Aufgaben aufbürden ohne die dafür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Damit wird sich die Finanznot der Kommunen verschärfen.

III.16 Für einen politischen Perspektivenwechsel

Was das Bewusstsein betrifft, so verhalten sich Teile der Lohnabhängigen zum kapitalistischen System nicht mehr so, wie vor einiger Zeit. Man vertraut den staatstragenden Parteien nicht mehr wie in der Vergangenheit. Mehr und mehr ist man bereit, antikapitalistische Positionen zu prüfen. Positionierungen brauchen oft sehr viel Zeit, weil sie kompliziert verlaufen. Die Kommunistische Partei ist für viele arbeitende Menschen weitgehend – bis auf wenige Länder – nur sehr schwer wahrnehmbar. Insofern haben es die Menschen schwer, marxistische und antikapitalistische Positionen zu gewinnen. Zwei Gründe dafür: Es gibt kaum entwickelte, außerparlamentarische Kämpfe, die im Sinne eines Politikwechsels agieren. Insofern kann sich schwer neues Herangehen durchsetzen, das antikapitalistischen und pro-sozialistischen Kräften eine neue Möglichkeit

schaft. Das andere ist, dass die Frage einer anderen Gesellschaft ein absolutes Tabuthema ist. Es wird weder in den Gewerkschaften noch in den Bewegungen diskutiert. Es ist ein ganz kleiner Teil der Linken, der sich einen Kopf um eine alternative Gesellschaft macht, wie z. B. die KPÖ Steiermark mit ihren Sozialismus-Vorstellungen. Wir stehen für eine Veränderung der Gesellschaft durch außerparlamentarische Kämpfe. Aber diese Haltung ist in den meisten Köpfen noch nicht einmal ein Denkansatz. Auch wenn in Umfragen schon etwa 50 Prozent der Menschen sagen, Sozialismus ist eine gute Sache, er ist nur schlecht gemacht worden. Das heißt aber nicht, dass das konkret zu Ende gedacht und bei den Wahlen das entsprechende Kreuzerl gemacht wird bzw. zur Entwicklung von außerparlamentarischen Bewegungen beiträgt. Schwer ins Gewicht fällt, dass die KPÖ und der

Gewerkschaftliche Linksblock zurzeit wenig Einfluss in den Betrieben und in den Gewerkschaften haben. Das ist umso bedeutungsvoller, als für einen Politikwechsel die außerparlamentarischen Bewegungen entscheidend sind. Und diese müssen aus den Betrieben und den Verwaltungen entstehen. Erst dann kann es im politischen Raum zu Veränderungen kommen. Die Schlussfolgerung: Wir müssen uns viel mehr um diesen Bereich kümmern.

Um eine politische Vorherrschaft gegenüber den Konzernen zu erzwingen, müssten eine noch breitere zivilgesellschaftliche Aktivierung und die Formierung eines gegenhegemonialen Blocks möglich sein. Dieser Block müsste im Stande sein, die immer offensichtlicher werdenden Risse im Gebälk des Neoliberalismus zu nützen. Entstehen müsste ein solcher Block in Form eines Bündnisses der fortschrittlichsten Kräfte der Arbeiterbewegung und jener Akteure, die gegenwärtig noch relativ isoliert von der Arbeiterbewegung als kritische Teile in allen Parlamentsparteien, im parteilosen Lager, sowie in globalisierungskritischen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen, in der Friedens- und Frauenbewegung, in StudentInnen- und Jugendorganisationen, in der kulturellen Linken, in Opposition zum neoliberalen Machtapparat stehen. Unserer Meinung nach sollte ein Bündnis zur Entwicklung von Gegenmacht nach dem Prinzip der autonomen Kooperation konzipiert sein, das auf gemeinsame politische Projekte und Ziele orientiert, die einen Bruch mit dem Neoliberalismus ermöglichen, und alle Kräfte auf die Errichtung eines progressiven Sozialstaates konzentriert. Eine neue politische Kultur sollte

von wechselseitiger Toleranz und Akzeptanz der spezifischen Bewegungen und Organisationen geprägt sein. Die Bewahrung der organisatorischen und ideologischen Autonomie der Bündnispartner sollte die Attraktivität und der Durchschlagskraft keineswegs abträglich sein. Obwohl ihre Einzelteile erkennbar blieben, könnte ein Bündnis, die Kräfte der Gegenmacht als heterogener Kollektivakteur wahrgenommen und von Massen geschätzt werden. In diesem solidarischen Bündnis gegen den finanzkapitalistischen Neoliberalismus würde die Arbeiterklasse eine zentrale Rolle spielen. Über den Tag hinaus würden alle Schritte zugleich Schritte zur Herausbildung solcher Triebkräfte werden, die fähig wären die unausweichlich stehende Frage nach grundlegenden Veränderungen, die auf einer auf gesellschaftlichem Eigentum beruhenden Ordnung beruhen in Angriff zu nehmen. Ein solches Ziel kann nur in einen längeren Prozess sozial- und gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen anvisiert werden.

Ein grundlegender politischer Richtungswechsel setzt eine Veränderung der Klassenmachtverhältnisse voraus. Erst dann ist es möglich, dass durch Massenkämpfe an die Stelle des finanzkapitalistischen Neoliberalismus ein neuartiger progressiver Sozialstaat tritt. Im Verlaufe von Abwehrkämpfen muss dabei gelingen eine neue Qualität politisch-organisatorischer, gewerkschaftlicher, geistig-kultureller und aktionsbereiter Gegenmacht zu schaffen. Die imperialistische Weltordnung kann nur gestürzt werden, wenn der historische Block der emanzipatorischen Veränderung auch eine international staatliche Dimension erhält.

III.17 Kapitalistische Manipulation ist nicht allmächtig!

So richtig es ist, dass der Kapitalismus angepasstes Denken produziert, so gewiss ist auch, dass trotz der Überlagerung des Erlebens der Menschen mit den Schablonen einer Bewusstseinsindustrie, trotz Sozialpartnerschaftsideologie, trotz des Zwangs aus einer „Unternehmerperspektive“ heraus zu handeln, das Wissen über den Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht gänzlich verschwunden ist. Die kapitalistische Manipulation ist nicht allmächtig. Als „Produkte“ und Schöpfer ihrer Lebensumstände, als Opfer der Leistungsüberforderung, von sozialen Existenzängsten bis zur persönlichen Perspektivlosigkeit stellen sich die betroffenen Menschen kritische Fragen, an die marxistische Überzeugungsarbeit anknüpfen kann.

Mit zunehmender Krisenbetroffenheit lässt bei einem wachsenden Teil der Bevölkerung die Bereitschaft nach, Lohnverlust, zunehmenden Stress und gesundheitliche Belastungen weiterhin hinzunehmen. Drohende Arbeitslosigkeit oder gar Betriebsschließung führt bei den Beschäftigten dazu, dass sie sich verstärkt über ihre eigene Markt-

position Gedanken machen. Gewisse Reaktionsweisen der Beschäftigten deuten darauf hin, dass sie unter dem Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit einen ressourcenorientierten Umgang mit der eigenen Gesundheit pflegen: „Ich werde hier verschlissen und weiß gar nicht, ob ich hier in drei Monaten noch einen Arbeitsplatz haben werde, wenn es das Unternehmen nicht mehr gibt.“ Viele wissen, dass es nach der Krise noch weniger Normalarbeitsverhältnisse geben wird und zusätzlich Druck auf Niedriglöhne ausgeübt werden wird. Mit der Förderung von Mini-Jobs wird der Niedriglohnsektor noch weiter ausgebaut werden. Es findet also ein Umdenken statt. Die von Erwerbslosigkeit Bedrohten sind nicht mehr ohne weiteres bereit, aus Angst vor Arbeitsplatzverlust alles zu geben und ihre Gesundheit zu verschleißen. Nach dem Motto „Meine Arbeitskraft ist das einzige, das mir nach einer Entlassung noch bleibt“ machen sie sich stattdessen vermehrt Sorgen um den Erhalt ihrer Leistungsfähigkeit.

Fraglich ist, wie lange es dem Kapital noch möglich sein

wird, ohne auf Widerstand zu stoßen, die elementaren Lebensinteressen großer Bevölkerungsteile in Frage zu stellen. Die Entwicklungen in den verschiedenen Ländern sind höchst unterschiedlich. Während der Widerstand in Frankreich und in Griechenland militante Züge angenommen hat, herrscht in Österreich noch immer politische Friedhofsruhe. Gibt es trotzdem Chancen der Gegenwehr? Immerhin lehrt die historische Erfahrung, dass Widerstand sich oft nur phasenverschoben entwickelt. Und Tatsache ist auch, dass die Krise die Lohnabhängigen einschüchtert, jedoch sich auch beträchtliche Wut aufgestaut hat. Ohne profilierten Widerstand jedenfalls dürfte sich die Entwicklung zu einer Armut- und Bedürftigkeitsgesellschaft verstärken, die in den letzten Jahren immer ausgeprägtere Konturen angenommen hat.

Es kommt nun darauf an, das öffentliche Bewusstsein über die wahren Krisenursachen zu verbreitern und radikal-demokratische, jenseits der uferlosen fetischisierten Kapitalreproduktion liegende Alternativen zu diesem destruktiven System zu diskutieren. Vor dem Hintergrund, wer die Krisenlasten tragen soll, die Verursacher oder die Volksmas-

sen, findet der ideologische Kampf um die Interpretation der Krisenursachen statt. Die Interpretation entscheidet über das Wollen und Tun der Menschen, auch was die Suche nach Auswegen aus der Krise und die Akzeptanz von Lösungen betrifft. Heute erfolgreich gegen die Krise zu kämpfen setzt voraus, den Menschen zu helfen, die Welt zu verstehen und auch zu verstehen, dass die Aufgabe der Mainstream-Medien in der Anti-Aufklärung, in der Täuschung und Ablenkung von den wahren Zusammenhängen besteht. Wirklich revolutionär Handeln heißt dem doppelten Anspruch zu genügen, die „Welt zu interpretieren“ und „zu verändern.“ Wer die Welt nicht versteht, kann sie auch nicht verändern. Wer im Klassenkampf um die Interpretation der Begriffe siegt, hat auch die Chance den Sieg im Kampf um die Hegemonie in der Gesellschaft. Ein „Zurück“ zum bereits in den 70er-Jahren gescheiterten Keynesianismus, bloß zu massiven Konjunkturprogrammen, wird ebenso wirkungslos bleiben wie die eine oder andere Regulierung der Finanzmärkte. Genauso könnte man einen Krebskranken mit Hustenbonbons zu heilen versuchen.



26.04.2011: 15.000 Menschen folgen dem gemeinsamen Demonstrationsauftritt von ÖGB und Plattform 25.

(Foto: Georg Fuchs)

IV. Grundsätze unseres Wirkens als Kommunistinnen und Kommunisten

IV.1 Humanismus als oberstes Prinzip unseres Kampfes

Kommunist/innen und Kommunisten leben und handeln in der Überzeugung, dass die Menschen imstande sind, hilfreich und gut zu sein. Sie halten es für möglich, dass in einer von Freiheit, Gleichheit und Solidarität durchdrungenen Gesellschaft die freie Entwicklung einer jeden und eines jeden zur Bedingung für die freie Entwicklung aller wird. Kommunist/innen und Kommunisten sind kämpferischem Humanismus verpflichtet. Eintreten im eigenen Land und international für Menschenwürde und Menschenrechte, für Frieden und Völkerverständigung ist stets oberster Grundsatz ihres Wirkens. Darum: Nicht Anpassung an die bestehende Ordnung und Integration in das kapitalistische System, sondern Auseinandersetzung mit diesem System und entschiedene Opposition zum Kurs der Herrschenden, Formierung von Widerstand in Österreich, in Europa und weltweit, Aufbau von Gegenmacht gegen das große Kapital und seinen Staat sind geboten. Das ist zugleich auf lange Sicht der Weg aus der Defensive der kommunistischen Bewegung.

IV.2 Partei der Arbeiterklasse – Verbindung der Tages- und Zukunftsinteressen

Wir wollen die KPÖ als eine Partei der Arbeiterklasse und aller von den verschärften Verwertungsbedingungen des Finanz- und Monopolkapitals betroffenen werktätigen Schichten und Intellektuellen entwickeln.

Kommunistische Politik verknüpft ihr Eintreten für unmittelbare und künftige soziale Interessen der Werktätigen mit der Verteidigung der demokratischen und sozialen Prinzipien, dem Widerstand gegen die Rechtsentwicklung und neofaschistische Gefahren, gegen die vom Imperialismus ausgehende Bedrohung des Friedens und der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit. Sie verbindet den Kampf um elementare Tagesforderungen mit dem Ringen um radikale, gegen das große Kapital gerichtete Reformen und für den Sozialismus.

IV.3 Verbindung des außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampfes

Kommunist/innen und Kommunisten setzen auf Kraftentfaltung, den Erfahrungs- und Erkenntniszuwachs der Werktätigen im außerparlamentarischen Kampf, erblicken in deren Mobilisierung den Hauptweg der Entwicklung von

Widerstand und Gegenmacht, initiieren und unterstützen soziale und ökologische, antimilitaristische und antifaschistische, demokratische politische Aktionen. Sie gehen davon aus, dass entscheidend für die Veränderung des Kräfteverhältnisses und die Verwirklichung radikal-demokratischer Programmatik das Zustandekommen einer starken, progressiven, außerparlamentarischen Bewegung und deren Voranschreiten sind. Kommunist/innen unterstützen daher die Betriebsräte und Personalvertretungen der Arbeiter und Angestellten, die Initiativen der Arbeitslosen, der Ausgegrenzten und Armen, der Verbraucher und Mieter, kleinen Pächter, sowie Genossenschaften in Stadt und Land, die demokratischen Frauen-, Jugend- und Kulturorganisationen, die antifaschistischen und antimilitaristischen Zusammenschlüsse, die Bewegungen für den Frieden, für den Schutz der Bürger- und Menschenwürde, für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, für die Linderung der Not der Menschen in der Dritten Welt. Sie kämpfen zugleich für starke parlamentarische Vertretungen von Linken auf allen Ebenen, die eng mit den WählerInnen verbunden sind, ihre Hauptstützen in der außerparlamentarischen Bewegung haben und alle parlamentarischen Möglichkeiten ausschöpfen, um diese voranzubringen. Im gemeinsamen Kampf kann sich eine Kapitalismuskritik ergeben, die wirklich „die Massen ergreift“ und die „Idee zur materiellen Gewalt“ werden lässt.

IV.4 Frieden und Internationalismus

Kommunist/innen und Kommunisten sind Internationalisten, verknüpfen ihr Wirken im nationalstaatlichen Rahmen und in Europa mit dem internationalen Kampf gegen den Imperialismus. Sie lehnen Gewaltanwendung als Mittel der internationalen Politik strikt ab. Kommunistische Politik hat aktiv zur Ausweitung der globalen Protestaktionen gegen die Politik von IWF, WTO und Weltbank und zur Entfaltung einer breiten internationalen Bewegung gegen die vom Weltherrschaftsstreben des Imperialismus ausgehende Gefahr eines Wettrüstens in neuen Dimensionen beizutragen. Sie betrachtet den Kampf für den Frieden und für eine demokratische und soziale Weltordnung als ihr wichtigstes Anliegen. Jeglicher Terrorismus ist zu bekämpfen und zwar an seinen Wurzeln: durch gerechtes Teilen und Beteiligen, wirtschaftlich und sozial, durch Zurückdrängen der Religion auf den Privatbereich, durch Verzicht auf jede Unterscheidung nach Ethnie und Rasse, durch den Dialog aller Kulturen. Kommunist/innen und Kommunisten verteidigen das sozialistische Kuba, die Souveränität der Volksrepublik China, Vietnams und anderer Länder mit alternativen,



antiimperialistischen Entwicklungswegen. Sie sind solidarisch mit allen Fortschrittskräften der Welt, die gleichfalls für einen anderen Entwicklungsweg eintreten. Ihr Handeln folgt einem Verständnis von Internationalismus, das die Gemeinsamkeiten hervorkehrt und für Toleranz und Respekt im Umgang mit politischen, ideologischen und weltanschaulichen Unterschieden eintritt. Dieses Verständnis hält uns nicht von der Kritik an Deformationen und Menschenrechtsverletzungen ab, wo immer sie auch vorkommen mögen.

IV.5 Aktionseinheit aller antiimperialistischen Kräfte

Kommunist/innen und Kommunisten engagieren sich für umfassende Koordinierung der antiimperialistischen und pro-sozialistischen Kräfte auf der Basis von Freiwilligkeit, Übereinstimmung und Gleichberechtigung, ohne in eurozentrische Auffassungen abzugleiten. Sie stellen sich der EU als reales Kampffeld gegen die neoliberale Globalisierung und den Krieg und wirken für ein Netzwerk linker, antiimperialistischer Parteien und Organisationen Europas, das niemanden ausgrenzt. Sie treten für den Bruch mit der Logik der Verträge von Maastricht, Amsterdam und Lissabon und für ein gemeinsames Europakonzept ein, das als Alternative zum Europa der Monopole und Großbanken elementare Gegenwartsforderungen der Werktätigen und radikaldemokratische Reformen im nationalstaatlichen Rahmen sowie in der EU und in ganz Europa zu einem geschlossenen Programm für einen demokratischen alternativen Integrationsprozess zusammenführt, der für alle Länder des Kontinents offen ist und neue Wege zum Sozialismus eröffnen kann.

IV.6 Gegen die Zersplitterung der kommunistischen Bewegung, für gemeinsames Handeln

Wir sind entschieden gegen jegliche weitere organisatorische Zersplitterung der kommunistischen Bewegung. Wir setzen uns mit ganzer Kraft für ein enges partei- und organisationsübergreifendes Zusammenwirken der marxistischen Kräfte, von organisierten und parteilosen Marxistinnen und Marxisten, Kommunist/innen und Kommunisten, Sozialistinnen und Sozialisten, für ihre Formierung und ihr Erstarken auf allen Gebieten ein. Vor allem im entschlossenen und gemeinsamen Widerstand gegen die antisoziale, umweltzerstörende und großmachtorientierte Politik der Herrschenden sowie im Kampf um grundlegende politische und soziale Verbesserungen müssen sie zusammenfinden und ihre Positionen in einer gemeinsamen politischen Praxis überprüfen und abstimmen. Als Marxistinnen und Marxisten leisten wir unseren Beitrag zum Zusammengehen der kommunistischen und linken Organisationen und Bewegungen auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Wir

treten für die Aktionseinheit ungeachtet weltanschaulicher Bindungen ein und wirken für ein weit darüber hinausgehendes gemeinsames Vorgehen von Menschen aller Klassen und Schichten für Frieden und sozialen Fortschritt.

IV.7 Bewahrung der Erfahrungen und Traditionen des revolutionären Kampfes

Kommunistisches Engagement speist sich aus vielen Quellen. Pluralität ist ein Zugewinn für die kommunistische Bewegung, die es gilt für deren Ziele wirksam zu machen. Als MarxistInnen sind wir besonders dem Erbe der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus, dem Vermächtnis anderer marxistischer DenkerInnen und RevolutionärInnen der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung, den revolutionären Traditionen des Kampfes der Arbeiterklasse, des antiimperialistischen und antifaschistischen Befreiungskampfes der Völker verbunden. Wir befragen die Geschichte der Systemauseinandersetzung, des Entstehens und der Entwicklung des Realsozialismus nach Bewahrenswertem und Defiziten und den Ursachen ihres Untergangs, nach weiterführenden Erfahrungen und Erkenntnissen.

IV.8 Entwicklung der wissenschaftlichen Grundlagen der kommunistischen Bewegung

Wir lassen uns davon leiten, dass kommunistische Bewegung einer auf dem Marxismus fußenden Theorie bedarf, einer wissenschaftlich begründeten Grundorientierung und Programmatik, um den Kampf für eine antikapitalistische, sozialistische Alternative erfolgreich führen zu können. Bewahren und Weitertragen des wissenschaftlichen Sozialismus, seine Verbindung mit den sozialen, ökologischen und politischen Bewegungen, den Klassenkämpfen der Gegenwart und Zukunft, die Verbreitung sozialistischer Ideologie wider den vorherrschenden Zeitgeist sind entscheidende Grunderfordernisse und Ansprüche an unser Wirken. In Theorie und Praxis neu zu beantwortende Fragen, produktives weiteres Nachdenken über sozialistische Programmatik und Politik erfordern nicht nur nicht dem Zeitgeist folgend vom Marxismus Abschied zu nehmen, sondern ihn entsprechend den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen weiterzuentwickeln.



KPO
www.kpe-steiermark.at